

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem Einsatz für die Demokratie. Mehr als 2.000 Mitglieder in rund 40 regionalen Arbeitsgruppen stellen jährlich über 600 Veranstaltungen auf die Beine. Der überparteiliche Verein wirbt für Engagement und politische Teilhabe in einer Gesellschaft in Vielfalt.

Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (BVRE) wurde 2010 gegründet. Er ist eine bundesweite Dachorganisation gemeinnütziger Vereine, die in vielen sozialen, kulturellen und Bildungsbereichen aktiv sind. Der BVRE vertritt die Meinungen und Interessen der in den Mitgliedsvereinen organisierten russischsprachigen Eltern in Deutschland zu verschiedensten Themen auf kommunaler, Länder-, Bundes- und internationaler Ebene. Derzeit vereint der BVRE über 50 Mitgliederorganisationen.

www.gegen-vergessen.de | www.bvre.de

Migrationsgesellschaft und Transformationsgesellschaft in Ostdeutschland

Eine Publikation von **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.**
und dem **Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.**

Deniss Hanovs, Dennis Riffel, Anastasia Sudzilovskaya,
Anja Treichel, Ruth Wunnicke (Hrsg.)

Migrationsgesellschaft und Transformationsgesellschaft in Ostdeutschland

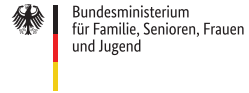
 **Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.**


BVRE
Bundesverband
russischsprachiger
Eltern

ISBN: 978-3-9824031-6-8

Impressum

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

© 2022 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und dem Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V.

Deniss Hanovs, Dennis Riffel, Anastasia Sudzilovskaya, Anja Treichel, Ruth Wunnicke (Hrsg.)

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

info@gegen-vergessen.de
www.gegen-vergessen.de

Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V.

Graeffstraße 5
50823 Köln

info@bvre.de
www.bvre.de



Layout: Kerstin John – Kommunikationsdesign, Berlin

Fotos: Mahmoud Dabdoub, Leipzig

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Druck: addprint AG, Bannewitz/Possendorf

Titelfoto: Hoffest Leipzig Connewitz Juli 1990. Foto: Mahmoud Dabdoub

Danksagung

Wesentliche Impulse, die zum Entstehen dieser Broschüre beigetragen haben, gehen auf zwei Fachgespräch 2020 zurück.

Am 20. Mai sowie am 12. November 2020 lud Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zu je einem digitalen Fachgespräch zum Thema „Transformationsgesellschaft und Migrationsgesellschaft in Ostdeutschland“, das im Rahmen des Kompetenznetzwerks für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft gefördert durch das Bundesprogramms „Demokratie leben!“, stattfand. In beiden Fachgesprächen wurde die Frage aufgegriffen, welche Rolle der fundamentale Wandel nach 1989 für die Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte im täglichen Zusammenleben vor Ort in Ostdeutschland spielt. Die Fachgespräche dienten einer wissenschaftlichen Bestandaufnahme sowie der Frage nach Erfahrungen und Bedürfnissen vor Ort in Ostdeutschland. Zum anderen wurden Möglichkeiten und Wege für ein gemeinsames Erinnern an die Jahre der Transformation in ostdeutschen Kommunen erörtert.

Wir danken für Ihre Teilnahme am Fachgespräch am 20. Mai 2020:

Prof. Kerstin Brückweh, Ramzi Ghandour, Dr. Noa K. Ha, Prof. Deniss Hanovs, Dr. Patrice G. Poutrus

Wir danken für Ihre Teilnahme am Fachgespräch am 12. November 2020:

Dr. Basel Allozy, Vũ Thị Hoàng Hà, Niels Gatzke, Valeria Gentz, Adelino Massuvira João, Anja Treichel

Beide Fachgespräche wurden von Dr. Dietmar Molthagen moderiert.

Ferner danken wir allen Zeitzeug*innen, die in dieser Broschüre zu Wort kommen, für ihre Zeit und Mühe und dafür, dass sie ihre Erinnerungen mit uns und allen Leser*innen teilen.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin die Verantwortung.

**Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
und dem Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.**

Deniss Hanovs, Dennis Riffel, Anastasia Sudzilovskaya,
Anja Treichel, Ruth Wunnicke (Hrsg.)

Migrationsgesellschaft und Transformationsgesellschaft in Ostdeutschland

Einleitung 06

1.

Zeitzeug*inneninterviews

12

Revolution und Transformation in den 90er Jahren in Ostdeutschland

| Moussa Dansokho 14

| Vũ Thị Hoàng Hà 26

| Uta Leichsenring 40

2.

Zeitzeug*inneninterviews

50

30 Jahre danach

| Adelino Massuvira João 52

| Phương Thúy Nguyễn 62

| Torsten Pötzsch 76

| Olga Sperling 86

3.

Revolution und Transformation der 90er Jahre.

96

Herausforderungen für die Menschen mit und ohne
Migrationsgeschichte in Ostdeutschland

| Veränderungen des Ortes nach 1990 99

| Ungewissheit ertragen, zusammen stark sein – Schlüssel fürs Ankommen 102

| Chancen, Verbesserungen und Neugewinn seit 1989 105

| Veränderung der eigenen Rollen ab 1990 109

| Kinder und Jugendliche in der Transformation (1990er Jahre) 112

| Nationalismus im Osten Deutschlands in den 1990er Jahren 115

| Baseballschlägerjahre: Rassismus in den 1990ern 118

| Erfahrungen mit neuen Behörden und Verwaltungseinrichtungen
in den 1990er Jahren 122

| Parteien nach 1990 125

4.

30 Jahre danach.Chancen und Herausforderungen der Transformationsjahre
für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft

128

Erfahrungen der Transformation aus den 1990ern nutzen	131
Chancen, Verbesserungen und Neugewinn heute	134
Veränderungen des Ortes im Vergleich zu den 1990er Jahren	137
Zwischen Post-Ost und Rassismus	140
Die Migrationsgesellschaft in Ostdeutschland heute. Eigene Erfahrungen des Zusammenlebens	144
Erfahrungen mit neuen Behörden und Verwaltungseinrichtungen heute	147
Parteien heute	150
Inklusive Erinnerungskultur – (immer noch) eine Zukunftsvision?	153
Eigene Mitbestimmung/Partizipation in den 1990er Jahren und heute	156
 Autorinnen und Autoren	 162
Fotograf	162
Danksagung	163

Einleitung

Zum Zeitpunkt des Mauerfalls im November 1989 lebten in der DDR 16,43 Millionen DDR-Bürger und mehr als 192.000 ausländische Staatsangehörige.¹ Das entsprach etwa einem Prozent der DDR-Bevölkerung. Acht Monate später, am 31. August 1990, wurde der deutsch-deutsche Einigungsvertrag unterschrieben. Er regelte die rechtlichen Bedingungen für die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 und legte die staatliche Ordnung für das wiedervereinigte Deutschland fest.

Alles konnte der Vertrag jedoch nicht regeln. Denn in oftmals schwierigen Prozessen mussten Millionen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte in Ostdeutschland ihren persönlichen Weg in einer politisch, wirtschaftlich und sozial neuen und unbekannteren Umgebung finden. Die Friedliche Revolution wendete und veränderte das Leben aller Menschen in Ostdeutschland nachhaltig. Für die einen mehr, für die anderen weniger. 30 Jahre danach sind jedoch im kollektiven Gedächtnis die persönlichen Perspektiven der Ostdeutschen auf die Jahre nach der Wiedervereinigung, die sogenannten Transformationsjahre, noch nicht hinreichend abgebildet. Das betrifft die Ostdeutschen ohne, aber vor allem diejenigen mit Migrationsgeschichte.

Diesen persönlichen Herausforderungen, Veränderungen, Orientierungsprozessen und Versuchen eines Neuanfangs für die Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte in den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung nachzugehen, ist ein Schwerpunkt der Publikation. In einem zweiten Schwerpunkt geht es um die Frage, welche Chancen und Herausforderungen die Transformationsjahre für die Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte in Ostdeutschland bis heute mit sich bringen.

Die vorliegende Publikation versteht Migrationsgesellschaft als eine Gesellschaft, die durch Aus- und Zuwanderungsprozesse geprägt ist.

War die DDR eine Migrationsgesellschaft?

In Ostdeutschland gebe es keine Erfahrung mit Migration, heißt es oft. Doch auch die DDR hatte Zu- und Abwanderung. Allerdings war die Staatsführung bemüht, einen gesellschaftlichen Diskurs darüber zu unterbinden, und verhinderte zum Beispiel den Kontakt zwischen sogenannten Vertragsarbeiter*innen und der übrigen Gesellschaft. Doch schon lange vor der Friedlichen Revolution war die DDR eine Migrationsgesellschaft. Millionen **Flüchtlinge und Vertriebene** aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches fanden nach dem Zweiten Weltkrieg in der

Sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, eine neue Heimat. 1950 waren es 4,1 Millionen Personen. Durch Abwanderung und Flucht reisten zwischen der Staatsgründung 1949 und dem Mauerbau 1961 rund 3 Millionen Menschen in die Bundesrepublik aus. Gleichzeitig zogen rund 500.000 Personen aus der Bundesrepublik in die DDR. Auch nach 1961 verließen noch über 795.000 Bürger*innen die DDR in Richtung Westdeutschland. Die Abwanderung hatte einen Arbeitskräftemangel zur Folge. **Arbeitsmigration in die DDR** sollte Abhilfe schaffen. Die Regierung schloss Abkommen mit anderen sozialistischen Staaten, um Arbeitskräfte in die DDR zu holen. 1966 waren rund 3.500 Vertragsarbeiter*innen in der DDR tätig, 1989 rund 94.000. Der Aufenthalt der Vertragsarbeiter war von vornherein befristet angelegt und folgte einem Rotationsprinzip. Zudem erhielten in der DDR politische Flüchtige – wenn auch wenige – **Asyl**.

Den zentralen Organen der DDR galten Bevölkerungsbewegungen jedoch in vielerlei Hinsicht als Bedrohung, weshalb nicht nur die Bewegung, sondern auch gesellschaftliche Debatten darüber eingedämmt werden sollten. Die Folgen von Migration für die soziale Ordnung wurden vom Staat stets reflektiert. Der Migrationsforscher Jochen Oltmer spricht daher von einer „*repressiv formierten Migrationsgesellschaft, die zahllose Ambivalenzen und Widersprüche produzierte*“.²

Auch nach 1990 setzten sich Zuzug und Abwanderung fort. In den 1990er Jahren wurden rund 350.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien in Ost- und Westdeutschland aufgenommen. Ebenso fanden Millionen Spätaussiedler aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, aus Polen und aus Rumänien sowie russische Juden in beiden Teilen Deutschlands eine neue Heimat. Gleichzeitig verließen bis zum Jahr 2000 etwa 611.000 Personen den Osten in Richtung Westdeutschland.

Transformation in Ostdeutschland – „Gleichzeitigkeit der Unsicherheit“

„Als Vietnamesin freute ich mich sehr über die Veränderungen. Und die Vereinigung von Deutschland sollte ja auch bedeuten, dass es ein Europa ohne Grenzen, ein offenes Europa geben sollte, und das, dachten wir, ist eine große Chance auch für uns Vietnamesinnen und Vietnamesen, die hier in Deutschland leben. Aber zur Wende kam alles anders, als wir es uns vorgestellt haben.“ So erinnert sich Vŭ Thị Hoàng Hà an die 1990er Jahre in Ostdeutschland. Seit den 1980er Jahren lebte sie als Vertragsarbeiterin in der DDR.

Die Zäsur von 1989/90 ermöglichte einen politischen Systemwechsel und die Transformation in den 1990er Jahren. Die Friedliche Revolution von 1989/90 war durch

ein enormes Tempo und die gleichzeitige Veränderung aller Lebensbereiche gekennzeichnet. Über Jahre hinweg befanden sich die Menschen in Ostdeutschland in einem gesellschaftlichen Wandel. Transformation beschreibt der Historiker Philipp Ther als „einen besonders tiefgreifenden, umfassenden und beschleunigten Wandel des politischen Systems, der Wirtschaft und der Gesellschaft“³. Bereits Anfang der 1990er Jahre bezeichnete der Sozial- und Politikwissenschaftler Claus Offer diesen tiefgreifenden Wandel des Systems als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“⁴. Die zeitgleich ablaufenden Veränderungen trafen die unterschiedlichen Generationen sowie die Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte unterschiedlich stark. Denn nicht nur auf politischer Ebene fanden die Veränderungen statt, sie griffen auch in das persönliche Leben jedes und jeder Einzelnen ein. Sämtliche lebensweltlichen Bereiche änderten sich gleichzeitig, was eine große Flexibilität verlangte. Wenn die Routinen des Alltags erschüttert werden und *„in diesen Alltag ein Systemwechsel integriert werden muss, erfordert das vielfältige Anpassungen und bringt Unsicherheiten mit sich“*⁵, konstatierte die Historikerin Kerstin Brückweh. Von Zuversicht und Euphorie bis zu Unsicherheit und (Todes-) Angst gehörte für die Menschen in den Transformationsjahren emotional alles dazu.

Das Potsdamer Historiker*innenteam um Kerstin Brückweh sieht die „Gleichzeitigkeit der Unsicherheit“⁶ als prägendes Charakteristikum der Transformationsjahre. Der Verlust von Stabilität und eine Unvorhersehbarkeit verliefen parallel. Diese Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten begleitete Ostdeutsche noch bis weit in die 1990er Jahre hinein. Zu oft gerate diese Unsicherheit in Vergessenheit, so Brückweh, und zwar bei den Betroffenen selbst, wenn sie sich an diese Zeit erinnern und an das, was sie damals geleistet haben. Doch diese Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten anzuerkennen, sei wichtig für die Bewertung der Transformationszeit aus der Perspektive der Betroffenen, sagt die Historikerin.⁷

Ostdeutschland 30 Jahre danach. „Umbruchskompetenz“ und der „Schatten der Nachwendezeit“

Im Jahr 2020 ergab eine Umfrage, dass 74 Prozent der Menschen in Ostdeutschland den Einfluss der deutschen Einheit auf das eigene Leben als groß oder sehr groß einschätzen.⁸ In der gleichen Befragung meinten diese ostdeutschen Befragten, dass sie sich am 3. Oktober 1990 von einem Tag auf den anderen auf ein neues System einstellen mussten. Anerkennung haben sie aus ihrer Sicht nie bekommen: weder für diese Transformationsleistung noch dafür, dass sie die Wiedervereinigung durch die Friedliche Revolution überhaupt ermöglicht hatten.⁹

Dabei entwickelten die Ostdeutschen mit und ohne Migrationsgeschichte in den 1990er Jahren ein Umbruchwissen, das sie bei sich selbst nicht immer sehen. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben sie Beispiel für Beispiel geliefert, dass es möglich ist, tiefgreifende Umbrüche zu gestalten. Diese ostdeutsche „Umbruchkompetenz“ beschreibt Matthias Platzek, der ehemalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, als eine *„ganz grundlegende Fähigkeit zum Leben und Arbeiten unter Bedingungen der Ungewissheit und der Instabilität, die Fähigkeit zur Improvisation, zur Netzbildung und, wenn nötig, zum abermaligen Neuanfang.“*¹⁰ Eines, so Platzek, hätten die Ostdeutschen verinnerlicht: dass es auch anders kommen kann.

2018 schreibt Petra Köpping, die ehemalige Staatsministerin für Integration im sächsischen Landtag, in ihrem Buch „Integriert doch erst mal uns“¹¹ vom langen Schatten der Nachwendezeit. Für Köpping besteht ein Zusammenhang darin, dass jemand, der mit seiner eigenen Vergangenheit noch nicht alles abgeklärt habe oder unzufrieden sei, wie der Staat mit ihm umgehe, auch keine anderen Menschen anerkennen könne. Während Köpping mit dem Buch um Verständnis für ostdeutsche Biografien werben möchte, konstruiert sie unbewusst einen neuen Gegensatz: zwischen ‚wir Ostdeutschen‘ und ‚den Migrant*innen‘. Vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund steht die Migrationsgesellschaft damit infrage.

Die Realität der ostdeutschen Migrationsgesellschaft benennen

30 Jahre nach der Wiedervereinigung sind im kollektiven Gedächtnis die Perspektiven der (ehemaligen) Migrant*innen und Vertragsarbeiter*innen der DDR noch nicht hinreichend repräsentiert. Auch in Ostdeutschland gibt es, wie in Westdeutschland, migrantische Kontinuitäten. Diese würden jedoch zu wenig benannt und erzählt, so die Migrationsforscherin Noa K. Ha. Bisher sei die Migrationserzählung in Deutschland noch zu sehr vom westdeutschen Narrativ der „Gastarbeiter“ geprägt.¹²

Fakt ist, eine ostdeutsche (post-)migrantische Realität ist vorhanden. In jüngerer Zeit organisieren sich in Ostdeutschland zunehmend mehr migrantische Vereine. Sie bilden Dachverbände, treten selbstbewusst auf, engagieren sich und fordern ihr Recht auf Teilhabe ein. Aus dieser ostdeutschen migrantischen Perspektive kommt im übertragenen Sinn die Aussage ‚Wir sind schon lange da und wir bleiben hier‘. Zielführend ist daher eine Erzählung der ostdeutschen Geschichte, die auf die Vielfalt der Erinnerungen und Perspektiven eingeht.

Ziel der Publikation

Bis heute wird an die persönlichen Alltagserfahrungen, Erinnerungen und Geschichten der 1990er Jahre selten erinnert; oftmals nur im privaten Rahmen. Öffentlich werden sie noch nicht hinreichend artikuliert. Das gilt für Menschen ohne und mehr noch für Menschen mit Migrationsgeschichte. Mitunter sind die Erinnerungen auch zu schmerzhaft. Dennoch wünschen sich Ostdeutsche mit und ohne Migrationsgeschichte, dass ihre Lebensleistungen wahrgenommen werden. Diesen Wunsch greifen die Autor*innen der Publikation auf. Es kommen ostdeutsche Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte zu Wort; Ostdeutsche, die vor 1989 in der DDR lebten, Nachgeborene und später Zugezogene. Durch die Erzählungen der Zeitzeug*innen eröffnen sich uns persönliche Blicke auf die Transformationsjahre. Wo ähneln sich und wo unterscheiden sich die verschiedenen Sichtweisen auf die Jahre des Wandels?

Von den Erinnerungen an die 1990er Jahre wird in einem zweiten Schritt ein Bogen in die heutige Zeit geschlagen. Nach ihrer Situation „30 Jahre danach“ befragt, berichten Zeitzeug*innen darüber, welche Veränderungen, Chancen und Herausforderungen die Transformationsjahre für ihr Leben heute und das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft gebracht haben. Wie prägen diese Jahre unsere ostdeutsche Gesellschaft heute?

Durch die Zusammenarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit dem Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. und dem Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V. wurden die Zeitzeug*innen für diese Publikation aus den jeweiligen Netzwerken gewonnen. Die Interviews mit Nichtmuttersprachlern wurden grammatikalisch bewusst nicht überarbeitet. Zudem bleiben die Erinnerungen der Interviewpartner*innen unkommentiert stehen, auch wenn Widersprüche zwischen den verschiedenen Erzählungen auftauchen.

In einem dritten Teil werden die Interviews nach verschiedenen Aspekten ausgewertet und kontextualisiert.

Die vorliegende Publikation richtet sich in erster Linie an Akteure und Multiplikator*innen in ostdeutschen Kommunen, aber auch an alle anderen Interessierten. Ziel ist die Ermutigung, regional nach den Erinnerungen von Menschen verschiedener Gruppen und Herkunft zu fragen und sie sichtbar zu machen. Dabei kann das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft vor Ort als Ausgangspunkt dafür genommen werden, einen vielfältigen Blick auf die Transformationsjahre vor Ort zu werfen.

Ruth Wunnicke und Dennis Riffel

-
- 1 Die rund 380.000 sowjetischen Soldaten wurden nicht zur DDR-Wohnbevölkerung gezählt.
 - 2 Oltmer, Jochen: Die DDR – eine Migrationsgesellschaft? Migrationspolitik und -praxis in der DDR. In: Politik & Kultur, Nr. 6/21, Juni 2021, S. 10.
 - 3 Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa. Berlin 2014, S. 28. Diese Definition von Philipp Ther zur Transformation ist die Arbeitsgrundlage der vorliegenden Publikation.
 - 4 Offe, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur, Heft 505, April 1991, 45. Jahrgang, S. 279–292.
 - 5 Brückweh, Kerstin: Die lange Geschichte der „Wende“. Ein Potsdamer Team forscht zum ostdeutschen Alltag vor, während und nach 1989. In: Mitgliederzeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Nr. 105, September 2020, S. 4–6, hier S. 4.
 - 6 Brückweh, Kerstin; Villinger, Clemens; Zöller, Kathrin (Hrsg.): Die lange Geschichte der „Wende“. Geschichtswissenschaft im Dialog. Berlin 2020.
 - 7 Brückweh, Kerstin: Die lange Geschichte der „Wende“. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989, 8. September 2020, [online] <https://www.bpb.de/themen/deutschland-archiv/314982/die-lange-geschichte-der-wende/> [19.12.2021].
 - 8 Faus, Jana; Hartl, Matthias; Unzicker, Kai: 30 Jahre deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2020, [online] <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/30-jahre-deutsche-einheit-all> [15.12.2021].
 - 9 Ebenda, S. 21.
 - 10 Platzek, Matthias: Zukunft braucht Herkunft. Deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten. Hamburg 2009, S. 202.
 - 11 Köpping, Petra: Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten. Berlin 2018.
 - 12 Ha, Noa K.: Die Realität der ostdeutschen Migrationsgesellschaft wird zu wenig benannt. Interview vom 9. November 2019, [online] <https://heimatkunde.boell.de/de/2019/11/09/die-realitaet-der-ostdeutschen-migrationsgesellschaft-wird-zu-wenig-benannt> [5.12.2021].



1.

Zeitzeug*inneninterviews

Revolution und Transformation in
den 90er Jahren in Ostdeutschland



Interview mit Herrn Moussa Dansokho im August 2021

Das Interview führte Deniss Hanovs

„Wenn man sich durchboxt und versucht, die Chancen zu nutzen, dann sind viele Wege offen.“

Herzlichen Dank für Ihre Zeit. Haben Sie durch Weg- und eventuell Zuzug von Menschen in der 1990er Jahren Veränderungen in Ihrer Region wahrgenommen? Zum Beispiel, dass Vertragsarbeiter*innen in ihre Heimat zurückgingen? Oder haben Sie von den Ausschreitungen in Rostock, Hoyerswerda und so weiter etwas mitbekommen?

Sicherlich, Ende 1989 und Anfang 1990er Jahren hatte man sehr viele Veränderungen wahrgenommen. Denn ich war damals Forschungsstudent, ich war dabei, meine Doktorarbeit zu schreiben. Ich war fast fertig und es blieb nur noch, die letzten Korrekturen zu machen, und dann kam diese Änderung. Dann musste ich zuerst vieles neu verfassen, weil die erste Fassung war zu sehr durch Marxismus-Leninismus verhaftet und daher hätte ich wenige Chancen, das durchzukriegen. Aber das ist nur beiseite. Die wichtigsten strukturellen Änderungen: Wie Sie wissen, damals viele Beziehungen, vor allem Stipendien und so weiter, wurden durch die ehemalige DDR-Regierung finanziert. Und nachdem diese Regierung nicht mehr existiert hatte, wurden viele Stipendien gestrichen; genauso wie Gastarbeiter – viele wurden entlassen. Wo ich mich befand in Halle, Halle-Neustadt, eine Industriestadt, es gab auch viele Gastarbeiter [Vertragsarbeiter]. Und mit den strukturellen Änderungen, es war auch sehr viele im Bekanntenkreis, die entlassen wurden, die zwangsläufig nach Hause zurückkehren mussten.

Sicherlich hat es auch schmerzhaft Trennungen gegeben, denn es waren einige Zugezogene, die hatten Freunde hier. Einige hatten sogar Kinder. Aber dann plötzlich mussten sie zurück. Und im Bekanntenkreis, Studentenmilieu, habe ich auch Leute gesehen, die ich persönlich kenne, die leider konnten nicht mehr ihr Diplom zu Ende bringen. In den Fakultäten hat es auch Abwicklungen gegeben. Das Personal: Mehr als die Hälfte entlassen wurde und ersetzt. Zum Beispiel ein Landsmann in Leipzig – seine Betreuerin wurde entlassen. Und er war gerade dabei, seinen Diplom zu schreiben, und konnte es nicht mehr zu Ende bringen. Und dann musste er ohne Diplom zurück, nach einem Jahr Sprachkurs, vier Jahren Studium. Und er musste einfach so

zurück ohne Diplom. Also, es sind Erfahrungen oder schmerzhaft Dinge, die man so erlebt hatte. Es war ein bisschen kritisch.

Haben Sie nach 1989 einen wachsenden Nationalismus der Ostdeutschen wahrgenommen? Oder Erfahrungen mit Rassismus und Gewalt an Menschen mit Migrationsgeschichte gemacht?

Ja. Doch, ich habe es wahrgenommen und ich habe selber vieles ertragen müssen. Aber ich muss sagen, die wirklich plötzlich ausländerfeindlich geworden sind, waren meistens junge Menschen. Also mit denen ich zu tun hatte, waren meistens ungefähr 18 bis 30 Jahre alt. Die treffen einen auf der Straße, wir kennen uns nicht und plötzlich fangen sie an zu beleidigen: „Du musst aus Deutschland verschwinden, sonst machen wir dich kalt.“ Solche Sprüche oder ...

Das ist Ihre persönliche Erfahrung?

Ja, meine persönliche Erfahrung. Ich muss sagen – Gott sei Dank –, es gab auch Menschen, die waren die Mehrheit, die weiterhin solidarisch geblieben waren und die auch unterstützt hatten. Sodass ich meine Promotion zu Ende bringen konnte durch andere Dozenten, die meine Gastvorträge gemocht haben. Und durch diese Bekanntschaften konnte ich zum Beispiel einen zweiten Gutachter dort finden, der meine Arbeit begutachtet hatte. Und somit konnte ich öffentlich meine Arbeit verteidigen. Hier in Halle, an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft. Aber ich hatte auch einen Freund, er war Arzt und hat Spezialisierung in Magdeburg gemacht. Jedes Wochenende musste er zu uns nach Halle, weil er Angst hatte, irgendwie angegriffen zu werden und so weiter. Also hat es auch so was gegeben. Aber Gott sei Dank hat die Mehrheit Unterstützung gegeben. Aber auf der Straße oder damals, wie in der DDR, alleine spazieren gehen, ich gebe zu, habe ich mich nicht mehr getraut, nachts ins Kino zu gehen oder so was.

Inwiefern haben Sie in den 1990er Jahren in Ihrem Umfeld wahrgenommen, dass der eigene Besitz oder der eigene Radius an Ihrem Wohnort mehr als zuvor eines besonderen Schutzes bedurfte? Wie hat sich dieses Schutz- und Abgrenzungsbedürfnis konkret geäußert?

Damals wir haben in Halle-Neustadt gelebt. Tja, ich hatte meine kleine Familie. Und Schutzbedürftigkeit ist schwer zu beurteilen und zu definieren. Ich weiß nur, dass wir sehr vorsichtig waren. Man hatte versucht, alte Freundschaften und Bekanntschaften weiterhin zu pflegen, obwohl jeder mit eigenen Schwierigkeiten und Umorientierung

zu kämpfen hatte. Es war eine neue Situation: wenn man nicht weiß, werde ich zurückgeschickt oder nicht, ist mein Arbeitsplatz gesichert und so weiter. Dann ist es schwierig. Wenn man zum Beispiel auf der Straße beleidigt wurde, ist man nicht mal auf die Idee gekommen, Anzeigen bei der Polizei zu machen. Damals hat man versucht, sich verbal mit den Menschen auseinanderzusetzen. So gut es ging. Wenn es nicht sein muss, nicht überallhin spazieren gehen oder so wie in der Vergangenheit. Vorsicht war geboten und ... Es ist schwierig, genau zu sagen, wovon und wie und wer

” **... man hat versucht, irgendwie das Beste daraus zu machen.** “

konnte schützen. Die Verwaltung musste auch anders und neu strukturiert werden. Wie zum Beispiel Arbeitsamt oder wo man sich als Arbeitsloser registriert. Das

war alles in der Umstrukturierungsphase. Das war sehr kompliziert zu sagen: „Okay, ich bin bedroht, ich gehe zur Polizei und mache eine Anzeige.“ Das war schwierig. Es sind Dinge, mit denen man noch nie konfrontiert war. Ich sage dazu, ich war 1982 in die DDR gekommen, um zu studieren. Und ich habe studiert und die Promotion angefangen. Es waren die letzten Monate von meiner Promotionsarbeit, wo diese Veränderungen angefangen hatten. Es sind Überraschungen und man hat versucht, irgendwie das Beste daraus zu machen. Sich auf sein Ziel zu konzentrieren, egal, was passieren sollte: meine Arbeit zu Ende zu bringen. Und dann werde ich sehen, wie es weitergeht, ob ich zurückkehre oder nicht. Aber das war eine Ehrenfrage. Viele von meine deutsche Kommilitonen, die auch mit mir die Promotion angefangen haben, hatten mehr Möglichkeiten und Flexibilität gehabt. Sie haben aufgegeben und haben woanders gleich eine Stelle bekommen. Aber in meinem Falle so wie auch sehr viele Gastarbeiter: Kubaner, Mosambikaner und so weiter, die wurden massiv entlassen. Also habe ich mir keine Illusion gemacht, dass ich meine Promotion aufgeben kann, um irgendwie eine Stelle zu bekommen. Danach, ab 1992, nach langsamen Verknüpfungen zu anderen europäischen Ländern, hatte man festgestellt, dass Sprachkenntnisse mehr und mehr gebraucht werden. Dadurch hatte ich mehr Chancen gehabt, langsam Fuß zu fassen mit Dolmetschertätigkeit.

Spätestens mit der Wiedervereinigung 1990 gab es ein neues politisches System, verschiedene Parteien und freie Wahlen. Die Struktur in den öffentlichen Behörden und öffentlichen Verwaltungseinrichtungen änderte sich. Wie gut vertreten, aufgehoben und beraten fühlten Sie und Ihr Umfeld sich damals in den neuen Parteien und Verwaltungseinrichtungen?

Damals hatte man keine deutsche Staatsbürgerschaft. Als Ausländer war der Status etwas komplizierter. Die Strukturen waren da, zum Beispiel Arbeitsamt, Ausländerbehörde usw. Man wurde ganz normal beraten. Wie alle anderen hatte man die Möglichkeiten, arbeitslos zu sein. In meinem Fall zum Beispiel wurde mein Stipendium gestrichen. Aber da ich noch nicht mit der Uni fertig war, hatte ich kein Recht auf Arbeitslosengeld. Und auf soziale Unterstützung auch nicht. Also bekam ich nur von der Uni eine einmalige oder zweimalige Unterstützung oder Zahlung. Und danach habe ich versucht, hier oder da Jobs oder Urlaubsvertretungen zu machen, um letztendlich meine Arbeit zu Ende zu bringen. Ich habe sogar als Reinigungskraft in einer Poliklinik gearbeitet, um ohne Stipendium meine Arbeit zu finanzieren. Aber ich wollte auch diese Weiterbildung. Damals hatte man die Möglichkeit, in Gunzenhausen einen Integrationskurs zu machen, aber es war so, dass man zwangsläufig danach nach Hause zurückkehren musste. Ich hatte damals schon in der DDR geheiratet, meine Frau ist Deutsche, ich hatte zwei Kinder. Und ein Berater dort hat mir geraten, dann nicht diesen Kurs zu machen. Das war für mich eigentlich die größte Unterstützung. Wenn ich das gemacht hätte, dann würde das die Trennung von meiner Familie bedeuten und es wäre alles noch komplizierter.

Ich würde gerne nachfragen, in Bezug auf politische Parteien. Fühlten Sie sich da repräsentiert, in den politischen Parteien?

In den politischen Parteien. Ja, konnte ich. Weil, wie ich das schon erwähnt habe, die waren auch in der Phase der Umbildung oder Umstrukturierung. Sie waren noch nicht so standhaft installiert. Sie hatten die Phase, wo sich die politischen Parteien ausgebildet hatten. Die Linken haben immer plädiert: „Vorsicht!“, sodass soziale Probleme nicht so sehr zugespitzt werden. Ich hatte natürlich Gewerkschaftsversammlung. Aber seien wir ehrlich. Damals hatten wir Ausländer ohne deutsche Staatsbürgerschaft viele andere Dinge gehabt. Von Unsicherheit mit Arbeit, Studium und, und, und. Deshalb konnte man sich nicht aktiv politisch engagieren oder wir zumindest nicht.

Wie bewusst waren Ihnen Ihre neuen Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung vor Ort und im Alltag? Inwiefern haben Sie diese genutzt?

Die Möglichkeiten hatte man Schritt für Schritt. Man hat sich engagiert. Man hat festgestellt: Ohne Engagement wäre die Verständigung schwierig. Mit unserem Engagement ging es schon. Interkulturelle Aktivitäten, Vorträge, Weiterbildungsmaßnahmen, interkulturelle Kompetenz und so weiter. Wo es möglich war, beteiligte man sich an die Diskussionen, um sich zu zeigen. Oft hatte man damals über die soziale Marktwirtschaft gesprochen. Soziale Marktwirtschaft heißt auch, dass man trotz der Marktwirtschaft die Bedingungen für soziale Aspekte auch nicht vergessen soll. Daher war auch wichtig, öffentlich an bestimmten Diskussionen und Gesprächen teilzunehmen. Auch wenn man nicht ein Mitglied einer Partei ist. Trotzdem kann man an vielen Aktivitäten teilnehmen. Vor allem, wenn Gesellschaften diese Diskussionen organisieren oder Veranstaltungen für Weiterbildungen. Da sprachen dann immer diejenigen, die sich auch schon engagiert hatten, um die Integration der anderen und die Akzeptanz der anderen etwas leichter zu machen. Für manche anderen, die nach 1990 oder 1992 gekommen waren, gab es sprachliche Barriere. Unter den neuen Bedingungen musste man erstmal die Chance haben, die Sprache zu lernen, um sich an bestimmten Weiterbildung zu beteiligen. Aber wir waren auch viele, die damals hier studiert haben. Es waren einige, die durch gemischte Ehen bleiben durften. Sie hatten auch die Chance genutzt oder die Möglichkeiten genutzt, für Bildungsaktivitäten andere anzusprechen. Sodass sich viele auch an solchen interkulturellen Bildungen beteiligten, um mehr Kontakt zur Bevölkerung zu haben. Persönlich habe ich alles angefangen, ob Kinder- einrichtungen, Grundschulen, Lehrerfortbildungen ... alles, um diese Völkerverständigung zu erleichtern. Es nützt nicht, wenn man sich zurückzieht. Man muss an die Front gehen, sich engagieren, um einen Beitrag für diese Verständigung zu leisten.

Wie viel Wissen hatten Sie in den 1990er Jahren über die Chancen oder Risiken in dem neuen politischen oder gesellschaftlichen System? Wie sind Sie damit umgegangen?

Man war rein theoretisch in einer Gesellschaft und ich sage es so: in einer Ellenbogen- gesellschaft, Leistungsgesellschaft. Wenn man sich durchboxt und versucht die Chancen zu nutzen, dann waren viele Wege offen. Aber es lagen viele Steine auf dem Weg, wie ich schon am Anfang gesagt habe, durch die Umstrukturierungen, viel Arbeitslosigkeit. Und als Ausländer ohne deutsche Staatsbürgerschaft war es auch nicht so einfach, sofort irgendwie durchzukommen. Aber Schritt für Schritt ging es weiter, die Zukunftsperspektiven. Ich komme aus einer großen Familie. Und wenn man ein bisschen verdienen konnte, war es sicher, dass man die Verwandten zu Hause ein bisschen

unterstützen konnte, was vorher nicht möglich war. Dadurch hatte man auch mehr Motivation. In meinem Herkunftsland die Familienloyalität ist sehr groß.

Waren Sie in den 1990er Jahren vom Verlust Ihres Arbeitsplatzes betroffen? Welche gesellschaftliche Stellung hing an Ihrer Arbeit, Ihrer Bildung? Sie haben bereits vieles über die Promotionsergebnisse erzählt und das ganze Prozedere. Das war wirklich sehr spannend. Vielleicht könnten Sie über die Kolleg*innen in Ihrem Umfeld erzählen?

Unsere ehemaligen Dozenten, die waren selber von dem Problem betroffen durch die Abwicklung der Fakultäten. Viele Lehrkräfte wurden entlassen und es waren viele, die weggezogen sind. Ich kenne viele, vor allem Ökonomen, die sonst wo im Westen, in Frankfurt Main in der Sparkasse gearbeitet haben oder Presseanalyse machten. Es waren viele wissenschaftliche Mitarbeiter, die weg waren. Deshalb war durch diese Umstrukturierungen die Bindung zu der ehemaligen Fakultät irgendwie ganz stark reduziert. Deswegen habe ich auch erwähnt, dass einige aufgegeben haben, um eine Arbeitsstelle zu finden. Weil sie mit der Promotion nicht viel Hoffnung gehabt hatten, danach eine Stelle zu bekommen. Prinzipiell war es so, wenn man an der Fakultät promoviert hat und man angefangen hat, Studenten zu betreuen, dann konnte man später als Dozent anfangen. Aber wenn die Fakultät abgewickelt wird und sogar die Professoren entlassen werden, dann ist es schwierig, in dieser Phase eine Hoffnung zu haben, eventuell später an der Fakultät zu arbeiten. Das war nicht so einfach. Was Gastarbeiter [Vertragsarbeiter] betrifft, sicherlich hat man einige kennengelernt. Aber Studenten in Wohnheimen hatten nicht so viele Kontakt zu Gastarbeiter [Vertragsarbeitern]. Ich kenne auch welche, die zurückkehren mussten nach Kuba oder nach Mosambik, nach Angola. Es war eine schwierige Phase. Diejenigen, die eine Chance hatten, weiter hier zu bleiben, die haben versucht, irgendwie das Beste daraus zu machen. Die ganze Hoffnung war nicht verloren gegangen, aber es waren schwierige Phasen.

Welche sozialen und gesellschaftlichen Strukturen – Freundeskreise, Betrieb, Brigade, Partnerschaften, Arbeitsgemeinschaften, Sportklubs, Zusammensein in den Massenorganisationen – brachen für Sie 1989 weg? Was bedeutete das für Sie und die Menschen in Ihrem Umfeld?

Um Anschläge zu finden, musste ich in einem Verein aktiv werden. Und das war Sportverein. Also um Kontakt zum Dorf zu finden. Entweder hat man Volleyball gespielt oder Fußball, Handball. Oder für Jugendliche haben sie Tanzgruppen gebildet und für Kinder, was wichtig war. Also sportliche Aktivitäten waren die besten Wege, um schneller einen Anschluss zu finden und integrierter und akzeptierter zu werden.

Sonst kann es passieren, dass man am Rande seiner Gesellschaft bleibt. Arbeit war ein wichtiger Faktor. Ich glaube, das hatte sich bewahrt, nachdem mehr Asylbewerber und politische Flüchtlinge hierhergekommen sind. Durch sportliche Aktivitäten war es leichter, einen schnelleren Anschluss oder Beziehungen zu haben.

Jeder Mensch hat parallel verschiedene private und öffentliche Rollen: als Vater/Mutter, Tochter/Sohn, Chef/Chefin, Mitglied in einem Verein, Beauftragte für etwas und so weiter. Welche Rollen haben sich in den 1990er Jahren für Sie geändert und wie haben Sie ihre neuen Rollen gefunden? Welche Bedeutung hatte dies für Ihre Familie und Ihr Umfeld?

Wir haben versucht, die Freundschaften vor allem in den 1990er Jahren weiterhin zu pflegen, trotz der Orientierungsschwierigkeiten. Ich muss auch sagen, die ersten Arbeitsplätze oder Möglichkeiten, eine Stelle damals zu bekommen, waren auch durch Bekanntschaften. Mit einer Bewerbung ohne Bekanntschaft war es nicht so einfach. In meinem Fall als Ausländer hatte ich eine schwierige Phase. Wenn ich mich parallel mit einem Deutschen beworben habe, hatte der sicherlich mehr Chancen als ich. Aber auch durch Sprachfähigkeiten konnte ich schneller im Betrieb Fuß fassen. Unternehmen in Französisch sprechenden Orten in der Schweiz oder Partner nach Frankreich als Dolmetscher zu begleiten, Ö raffinerie, die Ablaufphase von Import von Rohöl bis zum Benzin, diese ganzen Prozesse als Dolmetscher übersetzen, Französisch – Deutsch. Es sind die Dinge, die dazu beigetragen haben, dass man schneller neue Beziehungen knüpfen konnte und Schritt für Schritt die neue Zukunft aufgebaut hat. Und die Kinder sind auch zweisprachig gewachsen. Gott sei Dank, aus ihnen sind Persönlichkeiten geworden und das ist erfreulich. Deshalb war im Großen und Ganzen der Anfang schwierig, aber ich bedauere es nicht.

Das ist schön. Wo hat sich in den 1990er Jahren für Sie eine Chance auf etwas geboten oder eine Verbesserung? In welchem Bereich?

Dieser Bereich waren die Sprachen. Ich nenne ein Beispiel. Ich habe deutsche Techniker nach Frankreich begleitet, drei Tage lang. Damals hat eine DDR-Firma dorthin Maschinen exportiert, um Haushaltswaren herzustellen. Aber die Wartung musste gemacht werden. Und damals als Dolmetscher und Übersetzer war ich zuerst in einer Zeit[arbeits]firma tätig. Da hat mich die Firma geschickt, um sie zu begleiten. Als wir zurück waren, wollte ein Techniker mich seiner Familie vorstellen. Er hat gesagt, er hat nie gedacht, dass ein schwarzer Afrikaner sie retten könnte. Natürlich es sind so viele Beispiele, wo man sagen kann: „Okay. Wir versuchen es, so gut es geht, unser Beitrag für diese Entwicklungen zu leisten.“

Wie gut können Sie in der heutigen Gesellschaft Ihre Chancen oder Risiken einschätzen? Wie leicht oder schwer fällt es Ihnen, die Gesellschaft und die Realitäten zu lesen und zu verstehen?

Ich kann es nur so sagen: Wie Sie wissen, wir sind in der Marktwirtschaft, und so man kriegt nichts einfach so zugeschoben oder geschenkt. Also muss man schon für das, was man macht und was man verdient, hart arbeiten. Und die Perspektiven ist, man muss kämpfen und arbeiten. Ich weiß nicht, wie kann ich es diplomatisch formulieren. Wir sind in der Marktwirtschaft. Aber wie ich es schon erwähnt habe, Familie und meine Kinder und ich, wir sind zufrieden, mit Freunden. Es gibt verlässliche Freunde und das ist gut.

Nehmen Sie durch Weg- oder Zuzug von Menschen heute Veränderungen in Ihrer Region wahr im Vergleich zu den 1990er Jahren.

Es gibt manche, die wirklich alle in einen Topf schmeißen. Ich möchte nicht sagen, dass manche Geflüchtete zu Hause so viele politische Probleme haben. Sie kommen hierher, um Zuflucht zu finden, um das nackte Leben zu retten. Und es gibt Leute, die sagen, die kommen nur, um von unseren Steuergeldern zu leben. Solche gibt es auch und das finde ich natürlich traurig, wenn andere kommen, um ihr Leben zu retten. Ich glaube, materielle Dinge sind zwar wichtig, um zu überleben, aber das Leben retten ist noch entscheidender. Aber ich sage es noch mal, Gott sei Dank, dass es engagierte Bürgerinnen und Bürger gibt, die wirklich dafür kämpfen, dass die anderen nicht marginalisiert werden. Dass sie in dieser Gesellschaft integriert werden, dass sie Fuß fassen. Diese engagierten Menschen bilden bis jetzt die Mehrheit und das ist erst mal ausschlaggebend.

Wie geht es Ihnen und Ihrem Umfeld damit, dass zunehmend „fremde“ Menschen in Ihrem Ort, Ihrer Region leben?

Wie soll es uns gehen? Ich persönlich habe damit kein Problem. Ich lebe hier zwar seit 39 Jahren, aber wenn andere Menschen in unser Umfeld kommen, ich glaube, das ist eine Bereicherung. Eine kulturelle Vielfalt. Und ich kann nur für Toleranz und Verständigung plädieren. Ich kann einen Menschen nicht nach Hautfarbe oder Herkunft beurteilen. Man muss ihn erst mal kennenlernen. Und danach kann man urteilen, aber keine Vorurteile haben. Daher finde ich es wichtig, das Zusammenleben. Das bringt Vielfalt. Ich finde, das ist eine Bereicherung.

Wie gut vertreten, aufgehoben und beraten fühlen Sie und Ihr Umfeld sich heute in den Parteien? Für wie politisch halten Sie sich selbst?

Ich fühle mich sehr gut aufgehoben. Ich bin jetzt im Büro von LAMSA [Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt]. Wir sind sehr stark engagiert hier in Sachsen-Anhalt und auch in den neuen Bundesländern, da kämpfen wir. Wir sind sehr viele verschiedene Nationalitäten. Politisch sind auch einige von uns sehr stark engagiert. Wir arbeiten auch zusammen mit den Ministerien. Also es ist nicht so, dass man am Rande bleibt und zuguckt, sondern man versucht, wo es geht, die Karten mitzumischen. Auch wenn man kein Volksvertreter im Parlament ist. Aber es gibt viele verschiedene Strukturen und Vereine, wo man auch aktiv mitwirken kann. Überall, wo man Möglichkeit hat und die Chancen hat, politische Diskussionen mitzumachen, kann man auch seinen Standpunkt vertreten. Ich glaube, Deutschland als einer Exportnation tut es auch gut, so eine Vielfalt und Multikulturalität zu unterstützen.

Welche Rolle spielen für Sie die Medien, die aus Ihrem Herkunftsland kommen? Inwiefern sind die Medien für Sie nützlich oder hinderlich dafür, sich in dem politischen und gesellschaftlichen System in Deutschland orientieren zu können?

Aus meinem Herkunftsland kenne ich keine Medien hier. Ich lese zwar manche Artikel aus dem Internet oder wenn ich das per Mail oder SMS zugeschickt bekomme. Ich komme ursprünglich aus Senegal. Die Presse, ob hier oder sonst noch wo, spielt eine ganz entscheidende Rolle. Sie gibt Bürgerinnen und Bürger eine Schlagzeile. Wenn sie das lesen, brauchen sie nicht weiterzulesen. Aber Schlagzeile für sie reicht schon aus, um ihre Meinungen zu bilden. Es gibt solche Menschen. Und deshalb ist die Presse sehr wichtig in der modernen Gesellschaft und spielt eine wichtige Rolle. Das ist meine Meinung.

Finden Sie sich mit Ihren Erfahrungen und Ihren Erinnerungen – auch an Ihr Herkunftsland – in der heutigen deutschen Erinnerungskultur vertreten? Was wünschen Sie sich in diesem Bereich?

Ich denke, das kommt. Zum Beispiel, in Deutschland gibt es jetzt Vorträge über Namibia, über die koloniale Vergangenheit. Ich denke, dass auch irgendwie was im Anmarsch ist, diese koloniale Vergangenheit. Emmanuel Macron hat, als er in afrikanischen Ländern war, erkannt, dass es in Algerien auch sehr viele Fauxpas gegeben hat, und man kann nur um Entschuldigung bitten. Und ich meine jetzt nicht nur Deutschland, alle die ehemaligen Kolonialmächte müssen auch diese Anerkennungskultur weiterhin entwickeln und pflegen.

Wo sehen Sie heute für sich Verluste nichtmaterieller Art, die für Sie vor 1989/90 von Bedeutung waren?

Also, Verlust gibt es. Die Verluste, die nicht materiell sind, sind vor allem diese menschliche Wärme und diese gegenseitige Unterstützung. In der DDR haben Leute nicht so viel gehabt, aber die menschliche Wärme und die nachbarschaftlichen Beziehungen. Man hat einander gegenseitig unterstützt. Und jetzt sind wir viel mehr in Konkurrenz und Neid. Es sind Dinge, die ich nicht so gut finde. Aber es ist normal so. Zum Beispiel, die Kinder heute haben fast alles: Spielzeuge und, und, und. Aber wenn man sparsam mit den Dingen, kann man nicht sagen, dass man hungert. Wenn man arbeitslos ist, bekommt man Hilfe. Hungern tut keiner. Aber dennoch, dieser Neid, das finde ich als Verlust, moralisch gesehen.

Wo sehen Sie für sich heute im Vergleich zu den 1990er Jahren Chancen und Verbesserungen in Ihrem Leben und Ihrem Umfeld?

Die Chancen und Verbesserungen. Ich bin froh, dass ich noch im Berufsleben bin. Ich werde im Oktober 65. Meine Frau hat ein großes Herz. Wir haben viele Neffen und Nichten, die zu Hause sind, im Land sind und von uns sehr unterstützt. Wir haben schon mehrere Leben gerettet durch Finanzierungen der Operationen, Studium von Neffen finanziert, damit sie dort bleiben und nicht irgendwo nach Europa kommen müssen. Das Leben ist ein Kampf. Sicherlich gibt es immer hier und da Stolpersteine. Aber im Großen und Ganzen, wenn ich da geblieben wäre, hätte ich nicht so viel Unterstützung leisten können. Daher bin ich zufrieden. Meine Tochter ist Lehrerin und mein Sohn ist Arzt. Die gehen eigene Wege und das ist okay.

Dr. Moussa Dansokho

Dr. Moussa Dansokho wurde 1956 im Senegal geboren. Er begann ein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Dakar, das er im Rahmen eines Stipendiums ab 1982 in der DDR fortsetzte. Nach einer anschließenden Promotion entschloss Herr Dr. Dansokho sich, in Deutschland zu bleiben. Nach zehn Jahren als selbständiger Dolmetscher und Übersetzer und zwei Jahren in fester Anstellung bei der Deutsche Angestellten-Akademie ist Herr Dansokho seit sechs Jahren beim „Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.“ (LAMSA) tätig.

Es lebe die Arbeiterklasse
und ihre führende Kraft-die



Interview mit Frau Vũ Thị Hoàng Hà im Mai 2021

Das Interview führte Anja Treichel

„Zuerst haben wir uns auch gefreut ...“

Du bist schon seit DDR-Zeiten hier – was hat sich denn in deinem direkten Umfeld mit der „Wende“ alles verändert?

Als die Wende kam, haben wir uns zuerst auch gefreut. Wir haben gedacht, jetzt kommt also die Vereinigung von Deutschland! Wir Vietnamesen haben Ähnliches erlebt: Genauso wie Deutschland war Vietnam auch lange Zeit, fast 30 Jahre, geteilt. Und mit dem Ende des Krieges war das Land wieder vereinigt. Als Vietnamesin freute ich mich sehr über die Veränderungen. Und die Vereinigung von Deutschland sollte ja auch bedeuten, dass es ein Europa ohne Grenzen, ein offenes Europa geben sollte und das, dachten wir, ist eine große Chance auch für uns Vietnamesinnen und Vietnamesen, die hier in Deutschland leben. Aber zur Wende kam alles anders, als wir es uns vorgestellt haben. Wir bekamen direkt eine Kündigung. Ich war damals Dolmetscherin für eine Gruppe von vietnamesischen Vertragsarbeitenden, so 140 Personen, die in der Schuhfabrik Burg gearbeitet haben. Gelebt haben wir in einem Wohnheim in Magdeburg. Vor der Wende war alles geregelt, wir wurden jeden Tag mit dem Bus nach Burg gebracht, wir arbeiteten in drei Schichten. Alle haben einen Wohnheimplatz und einen Arbeitsplatz bekommen. Wir haben keine Maßnahmen zur Integration erhalten, weil Inhalt des Vertrages war, dass die Menschen aus Vietnam in die DDR kommen, um für fünf Jahre zu arbeiten, und dann wieder zurückkehren. Das heißt, in puncto Teilhabe, Bildungsteilhabe hatten wir gar keine Chance.

Die meisten hatten drei Monate Deutschkurs. Weil wir dann isoliert gelebt und gearbeitet haben im Betrieb, in Schichten und getrennt von den deutschen Kolleginnen, hatten wir gar keine beziehungsweise sehr wenige Chancen, mit der deutschen Bevölkerung in Kontakt zu kommen und uns zu begegnen. Wir trafen die deutsche Bevölkerung beim Einkaufen, mehr nicht.

Als die Wende kam, bekamen fast alle Vertragsarbeitenden eine Kündigung vom Betrieb. Zuerst wir, nicht die deutschen Kolleginnen. In meinem Betrieb bekamen wir im Juni 1990 alle eine Kündigung. Dann kam die Nachricht, wer bleiben will, könne bis zum Ende des vorgesehenen Vertrages bleiben, also bei unserer Gruppe bis 1992. Dann ist Ende. Wer bleiben will, kann bleiben, aber muss sich selber um Wohnung und Arbeit kümmern. Damals herrschte großer Mangel an Wohnungen. Dadurch waren die meisten Vietnamesen gezwungen, die uns angebotenen 3.000 DM als Entschädigung

zu nehmen, und haben sich für die Rückkehr entscheiden. Ich glaube, es waren damals so 55.000 vietnamesische Vertragsarbeitende, davon sind circa 10.000 geblieben. Aber erst mal nur bis zum Ende des Vertrages. Diejenigen, die entschieden haben hier-zubleiben, haben argumentiert, dass das Leben in Vietnam auch schwer war, Arbeitslosigkeit und Armut herrschte. Wir versuchen unser Glück hier zu machen. Wir gehen dieses Risiko ein. Aber wie man Wohnung und Arbeit finden sollte, das wusste niemand. Genauso ist es mir in Magdeburg passiert. Ich hatte mich zuerst auch entschieden zurückzukehren. Aber dann veränderte sich etwas: Ich war bei einer Veranstaltung. Ich habe schon damals als Dolmetscherin immer versucht, Informationen von der deutschen Seite zu bekommen. Da habe ich einen Tipp bekommen, dass eine Veranstaltung in einer katholischen Gemeinde bei Herrn Dr. Nachtweide stattfinden sollte. Das war der Ausländerbeauftragte der katholischen Kirche in Magdeburg. Dort habe ich die Ausländerreferentin des Landes Sachsen-Anhalt getroffen und durch dieses Gespräch habe ich mitbekommen, dass viele vietnamesische Menschen geblieben sind. Diese brauchten sehr dringend Unterstützung von Menschen, die die deutsche Sprache gut beherrschen, also wie ich. Da bin ich zu der Entscheidung gekommen, dass ich bleibe.

Durch die Ausländerbeauftragte bekam ich auch Unterstützung. Sie hat mir eine Arbeitsstelle besorgt. Das war eine ABM, also Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, die es damals überall gab.

Später haben sich dann einige vietnamesische Dolmetscher und Dolmetscherinnen in Magdeburg versammelt und wir sind zu dem Entschluss gekommen, wir können was!

Wir können die Sprache sprechen, die Behörden kontaktieren und so unseren Leuten helfen.

Zu diesem Zeitpunkt war es sehr, wirklich sehr schlimm mit dem Rassismus. 1990 bis

” **... wir haben Angst gehabt, richtige Todesangst ...** “

1992 war eine schlimme Zeit: Jeden Tag kamen im Fernsehen diese Bilder, der „Höhepunkt“ war Rostock-Lichtenhagen. Und in Magdeburg haben wir offene Beschimpfungen, Beleidigungen und auch tätliche Angriffe erlebt, besonders am Abend in Magdeburg-Olvenstedt. Da wurden die vietnamesischen Menschen und alle, die irgendwie anders aussahen, geschlagen. Das haben wir mitbekommen und wir haben Angst gehabt, richtige Todesangst. Als ich die Bilder von Solingen gesehen habe, haben wir in unserer Gruppe entschieden, dass wir uns nur noch im Auto bewegen, und wir haben uns ein kleines gebrauchtes Auto gekauft. Das Auto war damals für uns

das einzige Verkehrsmittel, wo man den Rechten nicht begegnet ist. Oder wir gingen am Abend überhaupt nicht mehr auf die Straße. Und wir haben auch andere Notfallmaßnahmen geplant. Wir lebten damals in der vierten Etage und haben Bettlaken zusammengeflochten, damit wir über die Fenster fliehen können, falls wir angegriffen werden. Zum Glück haben wir dann 1992 den deutsch-vietnamesischen Freundschaftsverein in Magdeburg gegründet. Diese Gründung war für die vietnamesische Community in Magdeburg ein großer Meilenstein, zum ersten Mal haben wir eine offizielle Anlaufstelle geschaffen. Damals gab es kaum migrantische Organisationen im Osten, vielleicht waren wir die erste. Unser Vorbild war Kontakt International e. V.

”

Damals gab es kaum migrantische Organisationen im Osten, ... “

Das ist ein Verein von Mehrheitsdeutschen und Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern. Wir haben uns gedacht, weil die

*vietnamesische Community zahlenmäßig ziemlich groß und unser Bedarf sehr groß ist, brauchen wir dringend Hilfe von den Behörden. Mit der Gründung des Vereines haben wir erst mal einen Kontakt für die Behörden und andererseits für unsere Landsleute geschaffen. Am Anfang haben wir alles nur ehrenamtlich gemacht, ab 1994 haben wir ein Büro gehabt und vier ABM-Stellen. Vier! Also wir haben immer zwei deutsche Kolleginnen eingestellt und zwei vietnamesische Kolleg*innen. Durch dieses Begegnungszentrum konnte der Verein so vielen Vietnamesen helfen. Sie kamen regelmäßig mit ihren Anfragen. Am Anfang hatten die Anfragen sehr viel mit Wohnungssuche zu tun. Wir haben schnell die Infos weitergegeben, wo was leer ist und wo sie schnell eine Wohnung finden konnten. Danach kamen Fragen nach Arbeit. Das war aber sehr schwer, weil die ganzen 1990er Jahre es kaum Arbeitsangebote gab. Wir hatten keine Chance außer einige ABM-Stellen, weil die meisten Vietnamesinnen keinen Abschluss beziehungsweise keine Anerkennung ihrer Abschlüsse und ihrer Berufserfahrungen hatten. Auch wegen der Spracheinschränkungen, da waren die Chancen auf dem Arbeitsmarkt gleich Null. Die meisten waren gezwungen, sich selbstständig zu machen. Am Anfang schien die Selbstständigkeit sehr einfach. Sie standen einfach auf dem Wochenmarkt, haben ein paar Pullover oder Kassetten verkauft. Damit hielten sie sich über Wasser.*

Später spielte unser Verein eine große Rolle, besonders auch als Partner für die Behörden. In Magdeburg wissen die Behörden, dass sie den Verein anrufen können. Wir bieten zum Beispiel Sprachmittlung, Begleitung oder Unterstützung bei Antrag-

stellungen an. Wir haben uns dann überlegt, wir können nicht jeder einzelnen Person helfen, sie müssen selber auch lernen zurechtzukommen, und haben Infoveranstaltungen zu verschiedenen Themen organisiert. Wir haben Geld beantragt beim Land und beim DGB für Infokurse zu verschiedenen Themen wie Bildungssystem, Krankenversicherung, Arbeitsmarkt, Gewerbeanmeldungen und so weiter. Wir haben mit einem Dolmetscher oder Dolmetscherin gearbeitet, die Menschen konnten Fragen stellen und wir haben Experten reingeholt, also Steuerberater oder jemanden von der Krankenkasse, vom Schulamt und so weiter.

Gab es in deinem direkten Umfeld Gewalterfahrungen?

Ja. Zum einen haben wir Alltagsrassismus, bei den Behörden sowieso. Wenn du kamst und die Sprache nicht beherrscht hast, haben die Mitarbeitenden der Verwaltung mit dir gemacht, was sie wollten: willkürliche Entscheidungen getroffen, die Leute beleidigt. Das Schlimme daran ist, die Menschen haben nicht alles mitbekommen. Wenn sie dann gemerkt haben, dass sie nicht weiterkamen, kamen sie zu uns. Dann haben wir sie begleitet, zum Beispiel in die Schulen. Von Anfang an war Rassismus in der Schule ein großes Problem, weil 1992 schon die ersten Anfragen dazu kamen. Beschimpfungen wie das Wort „Fidschi“ waren an der Tagesordnung, auch „Ausländer raus“ oder: „Warum seid ihr noch da, geht nach Hause“, und: „Ihr habt uns unsere Arbeit weggenommen.“ Dann diese ganzen grimmigen Blicke, überhaupt keine freundlichen Blicke mehr. Mein Lebenspartner hat ab 1993 eine Gaststätte in Burg betrieben und eine in Magdeburg ab 1997, da bekamen wir einen Brief von einer älteren Frau. Sie hat geschrieben: „Macht eure Gaststätte zu, wir brauchen eure Gaststätte nicht, wir brauchen deutsche Küche.“ Solche Sachen kamen sehr oft vor, und dann diese ganze Gewalt gegen die vietnamesischen Imbissbetreiber. In Magdeburg haben mehrere erlebt, dass ihre Imbissstube über Nacht niedergebrannt wurde. Damals haben wir sofort Kontakt zur Opferberatung aufgenommen, sie haben dann die Menschen begleitet. Die Opferberatung hat auch damals verschiedene Aktionen gemacht, wie Spenden sammeln, damit die Leute wieder auf die Beine kamen.

Ist das offiziell, zum Beispiel von der Polizei, als rechte Gewalt anerkannt worden oder haben sie versucht, es als Dummejungenstreich oder „betrunkenen jugendlichen, die randalieren“ einzustufen?

Ja, das war damals nicht als rechte Gewalt anerkannt. Von der Polizei wurde in Richtung Rowdytum oder normale Kriminalität ermittelt, das Motiv Rassismus gab es damals nicht.

Wie war die Wahrnehmung in der Community, war bekannt, dass es Rechte waren?

Für uns war das sehr klar, schon in der DDR-Zeit haben wir in der Community über die Problematik gesprochen. Wir haben damals gesagt, es war versteckt, aber schon da. „Sieg-Heil-Rufe“ haben wir auch schon früher erlebt. Einige von uns sind sogar von rechten Jugendlichen schon zu DDR-Zeiten damit „begrüßt“ worden. Kurz vor der Wende war die Aggressivität bei den Jugendlichen viel stärker als in den ersten Jahren, nachdem wir kamen. Ich persönlich habe das auch bemerkt. Als ich 1978 kam, war die Stimmung in der DDR noch okay, aber so ab 1987 habe ich gemerkt, dass sich was ändert. Zum ersten Mal habe ich Schwächen dieses Systems gespürt. Das rechte Problem hat man deutlich gesehen, aber die DDR hat es immer ignoriert. Wir haben es in unserem Betrieb in Burg auch erlebt. Da waren einige Jugendliche im Rahmen von „Erziehungsmaßnahmen“, die Leute in unserem Betrieb und der Betreuer haben uns das erzählt. Wir haben das mitbekommen und wir hatten auch immer Probleme mit diesen Personen. Kurz nach der Wende, Ende September, Oktober 1990, wurde in

” **Die Menschen mussten jeden Tag unter polizeilicher Begleitung zur Arbeit gehen.** “

Olvenstedt ein Wohnheim von Vietnamesen von Rechten, Glatzköpfen, umzingelt. Wir haben uns damals schon untereinander informiert: Vorsicht vor Menschen mit Glatzköpfen, Schuhen

mit braunen Schnürsenkeln oder Bomberjacken. Wir haben eine Warnung in der Community verbreitet. Das war ja genau zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung! Das Wohnheim wurde wochenlang umzingelt. Ich habe eine Dokumentation von so einem jungen Menschen, der damals Dolmetscher war in der Gruppe und dort lebte, gesehen. Die Menschen mussten jeden Tag unter polizeilicher Begleitung zur Arbeit gehen. Manche wurden sogar mit einem vom Betrieb bezahlten Taxi gefahren, damit sie überhaupt zur Arbeit kamen. Genauso wie in Hoyerswerda oder in Rostock. Und die vielen neugierigen Menschen, die da standen, die normale Bevölkerung ... Sie haben nicht so applaudiert wie in Rostock, aber sie haben alles mitbekommen und die wollten gucken, was da weiter passiert. Zum Glück war die Situation noch nicht so eskaliert, und die Polizei konnte die Menge irgendwie auflösen. Als das zwei, drei Wochen danach wieder passierte, war für uns alles klar in Magdeburg. Das war nicht neu für uns und wir hatten unter uns Strategien entwickelt. Das war sehr traurig. Ich glaube, die Eltern erzählen das heute nicht so gern ihren Kindern. Ich verstehe das, denn sie wollen ihren Kindern positive Erlebnisse erzählen und wollen auch nicht ihre

Schwächen zeigen. Denn man zeigt Schwäche, wenn man erzählt, dass man beschimpft wurde. Sie wollen ihren Kindern nicht erzählen, dass sie davon erniedrigt wurden und nichts dagegen tun konnten. Ich habe mit der jüngeren Generation darüber diskutiert und habe versucht zu erklären, warum in den meisten Familien die Eltern nicht so gerne von dieser Zeit erzählen.

Wie ist denn die jüngere Generation in dieser Zeit aufgewachsen?

Ich habe großen Respekt vor dieser zweiten Generation, ich hab erlebt, wie die Eltern damals ihre Kinder alleine gelassen haben, richtig allein gelassen – nicht weil sie das wollten, aber sie waren dazu gezwungen. Die meisten Eltern waren selbstständig, sie arbeiteten nicht acht Stunden und sind 16 Uhr zu Hause, die Leute in der Gastronomie arbeiteten sogar bis 23 Uhr. Dazwischen, also nachmittags, hatten sie eine Pause von zwei, drei Stunden und sind dann zurück zur Arbeit. Die Eltern, die nicht selbstständig waren, arbeiteten meist in Schichten. Bei einer alleinstehenden Mutter war es so, dass sie am frühen Morgen alles vorbereitet hatte, dann ging der Junge zur Schule, kam dann nach Hause, schloss allein die Tür auf, machte sich das Essen warm und war dann alleine, bis die Mutter kam. Es gab keine Zeit, miteinander zu kommunizieren. Das ist in allen Familien so. Ich hab selber keine Kinder, aber mein Bruder hat zwei. Ich hab deshalb bei meinen Nichten diese Funktion übernommen, weil ich Zeit hatte. Ich habe mich um meine Nichten gekümmert. Die Eltern kamen nach Hause, als die Kinder schon im Bett lagen. Zu diesen zeitlichen Problemen kamen sprachliche Probleme, also die Eltern verstehen kein oder ganz wenig Deutsch und haben nicht mitbekommen, wie Schule funktioniert, was die Kinder in der Schule lernen, und konnten auch nicht bei den Hausaufgaben helfen. Andererseits haben die vietnamesischen Eltern eine andere Einstellung zu Bildung. Sie haben gewusst, dass Bildung der einzige Weg ist, um ihren Kindern die Chance zu bieten, in eine höhere soziale Schicht aufzusteigen.

Und das ist doch das Ziel aller Eltern, dass ihre Kinder besser leben als sie. Die meisten vietnamesischen Eltern haben sich schon damals gewünscht, dass ihre Kinder mit Bildung den sozialen Aufstieg schaffen. Das andere Problem ist der Rassismus. Die Eltern wissen, durch den Rassismus können die Kinder es nur mit sehr guten Ergebnissen schaffen, einen gut bezahlten Job zu bekommen.

Sie haben den Kindern immer gesagt, wenn sie zu einem Einstellungsgespräch eingeladen sind, müssen sie viel besser als die Deutschen sein, damit sie diesen Job bekommen. Die Eltern haben großen Druck auf ihre Kinder ausgeübt, dass sie immer die Noten Eins und Zwei bekommen sollen. In einer Elternversammlung fragte mich

eine Lehrerin: „Warum zwingt ihr eure Kinder, die Note Eins zu bekommen, Note Drei ist doch schon sehr gut.“ Ich hab ihr gesagt, dass die Kinder unglaublichen Druck von den Eltern bekommen – auf der anderen Seite haben die Eltern auch Belohnungen in Aussicht gestellt: „Wenn du willst, kannst du Klavier lernen oder malen“, und die Eltern sind bereit, dafür zu zahlen. Lieber tragen die Eltern keine gute Kleidung, kaufen für sich selbst nichts, sind aber bereit, alles für die Kinder zu bezahlen, Nachhilfe unterrichtet, Privatunterricht und so weiter. Warum kommunizieren die Eltern und die Kinder nicht miteinander und tauschen ihre Gedanken aus? Die Kinder haben mit eigenen Augen gesehen, dass die Eltern so schwer arbeiten und dass die Eltern auch bereit sind, ihnen alles zu geben. Es gibt eine Art Dankbarkeit bei den Kindern, weil – eigentlich ist das wie ein Wunder. Wenn die Eltern den ganzen Tag nicht da sind, können die Kinder ja allen möglichen Blödsinn anstellen, aber das haben sie nicht gemacht. Die haben immer versucht, fleißig zu sein, gute Noten zu bekommen und so weiter. Die Rassismuserfahrungen haben die Eltern meistens nicht erzählt, das ist nicht gut gewesen, glaube ich, denn die Kinder haben ja Rassismus auch erlebt. Manche erzählen ihren Kindern, wenn sie zum Beispiel in der Schule beschimpft werden: „Wenn es nicht sehr schlimm ist, sagst du kein Wort. Du musst immer versuchen, die beste Schülerin in der Klasse zu sein, dann können die dich auch nicht mehr so erniedrigen.“ Das ist eine Strategie bei den vietnamesischen Eltern. Die denken immer, wenn wir besser sind, dann ist der Rassismus dann auch weg und wir überzeugen mit unseren besseren Leistungen.

Wie hat sich die Situation auf die Haltung der Community bezüglich Demokratie und Gesellschaft ausgewirkt?

Es gibt zwei Tendenzen, die ich beobachtet habe: Die eine Gruppe ist noch sehr stark unter dem Einfluss der vietnamesischen Gesellschaft und der Diktatur. Sie sagen immer, hier herrscht „zu viel Demokratie“, besonders in der Pandemie. Zu viel Demokratie, das heißt auch, dass die AfD im Landtag ist, weil sie gewählt wurde, und das können sie nicht glauben. Sie sagen, warum können die in den Landtag, wenn das Grundprinzip ist, dass Gleichheit und Respekt füreinander herrschen sollen? Wenn diese Menschen uns einfach angreifen, auch töten, wirklich menschenverachtende Positionen einnehmen und danach handeln, wo ist dann die Demokratie? Wenn Menschenleben ausgelöscht werden, dann ist es zu spät, wenn man dann feststellt, dass die AfD doch rechts ist. Das ist für die einfachen Menschen nicht so leicht zu verstehen, dass Grundrechte trotzdem verteidigt werden müssen. Sie sagen, wenn eine Gruppe die andere Gruppe töten kann – worin besteht dann der Schutz für die Minderheiten? Sie haben Zweifel an dieser Demokratie. In der Pandemie hat sich das auch

wieder gezeigt: Wenn das Tragen von Masken durch ein Gesetz angeordnet wurde, dann muss man es eben machen. Niemand trägt gern Masken, aber man muss doch gefährdete Menschen schützen und Punkt, da ist es sinnlos, sich aufzuregen. Sie haben selbst Nachteile, aber sie akzeptieren das, weil es eben Gesetz ist. Die andere Position ist: Es ist schön, dass wir hier in Deutschland leben können, dass wir gleichgestellt sind vor dem Gesetz wie ein Abgeordneter oder eine höhere Person oder ein reicher Mensch. Sie finden auch die Gleichbehandlung in der medizinischen Versorgung sehr positiv und den Respekt vor dem menschlichen Leben in Deutschland: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie haben sich informiert, wie es woanders ist, zum Beispiel in den USA, und festgestellt, in Deutschland ist es besser. Ich glaube, die Mehrheit der Vietnamesen und Vietnamesinnen sind überzeugt von dieser Gesellschaft. Natürlich gibt es keine Vollkommenheit und keine Gesellschaft, die alles schaffen kann, und man ist ja immer auf dem Weg der Verbesserung, aber wenn die dann den Vergleich machen auf der Welt und auch besonders gegenüber Vietnam, sagen sie, wir haben hier das Beste.

Wenn man eine Bilanz der Veränderungen durch die „Wende“ bis heute ziehen würde – ist sie eher positiv oder eher negativ?

Positiv. Viele sagen natürlich, die DDR war für uns damals auch ein Paradies. Nach dem Krieg in Vietnam mit Armut und mit Arbeitslosigkeit war es gut, dass man hier die Chance hatte, Geld zu verdienen, um die Familien in Vietnam zu unterhalten. Es gab schon Menschen, die ich erlebt habe, die waren sehr verzweifelt wegen des Rassismus zur Wende, und da hatte man wirklich viel erlebt. Die waren sehr verzweifelt und haben Deutschland verlassen. Ich kenne einen Arzt, der damals zu seiner Ehefrau [nach Deutschland] nachgezogen war, er war in Vietnam Lungenfacharzt. Hier war dann sein Abschluss nicht anerkannt. Er wollte bei der Caritas in einem Pflegeheim als Hilfskraft arbeiten. Man sagte, wir brauchen keinen Facharzt in einem Pflegeheim, sondern wir brauchen jemanden, der die Menschen pflegen kann. Und er war so erniedrigt: Er war in Vietnam anerkannt und respektiert und hier konnte er nicht mal als Pfleger im Pflegeheim arbeiten. Dann ist er zurückgekehrt.

Stell dir vor, alles, was zu DDR-Zeiten passiert ist und während und nach der „Wende“, würde aufgearbeitet, es gäbe eine Entschuldigung von offizieller Seite. Wie würde sich das auf die Community auswirken, auf deren Bild von Deutschland? Wenn es jetzt einen Prozess geben würde, ein Geschichtsprojekt vielleicht wegen dieser Geschichten in Olvenstedt, wie würden die Leute das aufnehmen?

Es gibt schon Ansätze, das aufzuarbeiten, aber würde man genug Leute finden, die bereit wären, darüber zu reden? Im letzten Jahr war ich bei einer Veranstaltung in einem Gespräch mit einem Frauenverein in Dessau. Da waren meist ältere deutsche Frauen, die von ihren Erlebnissen zur Wende erzählt haben, dass sie die Verlierer dieser Vereinigung wären. Ich war dabei und ich hab erzählt, wie es uns damals erging. Sie hatten nichts davon mitbekommen, nur dass wir auf dem Markt standen, Sachen verkauft haben und Restaurants aufgemacht haben. Sie haben zum ersten Mal gehört, wie wir behandelt wurden zur Wende. Ich glaube, es wäre nicht schlecht, wenn es möglich wäre, mehr davon mitzubekommen, auch wie es zu DDR-Zeiten war. Es gab ja damals schon viele Vorurteile gegen uns. „Die kaufen alles weg“, zum Beispiel. Dabei wurden uns zwölf Prozent vom Lohn abgezogen und nach Vietnam geschickt, die Ostmark hatte in Vietnam keinen Wert und wir mussten Waren kaufen und schicken, um unsere Familien zu unterstützen. Damals war der Transportweg mit dem Schiff drei Monate. Was sollten wir nach Hause schicken, damit die Familien in Vietnam es verkaufen und damit die Familie ernähren können? Wir mussten gezielt bestimmte Waren kaufen wie Mopeds, Fahrräder, Stoffe und so. Besonders als der Mangel größer wurde, wurden die Menschen aggressiv. Sie hassten uns und wenn wir in die Läden eintraten, wurden wir beschimpft. Sie haben uns gesagt: „Wir haben keine Waren mehr für euch.“

Ich glaube, eine Aufarbeitung der Vergangenheit würde auch das Bild korrigieren, das verbreitet war. Die Menschen dachten, wir waren so wie Menschen aus Ländern, die Devisen hatten. Damals gab es Menschen aus bestimmten Ländern, die Privilegien hatten, weil sie Devisen ins Land gebracht haben. Das kenne ich noch aus der Uni oder Fachhochschule in Merseburg, da waren viele privilegiert und man hat gesehen, es gab auch damals schon zwei Klassen in der Mensa, die hatten extra Besteck aus Silber. Wir haben Alubesteck bekommen.

Gibt es eine Partei oder Organisation, von der du sagen kannst: Sie vertreten auch meine Interesse und setzen sich für meine Rechte ein?

Ich würde sagen, die Grünen und die SPD versuchen ein wenig, die Interessen der Migranten und Migrantinnen zu vertreten. Von der CDU kann man schon sagen, dass es in den letzten Jahren Verbesserungen gegeben hat mit Frau Merkel. Auch die konservativen Parteien kommen langsam auf die Idee, dass die gezwungen sind, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen wegen der Globalisierung. Man kann das Problem nicht mehr ignorieren, und Einwanderung findet in Deutschland längst statt. Dann natürlich die MO (Migrantenorganisationen), unser Verein und das LAMSA (Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.). Der Schwerpunkt der MO

ändert sich aber – weil, wir haben einen Abbruch mit der zweiten Generation. Das Problem ist, die zweite Generation will nicht mehr in einem solchen Verein arbeiten. Sie sind Mitglieder von, was weiß ich, Verschiedenem, aber nicht in den MO, in denen sich ihre Eltern engagieren. Sie sehen nicht mehr diese Notwendigkeit.

Welche Rolle spielen denn für dich und dein Umfeld die Medien?

In der DDR-Zeit hatten wir gar keinen Zugang zu Medien, mit dem Verein haben wir in den 1990er Jahren versucht, Zugang zu den deutschen Medien zu finden, wir haben früh die Wichtigkeit der Medien verstanden. In der ersten Zeit, als diese „Gelbe Mafia“-Kampagne der Medien gegen vietnamesische Leute losging, weil sie damals schwarz Zigaretten verkauft haben, war das Bild der Vietnamesen in den Medien sehr negativ. Wir haben damals Gegendarstellungen geschrieben, zum Beispiel bei der „Volksstimme“ (Tageszeitung in Sachsen-Anhalt). Wir haben einen guten Journalisten gefunden, der in der DDR-Zeit auch schon Kontakte zu Vietnamesen hatte und so eine Art Sympathisant war. Wir haben versucht, mit seiner Hilfe Gegendarstellungen zu platzieren. Wir haben geschrieben, dass die Mehrheit ordentlich arbeiten geht und dass manche Menschen gezwungen sind, schwarz zu arbeiten, weil sie keinen anderen Weg hatten in dieser ganzen Rechtlosigkeit. Ich glaube, wir waren sogar im MDR.

Und spielen die vietnamesischen Medien heute eine Rolle?

Damals war das schwierig, aber jetzt, durch das Internet, ja. Ich glaube, die meisten Vietnamesen der ersten Generation sehen jeden Tag vietnamesisches Fernsehen, aber auch deutsches. Das spielt eine sehr große Rolle für die politische Bildung der Menschen, weil sie vorher nur vietnamesische Medien kannten und dadurch nur eine Perspektive, eine Sache zu sehen. Jetzt fangen sie an, viele Sachen zu hinterfragen, und akzeptieren nicht mehr sofort die eine Sicht, sondern vergleichen. Sie merken, dass es verschiedene Sichtweisen gibt. Das ist gut, um eingefahrene Grundsätze zu ändern. Die grundlegende Einstellung von Menschen zu ändern, das ist manchmal nicht so einfach. Ich glaube, die Mehrheit der Leute versteht jetzt, dass eine Gesellschaft, die auf Freiheit und Demokratie basiert, viel besser ist als eine Gesellschaft, die von einer Person, von einer Partei, von einem Diktator und so weiter regiert wird. Wir sehen aber auch, dass sich auch die Gesellschaft in Vietnam entwickelt.

Welche Rolle hat denn die Frage, im Osten zu bleiben oder in den Westen oder woanders hinzugehen, für dich und dein Umfeld gespielt?

Kurz nach der Wende war das eine große Frage. Die Mehrheit hat gesagt, wir ertragen

diesen Rassismus hier in Ostdeutschland nicht mehr. Überall war bekannt, dass Ostdeutsche viel rassistischer als die Westdeutschen sind, das war dann um die Wende herum. Als wir dann nach Westen kamen und wir gesehen haben, da sind so viele Ausländer, fühlten wir eine Art Befreiung. Aber mit den Jahren haben wir dann gemerkt, dass die Ostdeutschen gar nicht rassistischer sind als die Westdeutschen, sondern nur anders rassistisch. Der Rassismus hat andere Erscheinungen und Formen. Daher glaube ich nach so vielen Jahren, dass die erste Generation von Vietnamesen, die bis jetzt noch hier geblieben sind, die bleiben auch weiter. Bei der jungen Generation sind die meisten weggegangen, zum Beispiel in die Großstädte, wo sie bessere Chancen auf Arbeit haben. Andererseits sind viele junge Leute hiergeblieben, weil sie sich hier gut fühlen. Ich fühle jetzt auch nicht unbedingt, dass ich in den Westen muss, also ich finde Magdeburg genauso gut.

Würdest du dich auch als Ostdeutsche sehen? Ostdeutsche Migrantin oder migrantische Ostdeutsche, oder?

Ja, ich hab viele ostdeutsche Freunde, ich hab immer gesagt, ich bin auch irgendwie Ostdeutsche. Die ganze Zeit war ich immer in Magdeburg oder Leipzig. Ich kenne den Westen nicht so, war nur als Touristin dort und mehr auch nicht. Weißt du, besonders in den 1990er Jahren, als die meisten Leitungsebenen hier von Westleuten besetzt waren, haben meine deutschen Kolleginnen mich immer als Verbündete angesehen. Sie haben mir erzählt, mein Wessi-Chef: so und so und so. Und wir haben uns damals immer als Ostdeutsche gefühlt. Das ist ein bisschen komisch, oder? Die ganze Zeit lebe ich schon hier und ich habe auch alles miterlebt, ich hab genauso wie die Ostdeutschen diese Massenarbeitslosigkeit erlebt, hab versucht, Arbeit zu finden. Manchmal haben wir uns auch gemeinsam erinnert, wie wir die DDR erlebt haben, bis jetzt. Ich weiß auch nicht so richtig, wie es im Westen so abgelaufen ist.

Inwieweit kommen deine Erfahrungen und die der Community in der heutigen deutschen Erinnerungskultur vor?

Der ganze Abschnitt der 40 Jahre DDR ist für 16 Millionen Ostdeutsche verschwunden, außer in Geschichte wird wenig davon behandelt. Ich glaube, in den letzten Jahren fängt man wieder mehr an, auf diese Zeit zurückzublicken und sich die Frage zu stellen, warum Ostdeutschland sich so entwickelt. Am Anfang haben die Westdeutschen überhaupt nicht verstanden, was hier passiert: „Ihr habt jetzt Freiheit und Demokratie, also seid froh, dass wir jetzt kommen und euch helfen, das aufzubauen.“ Meine Erfahrungen als Migrantin aus Vietnam in der DDR und dann zur Wende, die kommen nirgendwo vor. Als die Deutschen ihre Wendezeit feierten, kein Wort von uns. Zu diesem

Zeitpunkt lebten hier mehrere Hunderttausend Menschen anderer Herkunft – nie wurden die Stimmen dieser Menschen gehört.

Was würdest du dir für die Erinnerungskultur wünschen? Wo möchtest du gerne deine Geschichten oder deine Geschichte wiederfinden?

Die Geschichte der DDR besteht auch ein Stück aus Menschen anderer Herkunftsländer, die hier längere Zeit gelebt haben, studiert haben, gearbeitet haben – sie haben auch einen Beitrag geleistet! Es gab ja auch viele positive Erfahrungen, daraus kann man etwas machen. Besonders für die Ostdeutschen hier ist es wichtig, dass ihre Erfahrungen auch noch nicht vollständig wiedergegeben und aufgearbeitet sind. Sie haben auch erlebt, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Aber wir haben die Behandlung als Menschen zweiter Klasse schon zu DDR-Zeiten erlebt. Ich bin bereit, als Zeitzeugin den Menschen davon zu berichten, mich zur Verfügung zu stellen, ihre Fragen zu beantworten und zu beschreiben, wie es damals war.

Eine Frage zur Gesellschaft, wie sie heute funktioniert. Es war ja nicht so einfach, sich nach der Wende zurechtzufinden, oder? Ihr musstet ja die DDR erst mal verstehen. Und als ihr die gerade verstanden hattet, war sie nicht mehr da, und dann musstet ihr euch auf wieder andere Umstände einstellen. Wie war damals und heute bei dir und in deinem Umfeld die Verständlichkeit der Umstände, in denen man lebt, wie man an bestimmte Leistungen kommt, bestimmte Rechte einfordert und so weiter?

Also, 30 Jahre nach der Wende denke ich, dass die Netzwerke bei mir viel, viel größer geworden sind. Ich würde sagen, ich habe kein Problem, mich zurechtzufinden. Ich kann das nicht alleine schaffen, aber ich habe ein Netzwerk, wo ich ganz genau weiß, wer mir welche Frage beantworten kann und wer mir bei welchen Sachen helfen kann. Genauso bei meinen Landsleuten, also bei der vietnamesischen Community. Man braucht nicht alles zu wissen, aber man muss wissen, wen man fragen kann.

Kurz nach der Wende wusste man überhaupt nicht, wohin, damals war wirklich alles sehr chaotisch. Ich glaube, die Netzwerke sind der Schlüssel. Und das Schöne dabei ist, für uns ist das normal, weil wir uns daran gewöhnt haben, dass wir immer in der Gemeinschaft handeln, und die Informationsverbreitung geht ganz schnell. Auch das Vertrauen in das Netzwerk ist bei Migrantinnen ein bisschen anders als bei den Einheimischen. Wenn ich viele meiner älteren deutschen Bekannten anschau, die haben sich dran gewöhnt, dass man zu DDR-Zeiten vom Staat betreut wurde, der Staat kümmert sich um deine Sachen, du brauchst keinen Antrag zu stellen, sondern deine Leistungen kommen automatisch. In dieser neuen Gesellschaft ist das Gesetz als Rahmen da, aber du musst selber den Antrag stellen, du musst deine Unterlagen beschaffen. Und das macht es vielen schwer. Bei den Migrantinnen und Migranten ist

das eine Stärke, sie mussten sich selber kümmern und sind daran gewöhnt, dass man auf funktionierende Netzwerke angewiesen ist.

Die Leute, die keine oder wenig Netzwerke haben, egal, ob Migranten oder auch Mehrheitsdeutsche, kommen schlechter zurecht in der heutigen Welt, denke ich.

Vũ Thị Hoàng Hà

Frau Vũ Thị Hoàng Hà wurde in Vietnam geboren. Sie kam 1978 als Germanistikstudentin nach Leipzig, wo sie bis 1984 blieb. 1987 kehrte sie als Dolmetscherin für vietnamesische Vertragsarbeiter*innen in die DDR zurück. 1992 war sie Mitgründerin des Deutsch-Vietnamesischen Freundschaftsvereins e.V., der zu den ersten Migrant*innenselbstorganisationen in Ostdeutschland gehört. Sie arbeitet beim „Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.“ (LAMSA) in verschiedenen Projekten, beim „Netzwerk der Eltern mit Migrationsgeschichte in Sachsen-Anhalt“ (NeMsa) und ist Teil des „Bundeselternnetzwerkes der Migrantenorganisation für Bildung und Teilhabe“ (bbt).



Interview mit Frau Uta Leichsenring im Juli 2021

Das Interview führte Ruth Wunnicke

„Zu der Zeit herrschte auf der einen Seite eine große Verunsicherung, auf der anderen Seite das Ausleben von falsch verstandener Freiheit.“

Hast du zur Zeit der Friedlichen Revolution 1989/90 Veränderungen in Potsdam durch Wegzug und Zuzug von Menschen wahrgenommen? Hat sich deine Umgebung verändert?

In Potsdam habe ich es noch nicht wahrgenommen. 1989/90 war ich auch sehr beschäftigt mit der Auflösung der Staatssicherheit, muss ich dazu sagen. In dieser Zeit und Ende 1990 ging dann der Aufbau der Stasiunterlagen-Behörde los. Anfang 1991 kam meine Entscheidung, als künftige Polizeipräsidentin nach Eberswalde zu gehen. Und in Eberswalde habe ich es sehr wohl gespürt. Dort gab es nämlich angolanische und mosambikanische Vertragsarbeiter. Den Zuzug neuer Menschen habe ich schon auch in Potsdam erfahren. Es waren Unterstützer durch die nordrhein-westfälische Aufbauhilfe. Daraus resultieren übrigens bis heute Freundschaften.

Und die Unterstützer haben im Bereich Administration geholfen? Also beim Aufbau der Verwaltung?

Ja, im administrativen Bereich. Intensiv habe ich die Unterstützer aus NRW beim Aufbau der Justiz in Potsdam erfahren. Also Richter, Prüfungsausschüsse, Richterwahlausschüsse. Später in Eberswalde bei der Neuorganisation der Polizei.

Wie verhielt es sich mit den angolanischen und mosambikanischen Vertragsarbeitern in Eberswalde?

In Eberswalde waren es Vertragsarbeiter, die in der großen Eberswalder Fleischfabrik gearbeitet haben. Zu dem Zeitpunkt, als ich nach Eberswalde kam, gab es noch eine kleine Community der angolanischen und mosambikanischen Vertragsarbeiter. Viele von ihnen sind heute noch da. Diese Community hatte eine Art Selbsthilfverein gegründet. Der Verein hatte auch das Ziel, sich insgesamt in die Eberswalder Gesellschaft einzubringen und wahrgenommen zu werden.

Es waren ein paar Vertragsarbeiter, die geblieben sind. Die meisten von ihnen sind zurückgegangen?

Sie mussten zurück. Das weiß ich durch meine Zusammenarbeit mit der damaligen Ausländerbeauftragten Almut Berger. Wir hatten regelmäßigen Kontakt mit den verbliebenen Vertragsarbeitern; auch in der Frage: Wie es ihnen geht, wie ihre Situation ist, wo Unterstützung notwendig ist.

Konntest du in dieser Zeit, in den 1990er Jahren, feststellen, dass bei den Menschen das Bedürfnis stieg, den eigenen Besitz, den eigenen Radius oder die eigene Umgebung zu schützen? Und wenn ja, wovor sollte es geschützt werden?

Wahrgenommen habe ich Unsicherheit in meinem sozialen Umfeld. Nicht in dem Sinne einer direkten Schutzbedürftigkeit. Aber eine Unsicherheit, über die viel geredet und diskutiert wurde. Wobei ich seit Ende 1989 immer in einer aktiven Rolle war. Und nicht in dieser unsicheren Situation, die ich bei anderen gespürt habe: Was wird aus meiner Arbeit und wie geht das weiter. Das habe ich selbst nicht kennengelernt. Ich erinnere mich, dass ich dem einen oder anderen, von dem ich meinte, er könnte geeignet sein, geraten habe, sich bei der Stasiunterlagen-Behörde zu bewerben. Die Behörde wurde damals aufgebaut und brauchte Arbeitskräfte. Drei haben sich beworben. Und im Übrigen arbeiten sie noch heute da, sofern sie nicht im Ruhestand sind.

Das heißt, du warst eine aktivierende Person, die gesagt hat: „Vorwärts gehen, gucken, sich einbringen.“

Ja. Für mein persönliches Umfeld kann ich das so sagen.

Wachsender Nationalismus, war das etwas, das dir begegnet ist?

Seit ich ab 1991 in Eberswalde arbeitete, war ich mit dem Thema konfrontiert. In Eberswalde stand das Thema Nationalismus in Zusammenhang mit den ehemaligen Vertragsarbeitern, die dort wohnten. Das Thema wurde massiver, als die ersten, damals nannten wir sie Asylbewerber, mit auf die neuen Bundesländer verteilt wurden. Es gab ja einen bundesweiten Verteilungsschlüssel. Die Landkreise mussten Asylbewerberheime einrichten. Und dann habe ich den Nationalismus sehr direkt und konfrontativ erlebt.

Und das war nur in Eberswalde so oder auch im Umland?

Das war auch im Umfeld, zum Beispiel in der Uckermark. Ich erinnere mich an die Einrichtung der Asylbewerberheime in Prenzlau. Dort gab es massive Proteste und es wurde von Ausländerfeindlichkeit gesprochen. Damit war ich als Polizeipräsidentin direkt konfrontiert. Nationalismus ist immer ein Bestandteil von Ausländerfeindlichkeit. „Ihr kommt hierher, ihr seid hier, ihr nehmt uns was weg.“ Es war ein „Deutsche zuerst“, um es mal abstrakt auf die Trump'sche Formel zu bringen. „Ihr nehmt uns Arbeit weg“ war ein häufiges Argument.

... das klingt nach Abgrenzung und Verunsicherung.

Es ist natürlich eine Abgrenzung, aber auch eine große Unsicherheit gewesen. Man kann das eine nicht vom anderen trennen. „Wir sind unsicher, was mit unserer Arbeit wird, und ihr nehmt uns unsere Arbeit auch noch weg.“ Zum Transformationsprozess gehörte ja auch, dass viele Menschen ihre Arbeit verloren. Aber die Menschen hätten die Arbeit in einer bankrotten DDR auch so verloren. Doch so weit ging die Analyse der Situation nicht. Sondern da kamen dann die anderen, und das waren dann vermeintlich diejenigen, die uns etwas wegnehmen, vor allem die Arbeit.

Abgrenzung gab es schon in der DDR. Trotz der staatlich verordneten Solidarität. Das war übrigens eine meiner ersten und sehr wesentlichen Erkenntnisse: dass von dieser Solidarität, von der ich annahm, dass ein bisschen was hängengeblieben ist, obwohl sie staatlich verordnet war, letztendlich sehr wenig hängenblieb. Beim großen Teil der Bevölkerung ist nichts hängengeblieben. Das hat sich dann so geäußert wie gerade beschrieben.

Leider waren Vertragsarbeiter auch zur DDR-Zeiten schon von einem Teil der Bevölkerung nicht gut gelitten. Dazu trug die staatlich gewollte Abgrenzung bei. Die Vertragsarbeiter waren weitgehend von der einheimischen Bevölkerung isoliert in eigenen Wohnheimen und lebten unter sich. Ich erinnere mich, direkte Kontakte und Verbindungen waren nicht gerne gesehen.

Wie gut aufgehoben hast du dich in den 1990er Jahren im neuen Parteiensystem und der neuen Behördenstruktur gefühlt? Und was hast du in deinem Umfeld festgestellt?

Ich selbst bin ja immer parteilos gewesen und bin es heute noch. In der DDR gab es nur die eine Partei – die Staatspartei. Der wollte ich nie beitreten und bin es auch nie. Übrigens trotz Werbung um mich. Das hat letztlich dazu geführt, dass ich eine sogenannte Karriere in der Verwaltung der DDR – ich war ja zwischenzeitlich auch in der

Verwaltung tätig – nie hätte machen können. Ich hatte ein, zwei Erlebnisse, da wurde das klar. Aber ich bin den Kompromiss nicht eingegangen, in diese Partei zu gehen oder in die sogenannten Blockparteien. Das war nämlich auch noch eine Chance in der DDR, wenn man da reingegangen ist, besonders in die CDU. Eigentlich resultiert bei mir noch aus dieser Zeit ein ambivalentes Verhältnis zu Parteien.

Ich wollte mich dann 1990 gesellschaftspolitisch engagieren, aber nicht parteipolitisch. Und in die Funktion in Eberswalde bin ich trotz meiner Nicht-Parteizugehörigkeit gekommen. Manchmal denke ich, das wäre heute gar nicht mehr möglich, ich bin mir sogar sicher. Gesellschaftspolitisches Engagement, das war für mich das Entscheidende und Richtige. Und was die neuen Parteien anbelangt, da verorte ich mich programmatisch bei den Grünen. Im Übrigen bin ich immer als eine Grüne gehandelt worden, obwohl ich nie Mitglied war. Aber das hing damals mit den Vorschlagsmöglichkeiten der Fraktionen im Potsdamer Landtag zusammen. Alle Fraktionen konnten jemanden für das Amt des Polizeipräsidenten vorschlagen. Ich bin zwar vom SPD-Innenminister vorgeschlagen worden, aber die Grünen meinten, sie können mit mir leben.

Wie war es in deinem Umfeld, bei deinen Freunden und Bekannten? Wie weit haben die sich aufgehoben gefühlt in der neuen Parteien- und Behördenlandschaft?

Ich glaube, sie haben sich nicht so gut aufgehoben gefühlt. Man muss aber bedenken, in dieser Anfangszeit wusste niemand, was auf uns alle zukommt; weder von Seiten der Behörden noch von Seiten der Parteien. Viele waren skeptisch gegenüber den Parteien. Vor allem, was das Thema Parteidisziplin anging. Dennoch gab es drum herum und auch in meinem Umfeld viel gesellschaftliches Engagement.

Wie schnell war dir die Möglichkeit, teilzuhaben und mitzumachen, bewusst? Ab wann war dir klar: „Das will ich!“?

Es war im Frühjahr 1991. Ich wurde gefragt, ob ich es mir vorstellen könne, beim Neuaufbau der Polizei mitzuwirken. Mir war klar, wie ungeheuer wichtig diese Arbeit war. Die Polizei konnte ja nicht einfach zugemacht werden. Und zu sagen: „Wir bilden erst mal Neue aus und dann kommen wir wieder“, das ging natürlich auch nicht. Zu der Zeit herrschte auf der einen Seite eine große Verunsicherung, auf der anderen Seite das Ausleben von falsch verstandener Freiheit. Und dem gegenüber stand eine verunsicherte Polizei. Zum Glück musste ich mich nicht sofort für oder gegen das Amt entscheiden. Ich hatte einige Wochen Zeit zu überlegen. Ich war ja gerade erst Außenstellenleiterin in Potsdam des damaligen Sonderbeauftragten – Joachim Gauck – für die Unterlagen der Staatssicherheit geworden. Gerade hatten wir die Behörde und

damit auch die Außenstellen aufgebaut. Da ist es mir nicht leichtgefallen. Denn beides war neu, beides fand ich unglaublich wichtig. Ich hatte also einige Wochen Zeit zu überlegen und habe mit Menschen gesprochen, die mir wichtig sind. Mit Freunden, Familien. Die haben sich zunächst alle sehr gewundert. Aber wenn wir darüber diskutierten, haben sie gesagt: „Ja“. Es ist immer die Frage: Wem überlässt man das Feld, wenn man es nicht macht.

Und dann habe mich doch entschieden, den Aufbaustab für die neue Polizei in Eberswalde zu leiten. Wohl wissend, dass es auch ein Risiko für mich selber war. Allerdings muss ich sagen, ich bin kein Mensch, der nur die Sicherheit sucht. Deswegen war es 1989/90 für mich auch eine sehr persönliche Befreiung, dass ich mich endlich einbringen und mitwirken konnte.

Bis 1989 lebst du in einem starren System, in dem du die Risiken und Chancen deines Handelns abwägen konntest. Das änderte sich nach 1989. Plötzlich waren die Folgen des eigenen Handelns im neuen System nicht mehr so einfach absehbar. Wie war es für dich in der Zeit oder wie hast du es in deinem Umfeld wahrgenommen?

Das ist etwas, was ich, zum Teil jedenfalls, immer wollte: selbst bestimmen, auch selbst abwägen. Das war in der DDR so nicht möglich. Insofern habe ich mich tatsächlich richtig befreit gefühlt. Ich erinnere mich noch an dieses Gefühl.

Ich habe ja schon von Unsicherheit und Vorsicht gesprochen. Und Risikobereitschaft ist individuell sehr unterschiedlich ausgeprägt. Ich erinnere mich, dass ich des Öfteren mit Menschen diskutiert habe: „Wenn ihr dies und jenes nicht wollt, dann müsst ihr euch artikulieren. Oder: Wenn ihr dieses oder jenes wollt, dann müsst ihr euch genauso artikulieren.“ Zum Beispiel risikobereit auf die Straße gehen und gegen Rechtsextremismus demonstrieren. Da war die Zurückhaltung bei den Menschen stark zu spüren: Wie wird es mir ergehen, wenn ich mich positioniere? Oder was habe ich dann zu erwarten? Diese Zurückhaltung habe ich im Allgemeinen erlebt.

Ähnliches erlebte ich in der Polizei, wenn es darum ging, bei den Kolleginnen und Kollegen für einen Aufstiegslehrgang zu werben. Es gab Unsicherheit drüber, ob es gut für einen ist, ob man es kann. Oft habe ich Gespräche geführt und versucht zu motivieren. Meine Devise war und ist immer, Menschen zu motivieren, etwas zu tun, ist besser, als zu Hause im stillen familiären Zirkel – ich sag das jetzt mal so – zu meckern. Das kenne ich zur Genüge, auch heute. Dem sollte man immer etwas entgegenzusetzen und versuchen zu motivieren. Wenn es eine Unzufriedenheit gibt, tu was. Denn schon alleine das Tun hilft.

Hast du das Gefühl, die Menschen könnten heute die Risiken und Chancen ihres Handelns besser bemessen und einschätzen als in den 1990er Jahren?

Ja, das denke ich schon. Wir haben den funktionierenden Rechtsstaat mit seinen Institutionen. Und damit kann das, glaube ich, jeder schon etwas besser für sich einschätzen. Aber gleichzeitig spüre ich auch immer eine Überforderung. Überforderung durch Bürokratie und Verwaltung. Und wenn ich ehrlich bin, geht es mir manchmal auch so. Aber wie viele andere auch suche ich dann aktiv, wo man Hilfe bekommen oder wo man sich informieren kann. Und das vermisse ich bei manchen Menschen. Die Eigeninitiative, sich zu informieren oder herauszufinden, wie man mit einem Problem umgeht, das man gerade hat, oder wer einem helfen kann.

Als Fazit für dich nochmal zur Friedlichen Revolution und den 1990er Jahren: eher Verlust oder eher Gewinn?

Gewinn, eher Gewinn. Da gibt es für mich gar keine Frage. Natürlich ist es für viele Menschen mit Verlusten einhergegangen. Für mich persönlich ist es ein Gewinn. Und wenn du mich jetzt nach Verlusten fragst, müsste ich schon sehr überlegen. Zum Beispiel hört man noch öfter: „Ja, früher [vor 1989] gab es mehr Solidarität unter den Menschen.“ Wenn ich ehrlich bin, erinnere ich mich mehr an die sogenannten materiellen Beziehungen. Man hatte Freunde, Bekannte und Beziehungen, über die man sich gegenseitig, wie soll ich sagen, etwas beschaffen konnte. Man versorgte sich gegenseitig mit knappen Waren. Diese Beziehungen hatten einen materiellen Grund. Und solche Beziehungen, auf der Grundlage von Knappheit und von Defiziten, sind keine echten Freundschaften. Die echten Freundschaften, behaupte ich, die sind geblieben. Ich habe Freundschaften von damals, und ich habe neue Freundschaften. Und ich empfinde sie absolut als Bereicherung.

Mit dem Ende der DDR brachen viele gesellschaftliche Strukturen weg, zum Beispiel Sport- und Massenorganisationen oder Arbeitsgemeinschaften. Gab es für dich persönlich auch so etwas wie einen Wegbruch?

Ja, es gab durchaus Brüche und Abbrüche. Es gab durchaus auch Lücken. Einerseits. Andererseits habe ich immer gedacht, wer es möchte, der kann auch selbst was dafür tun, dass es nicht wegbricht. Wenn es mit viel Geld zu tun hat, dann ist es natürlich noch mal etwas anderes. Aber nehmen wir zum Beispiel den Sportclub oder Jugendeinrichtungen. Sofern die Einrichtungen selber materiell und gegenständlich noch da sind, liegt es immer an den Menschen selbst, etwas zu initiieren, was vielleicht mal da war. Beziehungsweise Verbindungen aufrechtzuerhalten. Davon bin ich überzeugt.

Das ist eine meiner wesentlichen Erkenntnisse. Das habe ich auch in Eberswalde gelernt. Wenn man sich Verbündete sucht, dann findet man sie. Aber man muss sie halt suchen – Verbündete für Engagement, für Vorhaben, für soziales Leben. Gerade auf dem Dorf, aber auch in der Stadt, im Kiez.

Jeder Mensch hat verschiedene Rollen im Leben. Du bist Mutter, Schwester, Arbeitskollegin, Chefin und so weiter. Wie haben sich denn für dich nach 1989 die Rollen geändert? Und wie leicht oder schwer war es, die neuen Rollen zu finden, wenn es denn überhaupt eine Rollenänderung gab?

Die Rollen, die du aufgezählt hast, in denen war ich auch. Die Familie, unser jüngerer Sohn war elf Jahre damals, dann zwölf. Der ältere ist zehn Jahre älter, er hatte schon eine eigene Familie. Insofern war ich in den verschiedenen Rollen. Gerade die Entscheidung, nach Eberswalde zu gehen, konnte ich nur mit der Familie treffen. Mein Mann ist am Ort geblieben und hat sich kommunalpolitisch engagiert. Und er war hauptsächlich für die Kinder beziehungsweise für den Jüngeren da. Unser Jüngerer ist heute 42 und sagt manchmal: „Na ja, ich hätte mir damals schon gewünscht, ihr wärt mehr da gewesen.“ Das stimmt. Ich will nicht sagen, dass ich darunter gelitten habe. Aber ich habe schon mal darüber nachgedacht. Und ich muss auch sagen, wenn es nicht ziemlich gut in unserer Familie gegangen wäre – unser jüngerer Sohn war gut in der Schule, wo ich mir keine Sorgen machen brauchte –, dann hätte ich mir das sicherlich auch überlegt, nach Eberswalde zu gehen. Dann hätten die Kinder Vorrang für mich gehabt. Aber mein Mann war auch noch da und wir machen immer alles gemeinsam. Ganz neu war für mich als Behördenleiterin die mit der Rolle verbundene Öffentlichkeit. Ich bin kein Mensch, der unbedingt nach Öffentlichkeit strebt. Es gibt einen schönen Satz: „Tu Gutes und rede darüber.“ An so was muss ich mich zum Teil heute noch gewöhnen. Ich mag da nicht so viel darüber reden. Und diese öffentliche Rolle war für mich nicht so ganz einfach; aufgrund meiner Art und meiner Mentalität. Aber ansonsten war es nicht kompliziert. Ich hatte zwar in der DDR keine Führungsfunktionen, aber ich hatte immer den Eindruck und das Gefühl, dass ich relativ gut mit Menschen umgehen kann. Was auf Gegenseitigkeit beruhte. Das hat mich im Übrigen auch motiviert, dieses Wagnis in Eberswalde einzugehen.

Warst du in den 1990er Jahren auch von Jobverlust betroffen?

Ich selbst war nie arbeitslos, weil ich meine Entscheidungen immer vorher getroffen habe. Ich habe von mir aus aufgehört in diesem Ingenieurbüro. Als ich kündigte, ahnte ich schon, dass es das nicht ewig geben würde. Es ist nachher auch auseinandergegangen. Ich bin aber vorher schon rausgegangen, und zwar in das staatliche

Komitee zur Auflösung der Staatssicherheit. Und daran schloss sich dann der Sonderausschuss der Volkskammer an. Ich habe für mich die Entscheidung getroffen: Ich finde das jetzt wichtig. Daraufhin habe ich die neue Stelle im staatlichen Komitee zur weiteren Auflösung der Staatssicherheit angenommen, nachdem sie personell aufgelöst war. Es gab damals auch Unregelmäßigkeiten. Die meisten Mitarbeiter waren Stasileute. In Potsdam war zum Beispiel nur ich kein Ex-Stasimitarbeiter, sondern ich kam aus der Bürgerkommission. Ich hatte das Gefühl, ich bin da ein Feigenblatt. Das war ich ja auch. Wenn es was Öffentliches zu sagen gab, haben sie mich gerne geschickt. Die Zeit beim staatlichen Komitee war nur kurz. Juni 1990 beschloss die Volkskammer, den Sonderausschuss für die Kontrolle der Auflösung zu bilden. Der Sonderausschuss Vorsitzende war damals Joachim Gauck. Und daraus ist die Behörde entstanden. Ab Juli 1990 war ich beim Sonderausschuss der Volkskammer angestellt für Potsdam. Ich war also Volkskammerangestellte. Wieder nur ein paar Monate. Aber ich war nie arbeitslos.

Wie ist aus deiner Sicht die Transformationszeit für Heranwachsende gewesen? Wo blieben in deiner Erinnerung junge Menschen in diesem Prozess?

Ich denke, wenn Jugendliche gerade in diesem Alter nicht in einem sicheren sozialen Umfeld gelebt haben, dann war es für sie wirklich schwer. Es ist eine Orientierungsphase für die Jugendlichen. In den 1990er Jahren mussten sich nicht nur die Jugendlichen neu orientieren, die Eltern mussten sich auch neu orientieren. Bei unserem jüngeren Sohn war es die Frage nach dem Gymnasium. Insofern hatte er gerade das richtige Alter. Er ist 1990 nahtlos von der Grundschule aufs Gymnasium gewechselt. Es wäre gut gewesen, wenn man vielleicht etwas mehr da gewesen wäre. Aber andererseits kriegen Jugendliche auch mit, wenn sich Eltern engagieren, und finden das vielleicht auch ganz gut. Das stärkt auch ein bisschen, glaube ich. Aber ich kenne die Unsicherheiten gerade auch bei Jugendlichen. In Eberswalde habe ich viel zu tun gehabt mit Jugendlichen, die in Gruppen abgeglitten sind, die für ihre Entwicklung nicht gut waren. Jugendliche, die sich zum Beispiel nicht ganz zurechtgefunden haben in dem neuen Schulsystem. Egal, ob wir als Polizei oder darüber hinaus im Rahmen der Prävention mit Jugendlichen zu tun hatten, ihnen fehlte eigentlich etwas. Es hatte oft mit dem sozialen Umfeld zu tun, wie stabil und wie eng die Beziehungen waren. Eltern, die unsicher sind und sich neu orientieren müssen, können wahrscheinlich gar nicht die große Stütze für ihre Kinder sein. Denn dazu gehört immer, dass man Kinder im Selbstwertgefühl, im Selbstbewusstsein stärkt. Und Menschen, die es gerade selber nicht haben, die können das schwer vermitteln.

Uta Leichsenring

Geboren wurde Uta Leichsenring 1950 in Radebeul/Sachsen in der DDR. Bis 1990 arbeitete sie als Ingenieurin. Nachdem Frau Leichsenring ab 1989 maßgeblich an der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit beteiligt war, besetzte sie von 1991 bis 2002 das Amt der Polizeipräsidentin von Eberswalde und leitete von 2005 bis 2014 die Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Heute engagiert Frau Leichsenring sich im Vorstand von „Gegen Vergessen- Für Demokratie e.V.“ sowie in der von ihr mitbegründeten „Bürgerstiftung Barnim-Uckermark“.



2.

Zeitzeug*inneninterviews

30 Jahre danach



Interview mit Herrn Adelino Massuvira João im Juni 2021

Das Interview führte Ruth Wunnicke

„Ich betrachte die deutsche Gesellschaft auch als meine Gesellschaft.“

Herr Massuvira João, Sie leiten seit mehreren Jahren den Migrationsdienst und die Asylverfahrensberatung im Kirchenkreis Suhl. Das Thema Ankommen und Weggehen ist ein tägliches Thema für Sie. Wie geht es den Menschen in Ihrer Umgebung in Suhl damit, dass immer wieder „fremde Menschen“ in ihre Heimat kommen? Wie erleben Sie das?

*Ja, ich erlebe schon einen ständigen Wechsel von Verhaltensweisen der Menschen hier in der Stadt und um die Stadt Suhl aufgrund eben diesem neuen Zugang, also fremder Menschen, die hierherkommen. Dazu muss ich sagen, dass in Suhl die erste Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete eingerichtet wurde, die nach Thüringen kommen. Das ist eine Einrichtung in Betreuung vom Landesverwaltungsamt. Der Betreiber ist das Landesverwaltungsamt und die Menschen kommen dorthin. Sie werden erke-
nungsdienstlich behandelt und stellen dort ihren Antrag auf Asyl. Und nach sechs Wochen maximal gehen sie auf Transfer in die Kommune. Und in Bezug auf diese Menschen – sie müssen das annehmen, was ihnen geboten wird: ob sie hier in Suhl für längere Zeit bleiben oder woanders hingeschickt werden. Die wissen nicht, wie es ihnen geschieht.*

Aber im Gegensatz zu den Einheimischen hier, den Suhlern, es ist so, dass in der Tat eine ständige Veränderung zu erleben ist. A) Es sind neue Menschen, die ankommen. B) Da entsteht ein gewisser Widerstand in der Akzeptanz der neuen Ankömmlinge. Sie werden zum Teil als Störer in der Gesellschaft, in einer ruhigen Umgebung gesehen ... Man lebt sehr ruhig und auf einmal kommen fremde Menschen und die haben andere Lebensweisen. Aber um hier anzukommen, haben die Neuankömmlinge keine Zeit. Die werden von den Einheimischen nicht so aufgenommen und die Einheimischen sind entsprechend verunsichert. Ich sage mal, es ist nicht so fremdenfeindlich, nein. Es ist von Natur her: Das Fremde ist bei jedem einzelnen Menschen unterschiedlich. Für mich ist etwas Fremdes etwas Reizvolles. Mich interessiert das, da kann ich davon was abgewinnen oder ich kann für das Zusammenleben hier beitragen, wenn ein Fremder sich in meiner Umgebung aufhält. Aber für manche entwickelt sich eine Abwehrhaltung. Wir sind unterschiedlich gebaut. Jeder agiert und reagiert auf

bestimmte Situationen immer unterschiedlich. Also, das sind zwei Gruppen, die aufeinander treffen. Eine ist die der Zugewanderten, die kommen hierher, weil sie auf der Flucht sind und von deutschen Behörden hier nach Suhl geschickt worden sind. Sie haben es auch nicht ausgesucht, dass sie nach Suhl kommen. Das ist von der Regierung so entschieden, entsprechend dem Verteilungsschlüssel, dem sogenannten Königssteiner Schlüssel. Die kommen hierher, weil sie es müssen. Und in der Tat ist es so, dass die Einheimischen sich auch nicht ausgesucht haben: „Wohooo ihr kommt hierher. Wir haben Platz für alle.“ Aber sie müssen es so hinnehmen und annehmen. Daher, weil in Deutschland doch Freiheit für die Menschen herrscht, dann werden einige Stimmen von Menschen lauter: „Also, so geht es nicht. Kümmert Ihr Regierenden euch darum, dass die Regeln eingehalten werden.“ Vor allem, wenn die Zugewanderten in ihrer Bewegung, in ihren Verhaltensweisen doch deutlich machen – es ist etwas Neues, es ist etwas Beunruhigendes. Die Einheimischen werden unruhig, wenn zum Teil in ihre Gartenlaube eingebrochen wird. Es werden auch Stimmen für die Schließung dieser Aufnahmeeinrichtung lauter. Schlimm ist, was ich nicht verstehe, dass es verallgemeinert wird. Wenn von 500 Menschen, die hierherkommen oder hierhergebracht worden sind, fünf Unruhe stiften, dann heißt es: alle. Einschließlich die, die hier schon

länger leben. Meine Wenigkeit ist da auch in dem Topf. Es fehlt die Differenziertheit in der Betrachtung des Geschehens. Ich bin mittendrin in der Erstaufnah-



Es fehlt die Differenziertheit in der Betrachtung des Geschehens.



meeinrichtung mit anderen Anbietern der sozialen Dienste in der Arbeit mit Migranten. Wenn wir in einen Diskurs kämen, wo ein Gespräch zustande kommt, wie wir gemeinsam unsere Stadt gestalten können, dann hätte ich garantiert einen Vorschlag, über den wir debattieren könnten. Beziehungsweise auch die Einheimische, die sagen: „Weg hier!“, die hätten auch einen anderen Blick, wenn sie eine andere Meinung dazu gehört hätten. Aber dazu kommt es leider nicht. Wir fordern das eine, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure in der Migrationsarbeit an einen Tisch gebracht werden sollen, um nach Lösungen zu suchen. Nicht nur laut schreien, dass die Aufnahmeeinrichtung geschlossen werden muss. Denn für mich wäre es eine Verschiebung des Problems. Denn dort, wo sie [die Geflüchteten] hin verfrachtet werden, da werden die Probleme auch nicht weniger. Deshalb müssen wir die Probleme hier vor Ort klären.

Politik, Gesellschaft, Wirtschaft insgesamt müssen an einem Tisch sitzen. Warum auch nicht mit den Geflüchteten reden? „Mensch, was bewegt euch, warum verhaltet ihr euch so? Eigentlich gelten in diesem Land die und die Regeln. In Gartenlauben gibt es eine Privatsphäre und da hat keiner was zu suchen. Es sei, er ist eingeladen worden.“ So was darf nicht verordnet werden. Es muss von beiden Seiten kommen. Ich verstehe schon die Ängste der Einheimischen hier, aber ich verstehe die Verallgemeinerung nicht. Denn es sind nicht alle [Geflüchteten] so. Die meisten sind die Leidtragenden dieser Verhaltensweisen einiger weniger. Die meisten von 500, also die 495, sind harmlos und die wollen hier Schutz bekommen. Aber es gibt tatsächlich [unter den Geflüchteten] meistens junge Leute, sehr stark und gelangweilt, und die suchen sich eine Beschäftigung. So sehe ich das. Aber sie wissen dabei nicht, was sie sich antun, dass sie sich ins eigene Fleisch schneiden. Und vor allem die Verweildauer ist nur für kurze Zeit und nicht für die Ewigkeit in Suhl. Aber für die Einheimischen hier scheint es wie eine Ewigkeit, weil immer wieder eine neue Gruppe kommt, die hat eine andere Verhaltensweise. Und in der Stadt wird die Bewegung ganz anders wahrgenommen. Das ist, was ich hier erlebe – der Zugang und der Wegzug.

Sie leben seit über 30 Jahren in Thüringen, in der Region Suhl. Welche Veränderungen gab es in Ihrem Umfeld im Vergleich zwischen den 1990er Jahren und heute? Vielleicht können Sie das an zwei bis drei Beispielen festmachen?

Ich bin in der Tat seit 34 Jahren in Suhl und seit der deutschen Wiedervereinigung erlebe ich tatsächlich Veränderungsprozesse. Die erste Veränderung ist die Abwanderung der Suhler Bevölkerung. Zur Wendezeit, zur Zeit der Wiedervereinigung lebten hier circa 53.000 Einwohner, Kernstadt Suhl. Und seitdem ist die Abwanderung sehr, sehr hoch gewesen, sodass wir heute von 36.000 Einwohner reden. Prozentual habe ich nicht gerechnet, aber das macht sich bemerkbar. Vielleicht nicht nur Abwanderung, sondern auch Sterberate und alles andere. Der zweite Aspekt ist die Überalterung. Die Stadt Suhl ist eine der ältesten Städte in Deutschland. Vielleicht lebt man hier in Suhl noch länger, vielleicht ist die Lebensqualität gut, dass hier die meisten nur Greise sind, das weiß ich nicht. Das ist der zweite Aspekt, den ich beobachtet habe. Die Abwanderung von Jüngeren aufgrund der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen, zumal hier die damals bestehenden Firmen Konkurs gegangen sind. Die Wirtschaft ist sehr schwach geworden und daher diejenigen, die mobil sind, die suchen neue Lebensräume und neue Arbeitsmöglichkeiten, und zwar in anderen Bundesländern. Also die Abwanderung der Jüngeren und Überalterung sind zwei Beispiele. Und das dritte Beispiel ist eben das, was ich erzählt habe: die Aufnahme von Geflüchteten. Im Gegensatz zur DDR-Zeit, als wir hier als Migranten [Vertragsarbeiter] gelebt haben,

da ist heute die Bewegungsmöglichkeit ganz anders. Da ist nichts sehr viel verordnet. Die Geflüchteten haben Residenzpflicht, weil sie vielleicht in der Quarantäne sind. Aber sobald die Quarantänezeit vorbei ist, können sie auch raus und können sich so bewegen, wie sie wollen. Allerdings ohne vorherige Aufklärung, wie sie sich hier bewegen sollen. Zu Zeiten, als wir als Vertragsarbeiter hier waren, wir lebten auch in Gemeinschaftsunterkünften. Also Arbeiterwohnheime. Und das war aber für vier bis fünf Jahren unser Zuhause. Somit hatten wir die Pflicht, diese Einrichtung, dieses Wohnheim so zu halten, dass wir in vier Jahren noch drin leben könnten, nicht die Einrichtung demolieren. Auch hier in der Stadt, dass wir uns entsprechend nach den Regeln verhalten sollten. Während die neu Aufgenommenen heute, die haben diese Aufklärung nicht. Erstens. Zweitens, sie sind hier auf Transfer. Nach sechs Wochen gehen sie weg und sie wissen schon, dass sie irgendwann gehen. Daher kann es sein, das ist meine Vermutung, dass sie sich keine Gedanken darüber machen, was hinterher passiert, wenn sie weggezogen sind. Das sie eigentlich den anderen, die nach ihnen hierherkommen, auch schaden in der Wahrnehmung der Bevölkerung hier. Und Aufklärung: Es ist schwierig zu sagen, innerhalb von sechs Wochen klärt man jemand auf, der aus anderem Kulturkreis kommt, andere Mentalität mit sich bringt und andere Lebensarten mitbringt ... In sechs Wochen ist es sehr, sehr schwierig. Wir können uns sehr bemühen, um Aufklärung, aber das wird nicht so einfach sein. Wir bieten mit unserem Projekt Gesprächsmöglichkeiten. Die Teestube in der Erstaufnahmeeinrichtung direkt, es ist ein Ort des Ankommens. Die Leute kommen, bekommen eine Tasse Kaffee oder Tee, ein Keks und die spielen Karten, die lernen dabei ein paar Wörter auf Deutsch, Kinder bekommen Kakao. Außerhalb der behördlichen Behandlungen wie Antragstellung, Anhörung. Die Teestube ist wie eine Oase in einer Wüste, bildlich gesprochen. Ich denke, drei Beispiele habe ich gegeben: das ist die Abwanderung, die Überalterung, die Aufnahme von vorübergehend neuen Bewohnern in der Stadt Suhl.

Sie erzählen, als Vertragsarbeiter lebten Sie in einem System, wo Sie Orientierung hatten. Sie wurden vorbereitet. Die Menschen, die heute als Geflüchtete kommen und auch die aufnehmende Gesellschaft, die Suhler, sie alle leben plötzlich in einer Gesellschaft, die hochkomplex ist. Die alten Systeme, aus denen sie kommen, gibt es nicht mehr. Das neue System ändert sich häufig und schnell. Gibt es eventuell eine Überforderung der Menschen, in der Komplexität der Welt die Risiken und Chancen des eigenen Handels einschätzen zu können?

Ja, ich stimme Ihnen zu. Zum einen ist es die Überforderung im Umgang mit neu gewonnenen Freiheiten, sage ich mal so. Es ist, wenn man es nicht gelernt hat, eine

Überforderung. Sehen Sie ein Vogel, der immer im Käfig ist – wenn man den Käfig öffnet, der Vögel fliegt, und manchmal weiß er gar nicht, wohin, und kommt nicht wieder. So gesehen, die Leute sind auf der ständigen Suche. Und durch neue Herausforderungen sehen manche Leute nicht so sehr die Chancen, vielmehr Risiken. Man hat Angst, dies und jenes zu verlieren, was man da angeschafft hat, was man erreicht hat, obwohl ihnen das keiner streitig macht. Keiner sagt: „Ich will dir das abnehmen/wegnehmen“, oder: „Ich bin hier, weil ich dir das abnehmen/wegnehmen will.“ Er behält sein Haus, er behält seinen Hof, seine Arbeit, seine Rente. Und gegebenenfalls können, wenn es um ältere Menschen geht, die Neuankommlinge sogar für ihre Rente bezahlen. Das wird übersehen. Das könnte auch eine Chance sein. Denn ich sehe schon, wenn man die demographische Entwicklung betrachtet, es werden in absehbarer Zeit sehr wenig Arbeiter in der Bevölkerung für Rentner da sein. Und die Neuankommlinge könnte man da als Chance betrachten. Aber es wird so schnell nicht gesehen, diese Chance. Man sieht nur, oder die Menschen sehen vielmehr, Risiken: „Wer sind die Leute, was wollen sie hier?“ Aber wenn man miteinander ins Gespräch käme, man miteinander, nicht übereinander reden würde, würde man den Blick für die Chancen schärfen. Und vielleicht in einer moderierten Form, wo die Regierung vielleicht mitwirkt. Die Regierung könnte da eine Moderationsrolle übernehmen. Nicht bestimmen, sondern moderieren. Wir haben eine neue Situation, aber aus dieser Situation könnte man Chancen gewinnen, nämlich den demographischen Prozess, das Rentensystem und vieles, vieles mehr.

Ich habe gelernt, dass es hier in Deutschland einen Generationenvertrag gibt. Und dieser Generationsvertrag droht außer Gleichgewicht zu geraten, wenn man sich nur abschottet. Oder dann die jungen Menschen, die Einheimischen, sollten dazu aufgerufen werden, die Geburtenrate zu erhöhen. Das könnte auch sein. Aber das ist unwahrscheinlich, dass es hier ausgeglichen wird in dieser Form.

Wenn Sie auf Ihre letzten 30 Jahre nach dem Mauerfall schauen und auf Ihr Umfeld: Stellen Sie für sich Verluste fest seit 1989/90? Und wo, würden Sie sagen, gab es echte Chancen und Gewinne?

Mit Blick auf Verlust sind die Arbeitsmöglichkeiten in Suhl sehr wenig geworden. Da sind sehr viele Arbeitsplätze verlorengegangen. Das ist ein Teil des Verlustes, allgemein, nicht nur für mich.

Und ein Punkt, den ich als Verlust betrachte, ist die Community der Mosambikaner. Die ist nicht mehr so, wie sie mal war. Als man sich traf, man hatte die nationalen Tänze, traditionelle Tänze, was auch immer. Das ist nicht mehr so. Die Community ist sehr verstreut. Weniger als 3.000 Mosambikaner, die hier sind, die sind vereinzelt.

Es gibt andere Ballungsgebiete, wo vielleicht mehr als 100, 200 Menschen aus Mosambik dort leben. Aber die Struktur ist nicht mehr so homogen, wie wir das mal erlebt hatten. Aber es ist eben der Situation geschuldet. Das ist für mich auch ein Verlust, dass diese Kommunikation nicht mehr vorhanden ist. Dass wir unsere Kultur nicht so ausleben können, wie wir es uns wünschen. Und gut, Tradition kann man manchmal aufbewahren in kleineren Kreisen, in kleineren Familien. Ich habe da kein Verlust erlebt in meiner privaten Umgebung.

Ich habe das Glück, wenn ich das als Glück betrachte, dass wir eine total mosambikanische Familie sind. Wir bewahren eben die mosambikanische Tradition, aber nehmen zugleich die neue Tradition auch an. Ohne dass wir uns angepasst haben, ohne dass wir uns assimiliert haben. Sondern dass wir die Situation so annehmen, wie sie ist. Wir können ja nichts verändern. Integration heißt nicht, alles über Bord zu werfen, was ich bis jetzt hatte. Sondern ich sehe das als eine Chance. Ich sehe das als meine Gaben, die ich in der neuen Umgebung einbringen kann. Ich sehe viele Chancen darin, dass ich diese Gesellschaft mit aufbauen kann. Ich bringe mich wirklich aktiv mit ein. Während der DDR-Zeit haben wir nur für andere was gemacht. Haben Sie die Geschichte von Vertragsarbeitern aus Mosambik mitbekommen? Wir haben gearbeitet und unsere Lohnanteile sind einbehalten worden und heute stehen wir vor dem Nichts. Während heute, was ich hier aufbaue, das ist nachhaltig. Hoffentlich in fünf oder zehn Jahren ist es noch da. Wenn ein friedliches Zusammenleben zwischen den Zugewanderten und Einheimischen aufgebaut wird oder gestaltet wird, dann ist es gut für beide Seiten. Für Zugewanderten, aber auch für die Einheimischen. Das ist in Bezug auf Verlust und Gewinn: Ich sehe viel mehr Chancen. Ich habe mehr Chancen in der deutschen Gesellschaft insgesamt gewonnen.

Sie sind ein politischer Mensch. Sie setzen sich für eine Entschädigung mosambikanischer Vertragsarbeiter durch den deutschen Staat ein. Wie aufgehoben und wie gut beraten oder nicht beraten fühlen Sie sich mit Ihrer Geschichte, mit Ihren Erfahrungen im deutschen Parteiensystem, in der deutschen Parteienlandschaft?

Ich bin nicht parteipolitisch, wohl aber sozialpolitisch. Da fühle ich mich in diesem Bereich sehr, sehr gut aufgehoben. Ich habe die Möglichkeit, mich dort einzubringen, wo ich gefragt bin. Wo ich sehe, etwas ist außer Gleichgewicht geraten, dann bringe ich mich ein. Ich muss nicht nur reagieren, sondern auch agieren, von mir aus. Wenn ich etwas sehe, hier stimmt was nicht, dann suche ich den Kontakt zur denjenigen auf, um die Sache geradezubiegen oder neue Situationen aufzubauen, aber zugunsten uns aller. Denn wir sitzen alle in einem Boot, in welcher Situation wir uns auch befinden. Es hilft nicht, wenn das Boot eng ist, anstatt nach Vergrößerungsmöglichkeiten oder

nach anderem Weg zu suchen, ein Loch in das Boot zu bohren. Dann wir gehen alle unter. Das ist keine Lösung. Da müssen wir versuchen, wirklich einen Ausweg zu suchen in der Gestaltung unserer Gesellschaft. Und das hatte ich davor gemeint, die Einheimischen und die Zugewanderten, wenn sie miteinander ins Gespräch kommen. Dann kommen sehr viele Chancen zutage, die nicht abgerufen werden. Es gibt viele Ingenieure, Menschen, die hochgebildet sind, unter den Zugewanderten. Aber die finden keinen richtigen Platz, zum Teil in der Politik nicht, aber auch in der Verwaltung. In der Verwaltung trifft man sehr wenig Leute, die im Sozialamt, im Jugendamt arbeiten, die mit Migrationshintergrund sind. Die Verwaltung muss sich öffnen. Was geschieht in der Verwaltung, warum wird die Verwaltung den Zugewanderten verwehrt? Also, parteipolitisch bin ich nicht der Typ, der da mitmischen kann. Aber wenn ich gefragt werde zu bestimmten Themen, da bringe ich mich auch ein bei Parteien. Ich bin manchmal in den Ausschüssen eingeladen als sachkundiger Bürger in dem Bereich Migration. Das mache ich auch und da fühle ich mich wirklich als echter Massuvira, der nichts zu verstecken hat und der auch seine Meinung sagen kann. Ich kann kritisieren, ich kann aber versuchen, die Leute mitzunehmen und auch mein Blick mal deutlich machen. Auch wenn es um Rassismus geht. Denn wenn es um Rassismus geht, keiner kann mir sagen: „Ah, übertreibe doch nicht.“ Wenn sich meine Seele durch die Behandlung als Migrant, als Zugewanderter verletzt fühlt, dann bin ich der Experte meiner Gefühle und es kann nicht von außen kommen: „Ah, das ist gut für dich“, und: „Lass es sein, übertreibe es nicht.“ Es ist mein Recht, ich lebe in diesem Land, wo der Mensch Meinungsfreiheit hat. Aber ich verwehre mich dagegen, im Namen der Freiheit anderen Menschen zu schaden. Das ist nicht der Sinn und Zweck der Freiheit. Die Freiheit hört dort auf, wo andere Menschen zu Schaden kommen. Durch Denkweise, durch vermeintliche Freiheit der einen Menschen kommen die anderen zu Schaden. Das ist keine Freiheit mehr.

Sie leben seit 40 Jahren in Deutschland. Es werden in diesem Jahr 41. Sie haben zehn Jahre davon in der DDR verbracht. Dann 30 Jahre in Gesamtdeutschland. Wie fühlen Sie und auch Ihre Community sich mit Ihren Erinnerungen und Ihren Erfahrungen in der deutschen Erinnerungskultur vertreten? Fühlen Sie sich dargestellt mit dem, was Sie erlebt haben?

Sehr wenig. Die riesige Gesellschaft hat mit sich zu tun. Zum Teil ist sie übersättigt, sage ich mal so. Übersättigt. Konsumgesellschaft. Und da haben manche kaum Blick auf die migrantische Gesellschaft. Es gibt schon Gesellschaftsgruppen und Projekte, die nach und nach das Thema aufgreifen. Aber das findet in der Gesellschaft allgemein noch keine Basis. Es muss noch vieles getan werden, dass das Thema auch in der

Geschichte der gesamtdeutschen Gesellschaft einget. Es ist auch ein Teil der Geschichte Deutschlands, arbeitsmigrantische Geschichte. Das ist noch sehr, sehr wenig. Seit 2019 hat die Wahrnehmung der Situation der mosambikanischen Vertragsarbeiter eine neue Dynamik bekommen in dem, dass viel darüber gesprochen wird. Das macht Mut, aber das ist noch nicht in der Gesellschaft als solche insgesamt angekommen. Da muss vielleicht die Wissenschaft vieles machen.

Es gibt Schülerinnen und Schüler, die treten an uns heran und sie wollen mehr über die Geschichte der Vertragsarbeiter wissen. Aber das ist auch ein Mittel zum Zweck. In manchen Fällen ich entwickle langsam schon einen gewissen inneren Widerstand, wenn Anfragen für eine Bachelorarbeit kommen. Sie wollen ihre Bachelorarbeit schreiben, sie wollen eine Seminarfacharbeit schreiben, sie wollen promovieren mit unserem Thema. Da entwickelt sich ein Widerstand bei mir, aus folgendem Grund: Es ist gut, dass darüber gesprochen und darüber geschrieben wird. Aber wo bleiben denn die Menschen? Es geht um die Existenz der einzelnen Menschen. Bis auf die 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hat kaum eine Gesellschaft, eine Gruppe, ein Verein oder eine Institution sich an uns gewandt und uns gefragt: „Wie können wir euch helfen?“ Ich bin ein Betroffener, ich bin gewillt, darüber zu sprechen. Aber nehmt bitte auch die Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens. Nicht nur die Sache als Objekt, sondern nehmt bitte auch die Subjekte mit. Das ist der Punkt.

Die Veränderung erlebe ich so: Ich habe einen Raum und Möglichkeit zu kommunizieren. Das war zur DDR-Zeit in der Form nicht so. Wer laut geschrien hat, konnte passieren, dass er als Unruhestifter betrachtet wurde und dann in den nächsten Flieger gesetzt wurde. Wir waren als Vertragsarbeiter dafür vorbereitet. Wir waren darauf getrimmt zu gehorchen. Und wer eine andere Meinung vertrat, diese Meinung war nicht gern gesehen. Zumal nicht mal unsere Pässe konnten wir in der Hand halten, die wurden eingezogen und einbehalten. Nicht mal unseren gesamten Lohn haben wir bekommen. Diese Zeit war hart. Heute ist es etwas lockerer geworden, auch wenn Unsicherheiten da sind. Und viele Erscheinungen verbaler Natur, also Rassismus. So erlebe ich diese Gesellschaft. Ich bin Teil dieser Gesellschaft, ich kann mich einbringen und ich sehe mich auch akzeptiert. Aber nicht vertreten im Sinne der migrantischen Geschichte.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Die Gesellschaft muss offener sein, eventuell Interesse zeigen. Denn wir haben hier viele Jahre gelebt nebeneinander. Ich als Vertragsarbeiter, nebeneinander, nicht miteinander. Jetzt leben wir in den Wohngebieten Etage an Etage, Tür an Tür und Hof an Hof. Wir sind Nachbarn, aber jeder macht seins. Dabei wollen wir ein gemeinsames

Ziel, wir wollen alle mehr oder weniger gut in einer guten Atmosphäre leben. Da müssen wir mehr voneinander wissen.

Es kommt wirklich darauf an, man sollte nicht über anderen herfallen: „Ach, ihr seid Nichtsnutze“, sondern fragen: „Wer seid ihr, was könnt ihr und was wollt ihr? Und das haben wir euch zu bieten.“ Das könnte dann ein Fortkommen unserer Gesellschaft bedeuten. Ich betrachte die deutsche Gesellschaft auch als meine Gesellschaft.

Adelino Massuvira João

Adelino Massuvira João wurde 1961 in Ribáuè, Provinz Nampula im Norden Mosambiks, als ältestes von acht Kindern geboren. 1980 kam er als Vertragsarbeiter in die DDR. Bis zur Friedlichen Revolution arbeitete er in verschiedenen Betrieben der DDR, zuletzt im „Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk-Kombinat“ in Suhl. Nach 1989 entschied er sich, in Deutschland zu bleiben und studierte Sozialpädagogik und Theologie an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit in Dresden. Heute ist er als Sozialpädagoge und Diakon beim evangelischen Kirchenkreis Henneberger Land - EKM (Arbeitsbereich Migrationsdienst/ Asylverfahrensberatung) tätig und lebt in Suhl Thüringen. Er hat die Initiative „Respekt und Anerkennung“ für die Anliegen mosambikanischer Vertragsarbeiter*innen mitgegründet sowie am „Magdeburger Memorandum“ mitgearbeitet.



RTL hat die Zukunft im Programm.

seaQuest

OSV
OBERSEE-RESEARCH-VEHICLE

SeaQuest. Die Serie von Steven Spielberg. Demnächst.



Interview mit Frau Phương Thúy Nguyễn im Juni 2021
Das Interview führte Anja Treichel

„Mensch glaubt sich selbst nicht“

Du hast die Ereignisse zur „Wende“ und danach noch nicht bewusst erlebt. Was ist damals passiert, wie hast du die Reaktionen deiner Eltern(generation) und der Umgebung auf die Wendezeit wahrgenommen und wie wirken diese bis heute nach? Was hast du selbst als Kind erlebt und wie bewertest du das heute?

*Wenn meine Eltern über die Zeit 1989/90 reden, geht es nach meinem Gefühl immer nur um das Ende der DDR und was danach geschah, aber nicht um Freiheit und „Wiedervereinigung“ wie im mehrheitsgesellschaftlichen deutschen Gedächtnis. Meine Eltern haben mir nicht so viel darüber erzählt, was „deutsche Einheit“ und die Wende eigentlich bedeuten. Das habe ich hauptsächlich in der Schule gelernt. Was sie mir aus dieser Zeit erzählen, sind Erfahrungen von Arbeitsloswerden, Gekündigtwerden, Angst vor Abschiebung und lange Phasen der existenziellen Unsicherheit. Mein Vater durfte weiterarbeiten, bis sein Vertrag auslief. Meine Mutter war 1990, also noch vor dem Beitritt der DDR zur BRD, mit mir schwanger. Sie wusste nicht, wie es weitergehen sollte, und wollte deswegen eigentlich abtreiben. Nach der Vereinigung wurde ihr gekündigt und sie dachte, dass es wegen der Schwangerschaft war. Da war sehr viel Unklarheit bei den Leuten bezüglich der Vertragsbeendigungen und Kündigungen. Anfangs wurde ihr gesagt, dass sie nicht gut gearbeitet hätte und deswegen der Vertrag vorzeitig beendet wurde. Dabei wurde der Betrieb verkauft und im Zuge dessen wurde vielen Leuten gekündigt, vor allem ehemaligen Vertragsarbeiter:innen, aber auch einigen deutschen Kolleg*innen. Meine Mutter war in dem Glauben, dass sie wie im damaligen Vertragsverhältnis zwischen DDR und Vietnam nicht schwanger werden durfte. Aus Angst vor einer Abschiebung hat sie sich versteckt und lebte in sehr prekären Verhältnissen. Letztens hat sie mir erzählt, dass sie zum Beispiel Sachen auf der Straße verkauft hat, um zu überleben. Sie hat heimlich bei meinem Vater mit gewohnt. Sie war sich sicher, sie will in Deutschland bleiben. Zufälligerweise hat sie dann von einem Vietnamesen erfahren, der sich rechtlich sehr gut auskannte ... Der hat ihr gesagt, dass es wegen Mutterschutz nach BRD-Recht rechtswidrig ist, einer schwangeren Frau zu kündigen. Mit anderen aus der Firma hat sie dann den Betrieb verklagt und Recht bekommen, aber erst fünf, sechs Jahre später, da hat sie eine Abfindung erhalten. Das alles hat sich sehr lange hingezogen, und am Ende konnten wir doch hierbleiben.*

Trotz dieser vollkommenen wirtschaftlichen und aufenthaltsrechtlichen Unsicherheit haben sie Wege gefunden, um sich über Wasser zu halten.

Über die politische Situation selbst haben sie mir nicht so viel erzählt. Deswegen habe ich, wenn ich an die Wende oder „die Einheit“ denke, gefühlsmäßig nicht das drin, was im Geschichtsunterricht gelehrt wird, keine Einheitsfeiern, sondern ich habe die Erfahrungen meiner Eltern im Gedächtnis.

Und welche Diskriminierungserfahrungen, Gewalterfahrungen, Angriffe haben deine Eltern und auch du erlebt?

*Also vor allem in den 1990er und 2000er Jahren auf jeden Fall sehr viele. Mein Vater und seine Freunde wurden oft von Neonazis angegriffen, er hat aber auch erst vor Kurzem angefangen, uns darüber zu erzählen, weil er für einen Film zu rechter Gewalt in den 1990ern interviewt worden ist. Da hat er erzählt, dass er und seine Freunde oft auf der Straße angegriffen wurden von Skinheads – sie nennen die Neonazis auf Vietnamesisch immer Skinheads – und sie deshalb immer in Gruppen rausgegangen sind. Ich bin in den 1990ern aufgewachsen und meine Eltern haben mir immer gesagt, dass ich nicht allein mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren soll und nicht allein auf öffentlichen Plätzen sein soll; immer in Gruppen. Dass ich Menschenansammlungen meiden soll, auch Demos. Das war ein präventiver Schutzmechanismus durch ihre rassistischen Alltags- und Gewalterfahrungen. Von meiner Mutter weiß ich nur, dass sie, als wir auf dem NSU-Tribunal in Chemnitz gesprochen haben, eher eine vergleichende Ebene einnimmt. Sie hat gesagt, damals in der DDR war das noch nicht so. Da hat sie nicht das Gefühl gehabt, dass sie rassistisch angegriffen oder beleidigt wurden, die Leute waren in ihrem Erleben viel netter. Und mit der Wende waren sie plötzlich nicht mehr gewollt, ihnen wurde feindseliger begegnet und dementsprechend haben sie Vorsichtsmaßnahmen ergriffen – es ist ja auch einiges vorgefallen. Auch innerhalb der Community wurde natürlich darüber gesprochen, dass Vietnames*innen und andere nicht-weiße Menschen auf der Straße angegriffen oder in Rostock-Lichtenhagen das Sonnenblumenhaus angezündet oder Leute ermordet wurden – das wirkte auch als Alarmglocken für die Communities.*

Interessanterweise erzählen sie immer nur darüber, wenn sie explizit gefragt werden oder wenn es in einem Rahmen ist, wo es gefordert wird. Sie sagen nicht von sich aus, das und das ist mir passiert. Ich glaube, da ist auch viel mehr passiert als das, was ich weiß, und in den 2000er Jahren habe ich das natürlich auch bewusster selbst erfahren. Anfang der 2000er wurde der Imbiss unseres Vaters in der Nähe von Hohenstein-Ernstthal nach einem Fußball-EM-Spiel von einem rechten Hooligan angezündet, ein Jahr später wurde unser Neubaublock angezündet. Da gab es mehrere Brandanschläge in

unserem Wohngebiet innerhalb kurzer Zeit. Alltagsrassismus war tägliche Normalität für mich, für uns. – Ich dachte, dass das halt dazugehört in Deutschland, dass mensch angepöbelt und beleidigt wird, weil ich es nicht anders kannte. Aber diese Gewalt, wirklich physische Gewalt und Lebensbedrohung habe ich dann durch die Brandanschläge erlebt. Neonazis haben sich auch einmal vor unserem Laden versammelt und wollten mit Gewalt eindringen, als ich mit Schulfreund:innen meine Abschlussparty feierte. Die Situation war echt brenzlich, ich habe mehrmals die Polizei gerufen, und keiner kam. Am Tag zuvor, als ich mit meinen vietnamesischen Freund*innen feierte, kamen sie wegen Ruhestörung.

Ich würde sagen, das war nicht „nur eine krasse Welle“ in den 1990ern, sondern auch in den 2000er Jahren war dieser rechte Terror sehr präsent, auch physisch. Vielleicht

wurde nicht darüber berichtet beziehungsweise es wurde einfach nicht als rassistische oder rechte Gewalt in die Akten oder in die Berichterstattung aufgenommen. Beide Male wurde einfach gesagt,

” **... meine Eltern haben mir immer gesagt, dass ich nicht allein mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren soll ...** “

dass es ein Jugendlicher war, der halt besoffen was Dummes gemacht hat, es wurde gar nicht in diesen Kontext rechte Gewalt beziehungsweise Terror gesetzt.

Da sehe ich definitiv Kontinuitäten aus der DDR, wo rechte Gewalt auch immer als Rowdytum relativiert und abgetan wurde.

Soweit ich weiß, wurde der Brandanschlag bei uns im Wohnblock auch nicht als rechter Brandanschlag eingestuft, obwohl der Täter nach Aussage meiner Eltern das tat, weil er Vietnames:innen hasste. Und es war da, wo die meisten von uns gewohnt haben, also genau die drei Hauseingänge, die mehrheitlich vietnamesisch waren. Ich glaube, dass es nicht skandalisiert worden ist, weil niemand gestorben ist. Obwohl es schon auch krass war, wir wurden alle – ich weiß nicht, für wie lange – evakuiert, es musste alles renoviert werden, und einige sind in Notunterkünften untergekommen. Die meisten von uns Vietnames:innen – es waren auch ein paar Deutsche dabei – sind bei Nachbar:innen oder Freund:innen im Wohngebiet untergekommen. Wir sind danach wieder zurück in diese Wohnungen gezogen. Ich glaube, solche Brandanschläge gab es zuhauf, sie wurden aber wahrscheinlich selten als rechte oder rassistische Gewalt

eingeorordnet. Es ist nicht richtig hingeschaut und aufgeklärt worden beziehungsweise wollte nicht hingeschaut werden. Die kleineren Vorfälle kann mensch besser unter den Teppich kehren, vor allem auch so in Kaffern und Provinzstädten. Wenn mensch so etwas erlebt und es offiziell nicht als rechte Gewalt beziehungsweise Terror eingestuft wird, denkt mensch selbst, es war ein Einzelfall. Dass eine organisierte Struktur dahinter sein könnte, muss mensch erst mal verstehen. Der Imbiss von unseren Bekannten in der Stadt ist auch in diesem Zeitraum angezündet worden. Mensch denkt, dass solche Dinge nur einem selbst passiert sind. Auch der Community wird dann glaubhaft gemacht, dass das Einzelfälle sind. Reden und Öffentlichmachen kann institutionellen Rassismus und organisierte rechte Gewalt aufdecken, gleichzeitig können dadurch aber auch verdrängte Traumata aufgemacht werden. Mensch macht sich noch angreifbarer und verletzlicher, deswegen habe ich auch lange nicht darüber gesprochen. Ich habe es selbst lange nicht so wahrhaben können, auch weil es ja von offizieller Seite nicht als rechte oder rassistische Gewalt anerkannt wurde. Dem sollte mehr nachgegangen werden, diesen nicht publik gewordenen organisierten Gewaltverbrechen und Terror durch Rechte bis in die 2000er Jahre rein. Ich selbst habe das bis vor paar Jahren nicht als etwas wahrgenommen, was mit Rechten oder Rassismus zu tun hatte, sondern es einfach krass verdrängt und als Unglück verbucht. Aber durch das Reden darüber, die Aufklärungen zum NSU-Komplex und die Informationen, die ich jetzt im Nachhinein durch Recherchen erfahren habe, wird es für mich immer klarer und erschreckender, was da eigentlich los war beziehungsweise immer noch ist.

Das heißt, die Betroffenen rechter Gewalt haben sich selbst kaum als solche wahrgenommen?

*Na ja, wenn es von offizieller Seite aus – bis heute – einfach nicht anerkannt wird oder als solches dokumentiert wird, dann fehlt oft die Legitimität, das überhaupt aussprechen zu können, dass die Täter*innen Deutsche waren, die ausländerfeindlich, rassistisch, rechts sind. Mensch kann sich selbst nicht glauben. Mensch hat es im Gefühl, dass da etwas ist, aber mensch kann nicht darüber sprechen. Damals war ich auch noch nicht so politisiert und hab mir viele Sachen versucht einzureden – nein, nicht einzureden: So wirkt sich Rassismus aus, dass mensch das auf sich selbst bezieht, dass ich das Problem bin, dass ich mir das nur einbilde, gar paranoid bin, dass ich einfach nur besser, angepasster, „deutscher“ werden muss ... so entwickeln sich internalisierte Rassismen. Daraus folgt ja, dass Gewalttaten relativiert oder verdrängt werden. Genau das ist es, was Rassismus psychisch mit dir macht und mit der Community: sich selbst nicht wahrzunehmen, anzuerkennen und wertzuschätzen, sondern*

das Problem immer irgendwie bei sich zu sehen, sich die eigene Legitimität abzusprechen, das Gefühl der eigenen Minderwertigkeit, was gesellschaftlich produziert wird, selbst zu reproduzieren und zu internalisieren.

Inwieweit war deinen Eltern oder dir bekannt, was mensch für rechtliche, gesellschaftliche Möglichkeiten hat? Gab es irgendjemanden, eine Gruppierung, Organisation, von Parteien will ich gar nicht reden, wo ihr das Gefühl hattet, dass sie sich dafür interessieren, was mit euch ist, eure Interessen repräsentieren oder irgendetwas in diese Richtung unternehmen?

Nee! Also meistens haben die Kinder das gemacht, die Repräsentationsarbeit für ihre Eltern. Ich war eigentlich immer das Sprachrohr meiner Eltern und hab versucht, Dinge so weit, wie ich es konnte oder verstanden habe, zu erledigen – ich war ja ein Kind. Ich bin zur Polizei mitgegangen, Anzeige erstatten. Ich habe halt irgendwas gemacht, ich hatte keine Ahnung, was ich da eigentlich mache. Ich wusste nur, okay, bei so was geht mensch zur Polizei, dann macht mensch eine Aussage, dann wird mensch irgendwie geladen. Heute würde ich das natürlich ganz anders machen, aber damals war ich 13, 14 und hab halt für meinen Vater die Anwältin gespielt. Wir kannten niemanden und auch keine Organisation, keine Institution, wo wir hätten hingehen können. Wir haben uns gegenseitig geholfen, indem eine*r gesagt hat, geh mal zu dem Anwalt oder der Anwältin, der oder die ist gut, oder schließ mal diese Versicherung ab. Die Unterstützung war innerhalb der Community. Ich würde sagen, die Kinder waren die ersten Ansprechpartner*innen und die Repräsentant*innen der Eltern in die Mehrheitsgesellschaft hinein. All diese Aufgaben erfüllen zu müssen, hat natürlich auch sehr viel Stress, Druck und Verantwortung in der zweiten Generation produziert. Es gab keine Wahl, weil es keine*n gab, der diese Aufgaben gemacht hat. Daher rühren vielleicht auch viele intergenerationelle Konflikte und Diskrepanzen, weil ja Kinder in einem jungen Alter schon diese Rolle erfüllen mussten. Die umgedrehte Rolle, für die Eltern verantwortlich zu sein und Aufgaben zu übernehmen, denen du noch gar nicht gewachsen warst, das war eine Überforderung. Das alles unter einen Hut zu bringen und als Jugendliche bürokratische Arbeit, Übersetzungsarbeit, Sprachmittlungsarbeit für deine Eltern zu leisten, aber gleichzeitig in die Schule zu gehen und sehr gute Leistungen zu erbringen, damit du mal Ärztin oder Anwältin werden kannst, um deine Eltern, deine Community stolz zu machen, um ein besseres Leben zu haben, das war einfach sehr, sehr viel. Meine Generation ist zwar hier geboren und wir haben das Privileg, die Sprache zu sprechen, haben hier die Bildung genossen, aber andererseits haben wir auch viel Verantwortung für unsere Familien und Geschwister übernommen. Das hat zu Konflikten, aber auch Abhängigkeiten geführt. Viele kommen nicht damit

klar, verständlicher Weise, und haben dadurch keinen guten Draht zu ihren Eltern, aber auch zu sich selbst. Gleichzeitig haben viele von uns nur sehr wenig Zeit mit unseren Eltern verbringen können, weil sie nonstop schuften mussten. Wir waren daher oft auf uns allein gestellt und haben dadurch aber auch gelernt, selbstverantwortlich zu agieren.

Wo bleibt mensch in einer solchen Situation als heranwachsender Jugendlicher mit den eigenen Bedürfnissen?

Mensch sieht als Kind die eigenen Eltern irgendwann selbst als bedürftig. Also jetzt bezogen auf die Mehrheitsgesellschaft, sieht mensch, wie sie sich fühlen: hilflos und ohnmächtig, weil sie die Sprache nicht so gut sprechen, nicht in Deutschland sozialisiert worden sind und die Strukturen nicht kennen. Der unsägliche Integrationsdiskurs von außen verstärkte dieses Gefühl noch mehr. Gleichzeitig haben sie so krass gekämpft und gearbeitet, sich etwas aufgebaut, uns und ihre Familien in Vietnam versorgt. Sie haben eigentlich alles geschafft. Nach innen, innerhalb der Familie und der Community, sind sie auch deine Vorbilder und Autorität, sie erziehen dich mit bestimmten Werten und Prinzipien. All das hat sich für mich als hier Aufgewachsene, zweite Generation, manchmal widersprüchlich angefühlt. Als Jugendliche hat mensch oftmals diese zwei Welten: Auf der einen Seite habe ich das Gefühl, bin ich die „Verantwortliche, Selbstständige, Ansprechpartnerin“, die für alles gefragt wird, und auf der anderen Seite, wenn ich zu Hause innerhalb der Familie und Community bin, sollte ich als Tochter bestimmte Rollen erfüllen, nicht widersprechen oder mich auflehnen. Das produziert(e) Widersprüchlichkeiten und Verwirrtheit, was soll ich jetzt glauben, oder muss ich dem folgen, und was sind eigentlich meine Werte und Prinzipien? Aber gleichzeitig muss ich auch sagen, dass mir dieses sehr innige, enge und intime Gefühl der vietnamesischen Community, in der ich aufgewachsen bin, auch eine Art von Heimat gegeben hat, unter anderem, weil ich von der Mehrheitsgesellschaft nicht als „Deutsche“ anerkannt wurde. Innerhalb deiner Community bist du halt einfach Tochter von vietnamesischen Eltern und du hast dieses Gefühl von Zugehörigkeit. Auch durch die kulturellen Feste, bestimmte Traditionen, die Musik und das Essen füllt es dich nochmal anders mit Wärme und Bereicherung, die ich natürlich als Kind oder Jugendliche noch nicht so wertgeschätzt habe wie heute. Da wollte ich „deutsch sein“ und „deutsch essen“, „deutsch feiern“, „deutsch aussehen“, „deutsch reden“. In solch einer vietnamesischen Community verwurzelt zu sein, sehe ich erst jetzt als bereichernd und sehr prägend für mich an, wie ich heute bin, wie ich mit Menschen umgehe, was mir wichtig ist. Die Community-Gefühle wie Zusammenhalt und Solidarität habe ich da gelernt. Und sie sind für mich immer noch wichtige

Komponenten und Pfeiler in dem, was ich heute mache und wie ich mich politisch oder gesellschaftlich engagiere. Durch das gemeinsame Bewusstsein über ähnliche Lebensrealitäten und Schwierigkeiten in der Gesellschaft, die mensch erlebt, sucht und findet mensch dann eher Halt und Geborgenheit im Kollektiv, in den eigenen Communities.

Was hat das, was ihr erlebt habt, bei deinen Eltern und bei dir ausgelöst im Hinblick darauf, wie viel Vertrauen mensch in diese Gesellschaft hat, in der mensch lebt, dass sie funktioniert, dass sie einen beschützt vor Verbrechen und ob mensch sich politisch repräsentiert fühlt?

*Ich habe mich selbst lange nicht als politischen Menschen verstanden. Wir haben auch nie über „Politik“ oder „Gesellschaft“ per se gesprochen. Als ich 14, 15 war, kam für mich so ein Wendepunkt in meiner Politisierung, als ich in die START-Stiftung aufgenommen wurde. Da habe ich viele Menschen getroffen, die eine ähnliche Geschichte wie ich haben, als Migrant*innenkinder aufgewachsen sind und ähnliche Probleme hatten. Zum ersten Mal hatte ich das Gefühl, konnte ich mich mit Menschen in Deutschland außerhalb meiner vietnamesischen Community identifizieren. Ich habe auch gesehen, wow, die sind ja krass gesellschaftlich engagiert, sie machen etwas gegen ihre Situation. Und das hat mich auf jeden Fall sehr inspiriert und aufgeweckt, dass ich selbst auch Akteurin sein und aktiv werden kann. Ich weiß nicht, ob es auch daran lag, aber ich bin erst mit 21 deutsche Staatsbürgerin geworden, obwohl ich hier geboren bin. Das heißt, ich habe mich auch nie so richtig mit dem Wahl- und Parteiensystem und so weiter auseinandergesetzt. Mit all dem, was politisch und mir persönlich hier passiert ist, hatte ich auch nicht wirklich Hoffnung in die Politik, aber gleichzeitig konnte ich eh nicht wählen und meine Eltern auch nicht. Es ist eigentlich ein Armutszeugnis für ein Einwanderungsland, wenn Migrant*innen politisch nicht mal mitentscheiden können, obwohl sie seit 30 Jahren in dieser Gesellschaft leben und sie mitgestalten und mit aufgebaut haben. Kein Wunder, dass die Parteien auf rechten Stimmenfang gehen, „weil bei den Migrant*innen gibt's ja nichts zu holen“. Meine Eltern haben auch gar keine Zeit gehabt, sich mit solchen Sachen auseinanderzusetzen, weil es bei uns immer nur um das Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben und ums Überleben ging. Deswegen kam es auch in unseren Gesprächen selten zu „tiefergehenden Auseinandersetzungen“. Als Jugendliche habe ich das auch täuschenderweise immer bewundert, wie die Deutschen immer dann so erzählen, was sie alles zu Hause besprechen und diskutieren am Abendbrottisch, und ich dachte immer: „Alter, die sind so schlau alle, warum weiß ich das alles nicht, warum sind meine Eltern so ungebildet und so desinteressiert?“ Jetzt sehe ich all das aus einer anderen Perspek-*

tive, kann es kontextualisieren, kritisch hinterfragen und verstehen, warum ich überhaupt so abschätzig über uns denken konnte und wie all das mit Migration, Rassismus und so weiter zu tun hat, aber auch gesellschaftlich-historisch gewachsen ist. Andere Themen, die uns betreffen und beschäftigen, sind mindestens genauso gesellschaftlich relevant und wichtig, das musste ich erst lernen zu sehen.

Neben den polit-ökonomischen Bedingungen hier und global gesehen, aber auch aufgrund der Enttäuschungen, der Erfahrungen von Gewalt, Diskriminierung und Ausbeutung glaube ich leider auf der einen Seite nicht wirklich daran, dass mensch in diesem System tatsächliche Gerechtigkeit erfahren kann. Andererseits haben sich meine Eltern zumindest auch ihr Recht erkämpft – wie die Abfindung meiner Mutter für die rechtswidrige Kündigung oder unser Bleiberecht. Die Wege, die sie gesehen haben oder die vorhanden waren, haben sie versucht zu nutzen. Sie kennen sich durch die prekären Lebenslagen rechtlich relativ gut aus mit Arbeits-, Aufenthaltsrecht und so weiter. Das ist auch Wissen – Erfahrungswissen, Widerstandswissen –, um in einem restriktiven Aufenthaltsregime, was dich behindert und einschränkt, dir etwas Freiraum zu schaffen. Der ständige Informationsaustausch und das Erfahrungswissen von anderen innerhalb der Community hat ihnen, glaube ich, viel mehr geholfen als öffentliche Medien oder Behörden. Durch Trial and Error in rechtlichen Angelegenheiten haben sie sehr viel gelernt. Nach über 30 Jahren in Deutschland fühlen sie sich sicherer, was zum Beispiel existenzielle Ängste anbelangt. Im Vergleich zu Vietnam schätzen sie, dass sie hier zum Beispiel relativ abgesichert sind bei Arbeitslosigkeit oder einfacheren Zugang zur Krankenversorgung haben. Trotzdem ändert das leider nichts an der generellen sozialen Ungerechtigkeit, die immer größer wird. Gleichzeitig fühlen wir uns gesellschaftlich und öffentlich unwohl, nicht sicher aufgrund von Rassismus im Alltag, in den Medien, im Parlament, in den Behörden und so weiter.

Wie hat sich deiner Meinung nach die Partizipation im Laufe der Jahre und Jahrzehnte verändert?

Also ich finde, meine Eltern, oder generell die vietnamesischen Communities, haben sich schon immer engagiert und partizipiert. In den Communities selbst gab es immer schon Organisation und Strukturen, die sie kulturell und sozial am Leben gehalten hat, das Leben in der Diaspora bereichert und verschönert hat. Dieses Engagement mag nach außen hin nicht so sichtbar sein, nur vielleicht die kulturellen Feste, die sie organisieren und dann auch mal Deutsche einladen. Innerhalb unserer Community zum Beispiel gibt es sehr viel Solidarität untereinander: bei Todesfällen oder Familienschicksalen unterstützt mensch sich gegenseitig seelisch und finanziell, da wird Geld

gesammelt und gemeinsam ein Blumenkranz für die Familie in Vietnam gespendet. Oder wenn der Todesfall in Deutschland war, werden Beerdigungen und Trauerfeiern gemeinsam organisiert, auch wenn es um Hochzeiten oder andere Ereignisse geht. Oder ältere Jugendliche geben Jüngeren Nachhilfe oder helfen Erwachsenen mit Dolmetschen und bürokratischen Angelegenheiten. Das ist für mich genauso soziales gesellschaftliches Engagement. Als Corona kam, haben die vietnamesischen Communities sich zusammengetan und in sehr kurzer Zeit Masken zu Tausenden genäht und an Krankenhäuser und die Zivilgesellschaft gespendet. Das zeigt ja, dass sie schon ziemlich gut organisiert sein müssen, um überhaupt solche Aktionen in so kurzer Zeit bewerkstelligen zu können. Bei mir oder meinen Freund*innen der zweiten Generation, wenn sie aktiv und engagiert sind, ist das nicht nur Community-intern, sondern auch übergreifend, zum Teil „politischer“, und geht vielleicht mehr in die Mehrheitsgesellschaft hinein beziehungsweise fordert sie heraus, hinterfragt, kritisiert sie. Es werden auch immer mehr Räume geschaffen, um sich gegenseitig zu bestärken, um als zweite Generation zusammenzukommen und miteinander zu sprechen, sich politisch zu organisieren. Ich sehe ein breiteres Spektrum an verschiedenen Formen des Engagements im Vergleich zu unseren Eltern. Wir sind ja auch durch unsere Privilegien wie Sprache, Bildung in Deutschland, Staatsbürgerschaft und das Verständnis, wie diese Gesellschaft funktioniert, heute viel mobiler und können freier entscheiden, wie und wo wir uns engagieren wollen und aktiv werden möchten. Sie hatten ja ganz andere Bedingungen und mit viel existenzielleren Dingen zu kämpfen.

Die Frage, in Ostdeutschland zu bleiben oder woanders hinzugehen, welche Rolle spielt(e) sie?

Für mich war das eine sehr, sehr große Frage. Ich wollte immer generell aus Deutschland weg, weil für mich, so wie ich in Ostdeutschland aufgewachsen bin und wie ich das erlebt habe, der deutsche Normalzustand die ostdeutsche Realität war. Für mich gab es schon sehr früh immer so ein Bedürfnis, sobald es geht, abzuhauen aus Deutschland. Ich wollte auswandern, natürlich mit dem naiven Gedanken, dass ich keinerlei familiäre Verpflichtungen habe und es woanders besser sein würde. Ich wollte nach der Schule weggehen in der Hoffnung, dass ich mich woanders mehr zugehörig fühle, wohler fühle, glücklicher bin, weniger feindselig behandelt werde, mich woanders mehr zu Hause fühle. Die Erfahrungen im Ausland haben mir aber auch gezeigt, was mir fehlte und was ich an zu Hause schätze und warum es vielleicht doch einfacher ist zurückzugehen und in Deutschland zu studieren und erstmal zu bleiben. Natürlich haben mich vor allem auch die Verpflichtungen gegenüber meiner Familie, die Verbindung zu meinen Freund*innen zurückgeholt. Mir war aber klar,

*dass ich nicht zurück nach Sachsen will, und ich habe dann gesagt, ich gehe nach Berlin und schaue mir das an. Dann habe ich mich dafür entschieden, erst mal zu bleiben, weil es sich nicht so angefühlt hat wie das Deutschland, was ich 18 Jahre lang erlebt habe, und so war Berlin für mich erst mal das kleinere Übel. In Berlin habe ich einen Ort gefunden, zu dem ich mich mehr zugehörig fühle. Allein, mich auf der Straße zu bewegen und mehr migrantische Menschen beziehungsweise BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) zu sehen, mehr kulturelle Angebote und eine Vielfalt zu haben an sozialen Kontakten, politischen und kulturellen Möglichkeiten, Anlaufstellen und Strukturen, die ich nicht kannte aus Zwickau und Umgebung. Ich muss aber auch sagen, dass ich in den letzten Jahren durch unsere politische Arbeit im Zwickauer Land und durch die Auseinandersetzung mit spezifisch ostdeutschen Themen, ostdeutschen Realitäten und der Vergangenheit, ich ein wärmeres Gefühl zu unserer Stadt, zu Sachsen entwickle. Das ist ein Umlernen, ein Umdenken, auch eine Art Heilung von den Erfahrungen, die ich gemacht habe, um auch wieder liebevoller mit diesem Ort, wo ich herkomme, umgehen zu können und das auch wertschätzen zu können, was ich da habe und hatte – die Community, meine Freund*innen, dieses Wohngebiet, wo wir aufgewachsen sind. Das war für uns eine Art Heimat, weil es eine große vietnamesische Community gab und es sich einfach auch nicht wie Deutschland angefühlt hat, weil wir immer untereinander waren. All diese Sachen habe ich gar nicht so richtig wertgeschätzt, bis ich weggegangen bin.*

Du hast gerade von Heilung gesprochen: Wenn jetzt wirklich gesellschaftlich der Wille da wäre, aufzuarbeiten, was damals in Ostdeutschland alles im Detail passiert ist, auch auf die einzelnen Orte bezogen, die Verantwortung dafür zu übernehmen und zu schauen, was alles schiefgelaufen ist, wenn vielleicht auch längst überfällige Entschuldigungen kommen würden – so ganz zarte Ansätze sind ja im Moment vielleicht da –, was würde das bewirken, was glaubst du?

*Ernstgenommen zu werden für das, was mensch ist und was mensch erlebt hat, also die Erfahrungen, das Leid, die Traumata, die mensch durchgemacht hat. Gesehen zu werden. Das würde vielleicht auch in die jüngeren Generationen hineinwirken: indem nicht der erste Gedanke sein wird, ich hinterfrage mich, ich bin selbst daran schuld, was mit mir passiert; sondern es ist die Gesellschaft, die krank ist! Dass die strukturelle Dimension von Rassismus, rechter Gewalt und so weiter auch offiziell angenommen, ernstgenommen und angegangen wird und das Leben sowie die Lebensrealitäten von migrantischen und nicht-weißen Menschen den gleichen Stellenwert haben. Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit, wie alle anderen in dieser Gesellschaft behandelt zu werden und handeln zu können. Gleichzeitig haben Migrant*innen und*

BIPoC immer wieder Unmut gezeigt, sich organisiert, für sich und ihre Belange gekämpft, auch schon in der DDR, zum Beispiel durch Streiks oder in selbstorganisierten Versammlungen. Nur wurden/werden sie kaum oder gar nicht (an-) gehört, geschweige denn ernstgenommen. Die weiße Mehrheitsgesellschaft und deutsche Politik hat lange versäumt und tut es eigentlich immer noch, diese Selbstermächtigungen und Kritik an ihr anzuerkennen. Verantwortung für das Vergangene, dazu gehört auch die DDR-Vergangenheit, zu übernehmen, heißt nicht nur leere Worte der Entschuldigung, sondern lückenlose Aufklärungen von rechten, rassistischen Gewalttaten und Morden, Entschädigungen (siehe Magdeburger Memorandum) und politische Konsequenzen für die Gegenwart und Zukunft daraus zu ziehen. Wie zum Beispiel Gewalt durch rechte Strukturen und Rassismus innerhalb der Polizei und staatlichen Institutionen tatsächlich nachzugehen und entgegenzuwirken; dem ganzen Sicherheitsapparat Gelder, Macht- und Verantwortungskompetenzen zu entziehen; und stattdessen zum Beispiel Bereiche der psychosozialen Fürsorge, Gemeindestrukturen, politische Bildung oder Migrant:innenselbstorganisationen zu fördern.

*Es würde vor allem auch bei den Rechten und Rassist*innen etwas bewirken, wenn mensch sich so auf die Seite der Betroffenen stellt und anerkennt, was ihnen passiert ist, sie ernst nimmt und konsequent dagegen vorgeht, weil dadurch die Rechten und Rassist*innen die Legitimität verlieren, die Macht, so zu agieren, wie sie das tun. Durch Zuschauen und Nichtssagen, konsequentes Nichtagieren und Nichtwahrnehmenwollen, durch Ignorieren oder aktives Wegschauen erscheint es normal und dass so was auch ohne Konsequenzen bleiben kann.*

*Ich habe auch das Gefühl, dass es wieder verstärkt möglich ist, als Rechte*r in der Öffentlichkeit Leute anzupöbeln, zu bespucken, gewalttätig zu werden. Ich habe vor ein paar Tagen ein Video aus Erfurt gesehen, einen rassistischen, rechten Angriff in der Straßenbahn. Dass die sich nicht mal davon abschrecken lassen, dass da Kameras sind, dass da Menschen drum herum sind ...*

Inwieweit fühlst du dich in der heutigen deutschen Erinnerungskultur vertreten mit deinen Erfahrungen?

Ich würde sagen, gar nicht. All das, was ich gerade erzählt habe, ist nicht Teil der deutschen Erinnerungskultur, ist auch nicht Teil der Geschichtserzählung, geschweige denn Teil der Diskurse in der Mehrheitsgesellschaft. Das Wissen, die Erfahrungen und die Geschichte(n) bleiben in unseren Kreisen. Wir arbeiten sie selbst auf, machen sie selbst sichtbar, das finde ich auch gut und sehr bestärkend. Aber hätte ich mich in der Jugend in der Schule mehr mit der DDR auseinandersetzen dürfen oder mit Migrations-themen, dann hätte ich auch den Geschichts- oder Gesellschaftskundeunterricht

*viel eher ernst genommen und Interesse dafür entwickelt. Aber dadurch, dass ich mich selbst oder meine Geschichte, die Geschichte meiner Eltern, die Geschichte von vielen anderen Migrant*innen, BIPOC und anders Marginalisierten nie gesehen habe, ist es so ein Gefühl, dass du gar nicht existierst oder existiert hast – plötzlich waren wir da oder was? Es ist einfach eine Lücke in deiner Identitätsbildung, wenn du dich selbst nie in öffentlichen Themen oder im Schulkanon und so weiter vertreten siehst, geschweige denn, dich mit irgendwas identifizieren kannst. Und die anderen müssen sich dann auch nicht damit beschäftigen. Und zusätzlich oben drauf wurden und werden Migrant:innen und BIPOC zum Teil immer noch in den bürgerlichen Medien nur als problematische, klischeehafte, homogene Masse dargestellt.*

Wenn du einen Wunsch frei hättest zum Thema Erinnerungskultur, was würdest du dir da wünschen?

Dass das Thema Flucht und Migration sowie Migrationsgeschichte(n) in all seinen Facetten (inklusive Rassismus) – auch im Osten – und aus kritischer Perspektive (!) Teil des öffentlichen Bildungssystems wird. Und das rechte Gewalttaten und Morde seit der DDR bis heute sowie das Unrecht gegenüber Vertragsarbeiter:innen lückenlos aufgeklärt wird und sie entschädigt werden.

Was ist, wenn die westdeutsche Migrationsgeschichte als stellvertretend für die gesamtdeutsche Migrationsgeschichte steht? Fühlst du dich da auch gemeint oder würdest du sagen, das muss spezifisch auch auf Ostdeutschland bezogen werden?

*Da es selten um Migration oder Migrationsgeschichte(n) aus dem Osten ging, habe ich mich natürlich an den Sachen festgehalten, die es überhaupt zum Thema Migration in Deutschland gab, und das war viel mehr die Gastarbeitergeschichte in Westdeutschland. Da habe ich die Geschichte unserer Familie ein bisschen sehen können, weil es sich ja auch um Arbeitsmigration handelte. Aber wenn es um gesellschaftliche Themen wie Migration geht, dann müssen diese natürlich auch in der Spezifität und kontextgebunden betrachtet werden, weil Migration nun mal überaus vielfältig, dynamisch und sehr, sehr komplex ist. Wenn mensch sagt, hier wird zum Beispiel Aufarbeitung der DDR-Gesellschaft betrieben, aber dann ohne die Vielfalt an Menschen – das heißt neben den ehemaligen DDR-Bürger*innen auch die Vertragsarbeiter*innen, internationalen Schüler*innen und Studierenden oder politischen Exilant*innen, die das wirklich auch miterlebt haben oder da sozialisiert worden sind – zu berücksichtigen, ist das schwierig.*

Mit dem Wissen von heute, ist die Bilanz der „Wende“ aus deiner Sicht und der deiner Eltern eher eine Positiv- oder eine Negativbilanz?

Das finde ich schwer zu beantworten, ich habe die Wende nicht aktiv miterlebt und ich möchte auch nicht für meine Eltern sprechen. Und ehrlich gesagt, weiß ich leider immer noch viel zu wenig über ihr Leben und ihre Erfahrungen, da gibt es sehr viel Nachholbedarf. Deswegen ist der intergenerationelle Austausch und Dialog da unter anderem sehr wichtig, um solche Fragen auch nur annähernd beantworten zu können.

Phường Thúy Nguyễn

Phường Thúy Nguyễn kam 1991 in Zwickau zur Welt. Von 2020 bis 2021 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „30 Jahre Deutsche Einheit: Migrantische Perspektiven auf den Vereinigungsprozess in Ostdeutschland“ an der Hochschule Mittweida. Heute arbeitet sie als freie Bildungsreferentin, sowie Film- und Kulturschaffende. Ihre Schwerpunktthemen sind die kritische Migrationsforschung, sowie herrschaftskritische Bildungs- und Biographiearbeit. Frau Nguyễn ist Mitglied der „korientation e.V.“ und Gründungsmitglied der „Werdauer Initiative gegen Rassismus e.V.“.



Interview mit Herrn Torsten Pötzsch im August 2021

Das Interview führte Dennis Riffel

„Selbst gestalten, das ist mir wichtig.“

In Weißwasser (Oberlausitz) lebten 1988 über 38.000 Menschen, jetzt sind es 16.000. Da sind auf jeden Fall viele weggegangen, vielleicht sind auch welche dazu gekommen. Wie hat dieser Weggang und vielleicht auch der Zuzug die Region verändert?

Es war schmerzlich. Die Leute sind nicht weggegangen nach 1989, weil es hier nicht schön ist, sondern weil die Arbeitsplätze weggefallen sind. Und die Diskussion, die wir jetzt gerade haben – Transformationsprozess und Kohleausstieg – ist die gleiche wie Anfang der 1990er. Das vergessen ja viele, dass Tausende Arbeitsplätze damals schon in der Braunkohle abgebaut worden sind, in der Grube, aber auch im Kraftwerk Boxberg, das bei uns vor den Toren der Stadt liegt. Die Leute sind weggegangen, weil es keine Zukunftsperspektive gab. Hier waren 1989 fünf Glashütten und fast alle wurden plattgemacht. Das tat weh. Wohnungen hatten wir auch zu viele. Zuletzt gebaute Wohnungen aus den frühen 1990er Jahren wurden elf Jahre später wieder abgerissen. In den 2000er wurde die Südstadt praktisch komplett abgerissen, das waren fünfgeschossige Plattenbauten mit einer Länge von insgesamt sechs Kilometern.

Ich habe, das passt gerade sehr gut, am Samstagabend eine Frau getroffen, die selbst über 20 Jahren nicht mehr in Weißwasser war. Sie hat ihre Schule gesucht, ihren Spielplatz, ihren Kindergarten und ihre Wohnung. Da, wo „ihre“ Straße war, ist jetzt ein Waldweg. Das habe ich schon früher gemerkt: Diese Verluste, dass Menschen nicht mehr ihren Kindern sagen können: „Schau mal, dort bin ich groß geworden“, wirken heute noch extrem nach, und mit denen wurde überhaupt nicht umgegangen. Oder die Glashütte, in der jemand gearbeitet hat, wurde abgerissen. Die psychologische Dimension dieser Verluste wurde ziemlich stark unterschätzt und deswegen müssen wir sehen, dass wir das jetzt in einem neuen Prozess anders gestalten und es wieder zum Gelingen beiträgt. Es soll und darf nicht mehr werden wie Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahre, dafür bin ich als Oberbürgermeister vor elf Jahren angetreten. Zum Thema Zuzug – Wegzug: Also wir haben viele Jahren gehabt, in denen auch die Großeltern die Stadt verlassen haben und den Kindern hinterher gezogen sind, um die Enkelkinder aufwachsen zu sehen. Mittlerweile haben wir eher den Trend, dass die Großeltern wieder hierherkommen, nachdem teilweise auch die Kinder wiedergekommen sind, in meinem Freundeskreis beobachte ich das ganz stark. Wir haben bei

16.000 Einwohnern immer 400 bis 650 Leute, die jedes Jahr zuziehen oder nach Weißwasser zurückkehren. Aber die Wahrheit ist – es ziehen genauso viele noch weg. Früher war nur Wegzug und heute ist Zuzug und Wegzug. Und jetzt müssen wir es schaffen, dass die Leute nicht mehr wegziehen, vor allem jüngere Leute nicht. Denen möchte ich sagen: „Passt auf. Ihr habt hier Chancen, ihr habt hier Möglichkeiten.“ Und das hat sich in den letzten fünf Jahren sehr stark verändert – die Firmen brauchen Arbeitskräfte. Bei uns war die Arbeitslosigkeit immer zweistellig, aber vor Corona war sie dann bei 8,1 Prozent. Da sieht man eben, dass viele Ältere in den Ruhestand gehen, dadurch Jobs frei werden und viele Firmen dadurch große Probleme haben. Neue Firmen, die sich gerade ansiedeln wollen, fragen auch: „Habe ich genug Arbeitskräfte in Zukunft, habe ich Kindergärten, Schulen, Ausbildungsmöglichkeiten?“ Darauf müssen wir stark setzen und auf die weichen Standortfaktoren wie Vereinslandschaft, Sport, Kultur und Soziales.

Gibt oder gab es einen Zuzug von Migrant*innen?

Fangen wir erstmal mit den Geflüchteten an. Es kamen ab 2015 einige Hundert Geflüchtete nach Weißwasser. Es gab kaum Probleme, weil wir gleich von Anfang an alle, die zu uns kamen, dezentral untergebracht haben.

Das größte Problem, das wir bei einer Bürgerversammlung zu dem Thema hatten, war die „Mülltrennung“ gewesen. Also habe ich gesagt: „Wenn das Müllthema das einzige Problem ist, das wir haben, dann läuft alles relativ gut.“ Von den Geflüchteten sind bloß eine Handvoll geblieben. Die meisten wollten weiter in die Großstädte. Eine Gruppe, die wir auch haben, sind die Spätaussiedler der 1990er Jahre. Die haben ihre eigene Community, aber sie sind in Weißwasser auch gut integriert. Das war der Vorteil des Rückbaus oder des Abrisses dieses Wohnviertels, da waren sie alle konzentriert untergebracht. Dann als es abgerissen wurde, wurden sie nicht in ein anderes Quartier umgesiedelt, sondern verteilt in der ganzen Stadt. Dadurch gab es Integration, aber auch eine gute Vereinslandschaft, zum Beispiel den Kalinka-Chor, den Miteinander e. V. und den „Wir sind wir“-Verein. Das funktioniert. Über die Jahre ist auch mal jemand aus Rumänien gekommen und hat zum Beispiel jetzt das Bistro übernommen. Es sind keine großen Communities, die sich hier bilden, sondern wir haben aus vielen Ländern einzelne Familien, manchmal einzelne Personen, wie aus Chile zum Beispiel. Das ist sehr gemischt, sodass es eigentlich nur die kasachische Community dort gibt und diejenigen, die ab 2015 als Geflüchtete gekommen sind. Die werden mit den anderen Vereinen, die wir haben, integriert und aufgefangen. Zu DDR-Zeiten hatten wir durch das Kraftwerk und durch den Tagebau zum Beispiel viele Kubaner. Ich war vor ein paar Jahren in Kuba und in einem kleinen Fischerort lernte ich einen Kubaner kennen, der mal in Weißwasser gewohnt hat.

Es waren viele Leute schon hier und deswegen hat sich das nicht als problematisch erwiesen bei uns. Das ist meine Theorie dazu. Und es gibt kaum Ur-Weißwasseraner, nur ein paar alteingesessene Familien, aber wir waren ja bis vor 1870/80 nicht mal 1.000 Einwohner hier. Dann stieg die Zahl durch die Glasindustrie auf 12.000 oder 13.000 und 1935 auf 15.000. Dann blieb es lange so, auch nach dem Krieg. Nur in den 1970/80er Jahren schoss sie dann nach oben, weil Kohle- und Glasindustrie weiter ausgebaut wurden. Jetzt sind wir wieder bei 15.000 bis 16.000, da pendeln wir uns ein. Ich kenne Leute, die aus Kasachstan kamen, hier geboren sind und die in Russisch eine Drei haben im Abitur, zu denen ich sage: „Zu Hause sprecht ihr doch nur Russisch.“ Aber da sieht man auf der anderen Seite, dass sie gut angekommen sind in der deutschen Sprache. Das kommt auch, weil hier immer Zugewanderte waren. Die Glasmacherfamilien sind damals aus Schlesien gekommen und aus dem heutigen Tschechien und dadurch war das ein Mix von Anfang an.

Gibt es heute noch eine tschechische oder polnische Community?

Eine tschechische Community gibt es jetzt nicht mehr. Da ist alles über 100 Jahre hinweg gut integriert und vermischt. Polen ist aber nur acht Kilometer entfernt. Wir haben ein paar Polen, die hier wohnen. Es arbeiten auch Leute aus Weißwasser auf der polnischen Seite, und es wohnen auch welche, die früher in Weißwasser gewohnt haben, auf der polnischen Seite. Es gibt Polen, die über Weißwasser sagen: „Hier ist es einfach anders.“ In Polen ist es ja zum Beispiel so, dass Wohnungen kaum vermietet werden, sondern man muss Wohnungen dort kaufen.

Gibt es auch Polen, die ihr Häuschen in Weißwasser bauen?

Ja, Polen oder Rumänen bauen neu oder kaufen sich einen Altbau und bauen den aus. Da gibt es einige Beispiele.

Aber da gibt es nicht großartige Probleme, sondern man geht gut miteinander um?

Ja, toi toi toi. Man muss auch sagen, die rechte Szene, die gab es mal extrem in den 1990ern, auch eine starke linke Szene, und irgendwann gab es dann mal das alternative Jugendzentrum „Die Garage“. Die hat eine sehr gute Sozialarbeit gemacht und irgendwann wurden die dann immer mehr links, die Rechten. Ich kenne einige, die früher in den 1990ern total rechts unterwegs waren und jetzt mit diesem Gedankengut überhaupt nichts mehr am Kopf haben. Viele von den damaligen Rechten sind auch weggezogen.

Wenn man es mit den 1990ern vergleicht, was hat sich denn insgesamt in Weißwasser verbessert, bei Ihnen persönlich, aber auch bei anderen Leuten?

Also die Gesellschaft bei uns in der Stadt ist zweigeteilt. Es gibt die – da kann man machen, was man will –, es ist alles falsch und alles schlecht. Dann gibt es die, die nach vorne schauen und sagen, wir werden etwas verändern, wir mussten uns immer selbst helfen. Viele sind auch positiv überrascht, wenn man den Rest der Stadt sieht. Wir haben nie so ein richtiges Stadtzentrum gehabt, aber jetzt hat jemand wieder gesagt: „Ich habe ja gar kein kaputtes Haus bei euch gefunden.“

Aber viele sehen eben nur die negativen Geschichten, die sind immer noch in der Vergangenheit. Die sind vor 20 oder 30 Jahren stehengeblieben und kommen da nicht

mehr raus. Vor allen Dingen die, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und keine Alternativen bekommen. Die tragen diesen Verlust und diese Unzufriedenheit immer vor sich her. Oder es sind

”

Ich glaube fest daran: Wenn man etwas will, sich etwas vorgenommen hat, dann kann man diese Chancen ergreifen und durch sein Tun auch realisieren. “

Weggezogene, die immer wieder in den sozialen Netzwerken gegen ihre alte Heimat agieren und teilweise Unwahrheiten verbreiten.

Vor zwei Wochen erst hatte ich ein Gespräch mit Campern – wir haben mitten in der Stadt so einen Platz, wo man sein Wohnmobil hinstellen kann –, die sagten: „Wisst ihr überhaupt, was ihr hier alles habt?“ Und ich habe gesagt: „Ja, ich weiß es.“

Aber viele Menschen wissen es eben nicht, das ist sehr schade. Und bei mir selbst – ich habe eben die Chancen für mich ergriffen. Ich habe 1990 die Ausbildung zum Bankkaufmann gemacht und dann zehn Jahre bei der Sparkasse gearbeitet. 2000 bin ich dann in die Wirtschaft gegangen und war viele Jahre selbstständig. Ich bin dann in ein kommunales Unternehmen der Wohnungsbaugesellschaft gegangen und danach sozusagen ins Rathaus. Und das war eben der Vorteil, dass man dort diese Chancen gesehen hat und die Möglichkeiten ergriffen. Es ist einfach so, dass jeder auch vielfach selbst dran schuld ist, wie sich seine Entwicklung gestaltet. Wenn man etwas machen möchte und vielleicht nicht die besten Voraussetzungen im Elternhaus hat, dann versuchen wir zu helfen. Das machen wir über die mobile Jugendarbeit und über Vereine, um den Leuten dann irgendwie den Weg zu ebnen. Ich glaube fest

daran: Wenn man etwas will, sich etwas vorgenommen hat, dann kann man diese Chancen ergreifen und durch sein Tun auch realisieren.

Ist diese Spaltung, von der Sie gesprochen haben, so 50 zu 50 oder eher 30 zu 70?

Naja, wir haben eigentlich, wenn man es genau nimmt, noch eine dritte Gruppe, das sind die Unentschlossenen. An der zu arbeiten ist die große Aufgabe. Man hat das ja auch an der letzten Oberbürgermeisterwahl gesehen: Mein Mitbewerber hat in der Vergangenheit gelebt. Er hat gesagt, wir machen das Volkshaus wieder auf, was nun schon 16 Jahre lang ungenutzt ist, weil es keine Konzepte gibt, keine Ideen dazu und wir als Stadt sagen: „Mann, wir haben eine Eisarena zu betreiben.“ Wir haben einen Saal in der Stadt, den wir anmieten, wenn wir ihn brauchen. Wenn das einmal im Jahr ist, dann ist das viel. Ansonsten haben wir Möglichkeiten und Räume genügend in der Stadt, wo man Kultur und sonstige Dinge anbieten kann.

Aber viele haben gesagt: „Oh ja, das war damals schön, das Volkshaus“. Und ich habe gesagt: „Würdet ihr auch wieder hingehen zum Volkshaus? Zu Veranstaltungen? Und dort auch mal 20 Euro für eine Karte bezahlen?“ „Nö, nö, das wollen wir nicht, aber es war doch früher schön und es soll auch wieder so sein.“ Jetzt ist der Saal ja abgebrannt vor ein paar Wochen und die Gerüchteküche brodelte.

Genau, das habe ich gelesen.

Da haben wir die Bürgerbeteiligung aufgesetzt, wir wollen mit den Bürgern sprechen. Viele junge Leute sagen: „Wo ist denn das Volkshaus? Ich kenn das gar nicht. Ich habe das bis jetzt nicht gebraucht in den Jahren, die ich jetzt hier bin.“ Da müssen wir mal gucken und versuchen, dort eben jetzt neue Ideen zu finden. Also ich denke, dass viele Grundsteine in der Kinder- und Jugendzeit dort für viele Menschen gelegt worden sind. Und das ist auch immer schön zu beobachten. Viele, die jetzt sehr engagiert in der Stadt sind, sagen: „Ich möchte meiner Stadt etwas zurückgeben, weil das was ich heute bin, das hat sie mir sozusagen mitgegeben.“ Im Sportverein oder in den anderen Vereinen zum Beispiel.

Ich bin selber in so einer typischen Station „Junge Naturforscher und Techniker“ groß geworden, so hieß das zu DDR-Zeiten. Ich war da viele Jahre in der AG Elektronik. Elektrotechnik und dieses technische Verständnis halfen natürlich auch logisch zu denken und in der Schule war es auch nicht verkehrt im Physikunterricht, wenn man da was wusste. Ich glaube, dass es einfach wichtig ist, diese Vereine zu haben. Sie machen den Leuten Mut. Mir hat es auch viel geholfen, persönlich, im Sport. Ich habe viele Jahre Leichtathletik gemacht, Tischtennis, mit Ehrgeiz. Teamfähigkeit wurde geweckt und Freundschaften haben sich entwickelt.

Die Ausbildung bei der Sparkasse war natürlich auch nicht verkehrt, man hat viel Menschenkenntnis mitgekriegt. Ich habe damals Kredite bearbeitet, auch Firmenkredite. Da musste man entscheiden: „Gibst du denen Geld oder gibst du denen kein Geld?“ In vielen Fällen war die Entscheidung richtig, jemandem das Geld nicht zu geben. Das war gut und hat viel geholfen. Das ist das, was man den Menschen und auch den Kindern vermitteln muss, einfach mitzumachen, mitzugestalten und sich irgendwo mit einzubringen in das gesamte System. Das versuchen wir mit ein paar Leuten immer wieder anzubieten. Damit die Menschen merken, dass sie gebraucht werden und dass sie Möglichkeitsräume haben, sich zu entfalten und sich auszuprobieren. Das ist ganz wichtig, dieses Ausprobieren und auch mal zu scheitern und zu sagen: „Pass auf, ich habe diese Erfahrung gemacht und das ist gut so und diesen Fehler werde ich das nächste Mal nicht mehr machen.“

Aber um nochmal auf diese Prozente zurückzukommen. Es ist sehr schwer einzuschätzen, aber ich merke, dass es immer mehr Leute gibt, die sagen: „Komm, lass uns was verändern!“ Und gerade jetzt in der Zeit beim Braunkohleausstieg sind vielleicht auch ein paar finanzielle Möglichkeiten. Der Fokus ist gerade auf die Lausitz gerichtet, und diese Chance muss man einfach noch viel stärker nutzen. Aber da die Vergangenheit noch nicht richtig verarbeitet worden ist, sagen die Menschen: „Warum sollte es jetzt wieder anders werden?“ Dem etwas entgegenzusetzen ist das große Ziel. Zurzeit ist es aber manchmal auch nicht so einfach, wenn Projekte durchgeführt werden, die jetzt wirklich nichts mit dem Tagebau zu tun haben.

Gibt es Verluste, die man gar nicht so materiell beziffern könnte, sondern die eher emotional da sind?

Eigentlich ist es bei vielen, wenn man mit ihnen spricht, der Verlust ihrer Lebensleistung: wenn sie in der Glasindustrie gearbeitet haben und dann blieb einfach nur noch die Chance wegzugehen, als das Werk geschlossen wurde, und in den alten Bundesländern zu arbeiten.

Und die anderen, die hier geblieben sind, die haben dann zugesehen, wie die Bagger kamen und die Glashütte wegrissen. Und dieser Verlust des Lebenswerkes, aber auch der Tradition, das ist das Problem.

Ein Glasbetrieb ist noch geblieben, zum Glück und auch sehr erfolgreich. Sonst ist alles von der Glasindustrie weg. Deswegen haben wir uns vor ein paar Jahren mit Freunden gesagt: „Mann, was können wir machen?“ Wir haben unsere alte Glasmacher-Tradition aufgegriffen und in einem Glaswerk in Weißwasser das „Soziokulturelle Zentrum Telux“ aufgebaut. Es wird jetzt vier Jahre alt und ist sozusagen so ein Ankerort für alle Generationen geworden, die sich dort organisieren – zum Malen zum Beispiel

oder zum Nähen. Und das war ganz wichtig und wir haben dann gesagt: „Okay, der Weihnachtsmarkt heißt jetzt, Weihnachten in der Glasmacherstadt.“ Und Glasmacher, das Wort haben wir genommen und „MACHER“ groß geschrieben. Diese Symbolik stellen wir jetzt sehr groß in der Stadt auf, um einfach zu sagen: „Diese Menschen damals, unsere Vorfahren, sind hierher gekommen und haben etwas Großes aufgebaut.“ Auf deren Spuren, mit diesem Ehrgeiz, diesem Engagement und dieser Zielstrebigkeit, wollen wir einfach wieder etwas Neues aufbauen. Das ist unsere Motivation, diesem Traditionsverlust etwas entgegenzusetzen, nämlich das Gebrauchtwerden. Das steht für mich dort an vorderster Stelle. Es ist das, was eben nicht materiell ist. Was damals noch gut gewesen ist, zu DDR-Zeiten, war, dass niemand so richtig durch das soziale Raster gefallen ist. Also, dass immer wieder aufgefangen wurden in fast allen Fällen. Die Menschen und dieser Zusammenhalt, daran kann ich mich gut erinnern. Wir haben zwar auch heute einen starken Zusammenhalt in meinem Freundeskreis und in meinen Netzwerken. Aber oft ist das zur Zeit weg und es müsste eigentlich viel stärker sein. Ich hoffe, dass sich die Menschen darauf besinnen, dass es nur gemeinsam geht, und dass man diesen Zusammenhalt braucht und wegkommt von diesen ganzen egoistischen Gedanken. Ich merke das immer mehr, wenn man sich mit Leuten hier unterhält. Es gibt viele, die haben Geld, aber denen ist es gar nicht so wichtig. Die möchten damit gerne etwas unterstützen. Ich glaube, dass es da ein Umdenken gibt. Aber das kann man nur in kleineren Einheiten anwenden, in kleinen Orten, in Kommunen, wo sich Gleichgesinnte zusammenfinden.

Wie war das bei Ihnen selbst mit der politischen Beteiligung, wie war Ihr persönlicher Weg in die Politik?

Ich kann mich noch gut erinnern, 2004 standen Kommunalwahlen an und es wurde ein Verein gegründet. Der nannte sich „Wir für hier“. Und mit einem Freund haben wir den mitgegründet und haben gesagt: „Wir werden antreten.“ Dann haben wir mit ein paar Leuten gesprochen, aber einige Jugendliche haben gesagt: „Oh, da ist meine Direktorin dabei, da kann ich nicht mitmachen.“ Wir waren mehr im sozialen Bereich unterwegs, wir haben Kultur gemacht und mit den Leuten gesprochen und haben gesagt: „Passt mal auf, wir würden gern was Eigenes machen, mehr für die Jüngeren.“ Im Nachhinein betrachtet war das genau richtig. Der andere Verein ist mit fünf Sitzen gleich in den Stadtrat eingezogen und wir als Wählervereinigung „Klartext“ mit zwei von 26 Mandaten. Unser Ziel war, mindestens eins zu kriegen. Mittlerweile hat sich der andere Verein aufgelöst und ist jetzt nach der letzten Kommunalwahl zu uns gekommen. Und wir haben damals gesagt: „Okay, wir übernehmen die Jüngeren und bringen sie rein. Wir wollen mehr jemanden, der die Belange der Jüngeren vertritt.“

So sind wir in dieses politische Geschäft reingerutscht. Das war auch gut, weil wir gesagt haben: „Wir wollen mitgestalten, wir wollen was tun für unsere Heimatstadt“. Und konnten das auch realisieren und haben dann sogar ab 2010 den Oberbürgermeister gestellt.

Und im Freundeskreis haben wir gesagt, wir machen keinen Verein, wir machen einfach eine lose Vereinigung und das war eine gute Entscheidung, die Leute dort wechseln auch. Es gibt einen harten Kern. Es machen auch welche mit und manchmal sind die auch nur zu sehen, wenn es zur Wahl geht und die kriegen dann ein paar Stimmen. Ein paar jüngere Leute haben gesagt: „Wir wollen bei euch mitmachen“. Es gab auch Leute, die gesagt haben, wir machen was Eigenes.

Mir war wichtig zu zeigen, dass man lokal auch als Wählerbündnis etwas bewegen kann. Obwohl das nicht einfach ist, weil das bei den etablierten Parteien nicht gerade zu Freudenstürmen führt. Aber hätte es 2004 eine ordentliche Parteienlandschaft gegeben, die auch gute Arbeit gemacht hätte in Weißwasser, dann gäbe es jetzt wahrscheinlich unsere Wählervereinigung gar nicht.

Selbst gestalten, das ist mir wichtig. Wir bereiten gerade einen Jugendstadtrat vor, das war ein Wunsch, der bei einem Jugendbeteiligungsprozess geäußert wurde. Beteiligung, das habe ich gelernt, bedeutet, selbst nach vorne zu gehen und zu versuchen, etwas zu ändern und sich einzubringen. Wenn jemand schimpft und motzt, sage ich immer: „Komm doch, mach doch mit.“ Schimpfen kann jeder, aber mitgestalten, neue Vorschläge machen, die Dinge lösen, das kann nicht jeder. Einen Lösungsvorschlag mitzubringen wäre schon gut, wenn man etwas kritisiert. Kritisieren ist einfach.

Jetzt haben Sie die etablierten Parteien genannt. Wie ist es mit der AfD? Ist die etabliert?

Die AfD ist vor zwei Jahren zum ersten Mal zur Stadtratswahl angetreten und ist gleich zweitstärkste Kraft geworden mit fünf von 21 Sitzen. Es ist schon schwierig, Themen gemeinsam zu bearbeiten und voranzubringen. Die Beteiligung einiger Mitglieder ist auch sehr verhalten. Sie sind oft nicht anwesend und verstehen nicht, dass es einfach zum guten Ton gehört, dass man sich ordentlich abmeldet. Und sie versuchen die Verwaltung mit Anfragen über Anfragen zu beschäftigen.

Migration ist bei uns kein Thema für die AfD. Die haben jetzt eher das Thema Corona und ihre Freitagsdemos und Korsos.

Was aber auffällig ist, dass bei vielen kritischen Themen die etablierten Parteien zusammen mit der AfD stimmen gegen die anderen Stadträte und den Oberbürgermeister. Die Mehrheiten sind zum Glück noch da, um Dinge durchzubringen, aber da verstehe ich die Welt manchmal nicht mehr. Einige der alten Politiker der SPD oder

der CDU, die jetzt nicht mehr da sind und viele Jahre im Stadtrat gewirkt haben, würden sich wahrscheinlich im Grabe umdrehen, wenn sie das sehen würden. Das ist ganz verrückt bei uns: Mit der CDU und der SPD vor Ort ist die Zusammenarbeiten oft herausfordernd. Und wenn ich dann sechs Kilometer weiter gehe, kann ich mit der CDU und der SPD super zusammenarbeiten – im Nachbarort, im Landkreis oder im Land. Jede Ortsgruppe kann selbst entscheiden und ist autark, damit muss ich leben.

Das heißt aber, überregional gibt es Zusammenarbeit? Was ist da Ihr Ziel?

Ja, definitiv, und wir haben auch noch einiges vor. Ich freue mich auf die nächsten Jahre. Man muss einfach Geduld und Zuversicht haben und vor allem dran bleiben. Manche Dinge, die man vor acht Jahren das erste Mal gedacht hat, die werden nach zehn Jahren erst realisiert, weil vielleicht das Geld nicht da war oder die falschen Leute da waren oder es der falsche Zeitpunkt war.

Ich freue mich, dass es für das Thema der Transformation und des stetigen Wandels so viel Interessierte in Deutschland, Europa und der ganzen Welt gibt, die man mit Themen abholen kann, die nur wir haben. Da kommen in 14 Tagen Regierungsbeamte aus Südkorea. Professoren und Studenten kommen aus den USA, von Universitäten. Aus Japan und Südafrika waren Leute da, die fragen: „Wie habt ihr das gemacht mit diesen Schrumpfungsprozessen? Können wir etwas lernen von euch?“ und so weiter. „Was ist richtig gelaufen nach der politischen Wende? Und was ist falsch gelaufen?“ Da können wir einen großen Sack auspacken. Aber ich will zukünftig auch mal diese Geschichten erzählen, dass wir einen erfolgreichen Strukturwandel gewuppt haben. Es ist mein persönliches Ziel, eines Tages mal nicht von den Verlusten zu erzählen, sondern einfach mal von den Dingen, die wir gut gemacht haben, obwohl wir eine schwierige Situation hatten. Diese Erfahrung möchte ich weitergeben.

Torsten Pötzs

Torsten Pötzs wurde 1971 im brandenburgischen Ort Forst (Lausitz) in der DDR geboren. Gemeinsam mit Freunden gründete er 2004 die Wählervereinigung Klartext, die sich insbesondere für die Jugend und das Gemeinwohl einsetzt. Im selben Jahr zog der gelernte Bankkaufmann und Betriebswirt in den Weißwasseraner Stadtrat ein. Seit 2010 Torsten Pötzs Oberbürgermeister der Stadt Weißwasser/Oberlausitz. 2020 wurde er von der Deutschen Nationalstiftung mit dem Deutschen Nationalpreis für seinen unermüdlich den Dialog mit den Bürgern ausgezeichnet.



Interview mit Frau Olga Sperling im Mai 2021

Das Interview führte Deniss Hanovs

„... mir geht es gut in dieser Gesellschaft. Ich hoffe, dass das der Gesellschaft auch mit uns gut geht, mit uns Migranten.“

Haben Sie durch Weg- oder eventuell Zuzug von Menschen in den 1990er Jahren Veränderungen in Ihrer Region wahrgenommen? Welche?

Ich muss dazu sagen, dass ich erst Ende 1998 nach Deutschland kam. Die Veränderungen, die stattgefunden haben, habe ich sozusagen nicht gleich mitbekommen. Also, ich war ja nicht mit dabei. Aber dadurch, dass ich bereits seit über zwölf Jahren in dem Migrationsbereich tätig bin, bin ich natürlich im Kontakt mit Zeitzeugen, die auch schon damals zu DDR-Zeiten hier gelebt haben und die Wende live mitbekommen haben und die gesellschaftlichen Veränderungen in diesem Zusammenhang. Zur damaligen Zeiten lebten in Ostdeutschland beziehungsweise in Sachsen, in Dresden direkt, wo ich arbeite und lebe und tätig bin, lebten viele Vertragsarbeiter, die aus Vietnam, unter anderem aus Vietnam, aus Kuba und aus afrikanischen Ländern unter anderem, zum Beispiel aus Mosambik gekommen sind. Laut den Berichten der Zeitzeugen und laut den Berichten von unserem Kooperationspartner, die auch schon damals hier gelebt haben und angefangen haben, sich Gedanken zu machen, wie man die Migranten in unserem Region stärken und unterstützen konnte. Die Berichte sind keine erfreulichen Berichte. Die Migranten waren nicht willkommen zu dieser Zeit und sie wurden auch tatsächlich rassistisch angegriffen, diskriminiert und auch teilweise überfallen. Also, die Überfälle auf der Straße zur damaligen Zeit waren leider die traurige Realität. Ein Beispiel dazu, ein sehr tragisches Beispiel, ist der Tod von Jorge Gomondai, von einem Vertragsarbeiter, Mosambikaner, der aufgrund seiner Hautfarbe in der Straßenbahn verprügelt wurde, beziehungsweise auf der Straße, und später in der Straßenbahn verfolgt, verprügelt, rausgeworfen wurde und auf der Straße starb aufgrund seiner Verletzungen. Das ist ein sehr tragisches Bild, das in der damaligen Zeit der Realität entsprach. Die Menschen hatten es schwer. Die Vietnamesen, die auch schon damals diese Läden hatten, wurden ausschließlich nur „Fidschis“ genannt und hatten keine Akzeptanz in der Gesellschaft. Damals wurde auch die erste Ausländerbeauftragte in der Stadt Dresden, also diese Stelle wurde geschaffen, die auch wirklich ganz viel zu tun hatte mit Aufklärung, mit Prävention und mit allen möglichen Phobien, die mit Rassismus und Diskriminierung zu tun haben.

Das war leider die Realität von damals, was ich mitbekommen habe. Unser Verein wurde aus diesem Grund damals gegründet, von einer migrantischen Gruppe tatsächlich. Da waren alle dabei: Inder, Afrikaner, Aserbajdschaner, mit Unterstützung von der damaligen Integrations- und Ausländerbeauftragten. Tatsächlich mit dem Ziel, die Menschen mit Migrationserfahrung zu stärken, zu beraten und zu versuchen, dass sie den Platz in dieser Gesellschaft finden. Das ist vielleicht so kurz zusammengefasst.

Haben Sie nach 1989 einen wachsenden Nationalismus der Ostdeutschen wahrgenommen? Die Frage ist mit dem Thema Rassismus und Gewalt verbunden. Haben Sie da vielleicht noch was zu ergänzen, zu der zweiten Frage?

Da ich selber schon über 22 Jahren in Dresden lebe, oder in Ostdeutschland lebe, muss ich sagen, dass sowohl damals als auch jetzt Rassismus leider zum Alltag in Ostdeutschland gehört. Auch erstaunlicherweise, ich als weiße Migrantin, weiße akademische Migrantin, musste leider auch verschiedene Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen machen auf verschiedenen Ebenen. Auch heute immer noch sind auf der Tagesordnung die gleichen Themen – institutionelle Diskriminierung. Auch damals vor 22 Jahren war Antislawismus, muss man auch dazu sagen. Weil wir Russischsprechende waren zu dem Zeitpunkt vor 22 Jahren die einzigen, also nicht die einzigen, aber die Migrantengruppe, die da war, die aktuell und präsent da war. Wie gesagt, laut den Berichten von der Integrations- und Ausländerbeauftragten, die vor 30 Jahren tätig war, sie sagte, die rassistischen Angriffe und Diskriminierungen waren viel, viel stärker ausgeprägt vor 30 Jahren. Ich erlebe aber auch jetzt nach 2015, dass es wieder alles zurück ist und dass meine Klientinnen auch weiterhin leider Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen erleben müssen, täglich: an der Haltestelle, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, beim Einkaufen, auf der Behörde, im Krankenhaus und so weiter. Das heißt, es ist da, es ist präsent. Und die stärkste Partei in Sachsen ist die AfD, prozentuell gesehen, leider.

Inwiefern haben Sie in den 1990er Jahren in Ihrem Umfeld wahrgenommen, dass der eigene Besitz und der eigene Radius, das heißt Dorf oder der Ort, mehr als zuvor eines besonderen Schutzes bedürfte? Vor wem wurde geschützt und wie hat sich dieser Schutz und das Abgrenzungsbedürfnis konkret geäußert?

Das kann ich nicht beantworten. Dieses Wissen habe ich leider einfach nicht. Also, je ländlicher, desto mehr Diskriminierung und auch mehr Rechtsgedanken. Das war so und das ist immer noch so. In dörflichen Regionen sind leider die Menschen mit Migrations- und heute mit der Fluchterfahrung ziemlich unsicher.

Wie ist das heute für Sie, wie gut können Sie in der heutigen Gesellschaft Ihre Chancen oder Risiken einschätzen? Wie fühlt es sich für Sie an, wie gehen Sie damit um?

Ich sage mal so, unsere Aufgabe ist unter anderem als Selbstmigrant in der Migrantenorganisation, zu vermitteln und die Brücke zu bauen zwischen den Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung und zwischen einheimischen Menschen. Weil durch Begegnen und persönliche Kontakte, durch gelungene Nachbarschaft kann die Veränderung in positive Richtung stattfinden. Man hat immer vor dem Fremden Angst. Wenn ich aber den Fremden nicht kennenlerne, dann bleibe ich mit meiner Angst und vielleicht unter einem Einfluss von verschiedenen Sachen, die ich in meinem Leben erlebt habe. Sobald das Kennenlernen und Begegnen stattfindet, findet auch das Umdenken in den Köpfen statt. Deswegen sind auch solche Formate wie Bürgerdialoge, aber auch die Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen durch verschiedene Projekte in den Stadtteilen, wo viele Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Milieus, aber auch Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung leben. Deswegen diese Nachbarschaftsprojekte im Rahmen von Sozialstaat oder anderen Möglichkeiten sind ganz wichtig. Ganz wichtig ist es, diese Begegnungen anzubieten. Vielleicht mehr oder weniger auch geschützt, beziehungsweise geschützte Orte zu öffnen für alle, ist auch ein wichtiges Ziel und auch eine wichtige Basis für Veränderungen und Umdenken. Positive Beispiele in der Gesellschaft, positive Beispiele der Integration. Obwohl ich das Wort „Integration“ nicht mag, aber das ist das, was die Deutschen oft sehen möchten, dass die Menschen sich gut integrieren, gut ankommen, gut die Sprache lernen. Ich sehe es auch persönlich, die Migrationsprozesse sind viel komplexer und schwieriger für die Menschen, insbesondere mit der Fluchterfahrung. Aber ich denke mal, Begegnung, Aufklärung, Podiumsdiskussionen, mehr Öffentlichkeit in bestimmten Sachen tun der Gesellschaft immer gut.

Ich frage Sie nun nochmal: Haben Sie durch Weg- und eventuellen Zuzug von Menschen Veränderungen in Ihrer Region wahrgenommen im Vergleich zu den 1990er Jahren?

Ich sage mal so, in der 1990er Jahren gab es tatsächlich hier nur Vertragsarbeiter. Es war eher selten, dass aufgrund von Heirat oder aufgrund von Wissenschaft. Und die Vertragsarbeiter, wie gesagt, die vietnamesischen Migrantinnen, waren eher in den Läden oder Ständen, quasi Obst- und Gemüsehandel. Die afrikanischen und kubanischen Vertragsarbeiter waren eher in den Fabriken. Und sie waren nicht richtig präsent. Durch die Migrationswelle und die Flüchtlingswelle in den letzten Jahren wurde der Migrant oder die Migrantin viel sichtbarer. Wir haben jetzt aktuell in Dresden, ich glaube,

acht Prozent von Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung laut der Statistik. Und die Sichtbarkeit ist da. Die Gesellschaft ist vielfältiger geworden. Also für mich ist es nur ein Gewinn. Und es gibt viel mehr Leben. Die Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung trauen sich was, dass sie sich in dem öffentlichen Leben zeigen und um die Partizipationsmöglichkeiten kämpfen. Also sie kämpfen um den Platz in der Gesellschaft. Nach meiner Erfahrung sind sie viel, viel sichtbarer als vor 20 Jahren, wo ich nach Deutschland kam.

Wie geht es Ihnen und Ihrem Umfeld damit, dass zunehmend fremde Menschen in ihrem Ort in Ihrer Region leben?

Wir brauchen mehr fremde Menschen.

„Fremde“ in Anführungszeichen natürlich.

Genau. Naja, ich sag mal so. Ich war auch Fremde und bin immer noch Fremde für jemanden. Das ist normal. Also, meine Gesellschaft ist eine vielfältige Gesellschaft und mit Menschen, die unterschiedliche Geschichten und unterschiedliche Hintergründe mitbringen. Meine Gesellschaft ist geprägt von Mehrsprachigkeit und von Vielfalt auf allen Ebenen. Deswegen mir geht es gut in dieser Gesellschaft. Ich hoffe, dass das der Gesellschaft auch mit uns gut geht, mit uns Migranten. Das ist eher das Problem.

Spätestens mit der Wiedervereinigung von 1990 gab es ein neues politisches System, verschiedene Parteien und freie Wahlen. Auch die Struktur in den Behörden und öffentliche Verwaltungseinrichtungen änderten sich. Wie gut vertreten, aufgehoben und beraten fühlen Sie und Ihr Umfeld sich in den neuen Parteien- und Verwaltungseinrichtungen?

Ehrlich gesagt, dazu kann ich wenig sagen. Meine Erfahrungsberichte sind so, dass die Menschen die Arbeitsstellen verloren haben, und auch die Studienabschlüsse oder die Berufsausbildungsabschlüsse werden nicht mehr anerkannt. Und dass die Menschen umschulen mussten, beziehungsweise in ein Loch gefallen sind und immer noch sich in diesem Loch befinden, als es nicht mehr möglich war, quasi sich so umzuschulen, dass sie sich in der Arbeitswelt fit fühlen. Das sind die Erfahrungsberichte von meinen älteren Kollegen und Kolleginnen.

Wie bewusst waren Ihnen Ihre neuen Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung vor Ort und im Alltag? Inwiefern haben Sie diese Möglichkeiten genutzt?

Ich denke mal, die Menschen, die aktiv waren, die haben die Wege gesucht, damit man

mitmischen und mitsprechen kann. Ich denke mal, die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den 1990ern waren für die Menschen mit Migrationserfahrung sehr schwierig, würde ich so behaupten.

Wie gut vertreten, aufgehoben und beraten fühlen Sie und Ihr Umfeld sich heute in den Parteien? Für wie politisch halten Sie sich selbst?

Ich mich? Es ist eine sehr interessante Frage. Dadurch, dass ich immer noch keine deutsche Staatsbürgerschaft habe, kann ich auf der Partei-Ebene leider nicht so richtig aktiv werden und deswegen ist meine politische Aktivität das, was ich in meiner Arbeit mache. Und zwar versuche ich eine Stimme für die Menschen mit Migration- und Fluchterfahrung in Dresden zu sein, die zu vertreten in verschiedenen Gremien, in verschiedenen Themengebieten tatsächlich. Also in Gleichstellungsbereich, Mehrsprachigkeit, offene Kinder- und Jugendarbeit, stadtteilbezogene Arbeit. Also, ich bin in ganz, ganz vielen Gremien vertreten und sehe mich tatsächlich auch dadurch, dass ich schon länger im Thema bin und schon länger an verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten, beziehungsweise überhaupt im Thema Teilhabe unterwegs seit Jahren bin ... ist das quasi meine politische Aktivität, was ich sehe. Ich denke mal das, was ich vor Ort erreiche, ist sehr wichtig: dass die Menschen in den Gremien die Kooperationspartner, die Akteure, die politischen Vertreter, auch die Geschichten hören und die Problemlagen hören, die Herausforderungen, mit denen die Menschen mit Migration- und Fluchterfahrung zu tun haben. Das trage ich einfach weiter und setze mich für die Menschen ein. Also, ich habe Sympathien für verschiedene Parteien und Abneigungen – bis zur kompletten Ablehnung. Aber in diesem Sinne bin ich politisch nicht aktiv, aber anders politisch aktiv, und das seit Jahren. Ich denke mal, das braucht auch die Gesellschaft, solche politischen Vertreterinnen und Vertreter wie mich.

Wie viel wissen Sie über Ihre Teilhabe und Mitbestimmungsmöglichkeiten? Reicht Ihnen Ihr Wissen oder würden Sie gern mehr wissen?

Ich erweitere mein Wissen immer, würde ich sagen. Das ich immer über aktuelle politische Veränderungen informiert bin und mich informiere durch meine hauptamtliche Tätigkeit, aber auch durch meine ehrenamtliche Tätigkeit. Im Bundesverband russischsprachiger Eltern bin ich aktiv am Ball, sozusagen. Mir ist es schon wichtig, welche Themen, egal auf welcher Ebene, mitzubekommen – auf der Bundesebene, auf der kommunalen Ebene, auf der Landesebene. Was ich dann später in meinem pädagogischen, in meinem sozialpädagogischen Alltag auch anwende, dieses Wissen, beziehungsweise versuche, damit die Veränderungen für die Zielgruppe, für die Menschen, mit denen ich zu tun habe, auch zu schaffen. Meine Aufgabe ist auch unter anderem,

die Menschen zu stärken, mit denen wir zusammenarbeiten als Migranten-Selbstorganisation. Den Menschen die Partizipationsmöglichkeiten aufzuzeigen und die zu stärken, zu motivieren mitzubestimmen und mitzumachen auf verschiedenen Ebenen im gesellschaftlichen Leben. Das ist eher mein Auftrag als Person, als Fachkraft und als Vertreterin von verschiedenen migrantischen Gruppen, sage ich mal so.

Wie gut vertreten, aufgehoben und beraten fühlen Sie und Ihr Umfeld sich heute in den öffentlichen Verwaltungseinrichtungen?

In den öffentlichen Verwaltungseinrichtungen sind wir nicht so gut vertreten. Da ist noch viel Luft nach oben. Es muss sich auch die Verwaltung öffnen sozusagen und die Behörden sich öffnen. Prozentual gesehen, kann ich jetzt nicht sagen, zum Beispiel die Menschen, die im Rathaus arbeiten, in verschiedenen Geschäftsbereichen, ich glaube es beträgt nur drei bis fünf Prozent. Das ist zu wenig auf jeden Fall für Dresden. Auf der Landesebene wird das nicht mehr sein, vermute ich mal. Deswegen ist es ganz, ganz wichtig, dass wir als Verein, dass ich als Person an der Umsetzung des kommunalen Integrationskonzeptes mitarbeite und mitbestimme, damit die Öffnung tatsächlich auf der Verwaltungsebene stattfindet.

Welche Rolle spielen die Medien aus Ihrem Herkunftsland? Inwiefern sind die Medien für Sie nützlich oder hinderlich dafür, sich im politischen und gesellschaftlichen System in Deutschland orientieren zu können?

Es ist eine schwierige Frage. Also, die spielen für mich persönlich keine große Rolle. Werde ich so antworten.

Finden Sie sich mit Ihren Erfahrungen und Erinnerungen auch an Ihr Herkunftsland in der heutigen deutschen Erinnerungskultur vertreten? Was wünschen Sie sich? Mit anderen Worten, sind Ihre Erinnerungen Teil der deutschen Gesellschaft oder der deutschen Erinnerungskultur?

Teils, teils, würde ich sagen. Weil, die deutsche Erinnerungskultur ändert sich auch, zurzeit insbesondere. In einigen Sachen finde ich mich wieder, in den anderen Sachen wünsche ich mir noch Arbeit und Auseinandersetzung mit bestimmten Sachen.

Und was wünschen Sie sich?

Was wünsche ich mir? Ich wünsche mir wahrscheinlich, dass ich mich dort wiederfinde mit meiner Migrationsgeschichte in der Erinnerungsgeschichte von Deutschland.

Welche Rollen (als Mutter, Tochter, Chefin, Mitglied usw.) sind Ende der 1980er und Anfang der 1990er für Sie anders geworden oder verschwunden oder neu gekommen?

Na ja, die privaten Rollen tatsächlich. Die öffentliche Rolle im privaten Kontext, quasi Vater-, Mutterrolle, wurde damals und immer noch in Bezug auf Kinder ... Wer geht arbeiten, wer bleibt mit den Kindern zu Hause, Vereinbarkeit Familie – Beruf. Das war und ist immer noch ein Thema jetzt. Tochter – Sohn kann ich wenig sagen, weil ich meine Familie zurückgelassen habe. Obwohl ich Mutter geworden bin, habe ich quasi meine Erfahrung als Mutter gemacht mit den mitgebrachten Mustern aus meinem Heimatland in Konfrontation mit den Bildern aus dieser Gesellschaft. Das ist schon herausfordernd, ein Kind in zwei Kulturen großzuziehen tatsächlich, und das ist eine Auseinandersetzung, die in dem privaten Umfeld, aber auch im öffentlichen Umfeld stattfindet. Also, wer bin ich, wo komme ich her, was ist meine Identität? Also auf meiner Tochter bezogen, bin ich mehr Russin oder mehr Deutsche? Was bedeutet das für mich, diese zwei Kulturen in mich zu tragen, die auszuleben und die zu vertreten oder nicht zu vertreten? Ich denke mal, diese Vereinstätigkeit oder Mitgliedschaft oder überhaupt diese Aktivität, ehrenamtliche Aktivität, die hat zugenommen, nach meiner Erfahrung jetzt. Dass die Menschen aktiver geworden sind und auch ihre Stimme lauter wird in verschiedenen Bereichen. Die ehrenamtliche Tätigkeit in den letzten Jahren hat sowieso nur zugenommen und nimmt kontinuierlich weiter zu. Das ist eine ganz, ganz tolle Entwicklung. Deswegen sehen wir uns auch als Vertreter nicht nur für die Hauptamtliche, aber auch für Ehrenamtliche. Wir als Verein haben 300 Ehrenamtler, mit denen wir zu tun haben und zusammenarbeiten an verschiedenen Projekten. Genau. Ich denke mal, die Rollenverschiebung, das Umdenken von Bildern, das wird ein Prozess bleiben. Das bleibt nie konstant und das ist gut so, dass man sich mit verschiedenen Bildern auseinandersetzt. Was ich insbesondere bei meinen Klienten mit dem muslimischen Hintergrund erlebe, ist, dass es dort eine sehr, sehr große Rolle spielt, die Rollen umzudenken, anzupassen. Beziehungsweise: Was machen die neuen Rollen mit mir als einem Menschen, der aus einem anderen Kontext, Glaubenskotext kommt.

Wo hat sich Ihnen in den 1990er Jahren für Sie eine Chance auf etwas oder eine Verbesserung gefunden? Und wie ist es heute im Vergleich zu den 1990er Jahren?

Die Menschen konnten mehr Freiheiten erleben, das ist Freiheiten in allen Bereichen. Was ich vielleicht noch mitbekommen habe, in 1998, dass die Menschen noch lernen müssten, mit diesen Freiheiten umzugehen und diese anzunehmen und umzusetzen in verschiedenen Bereichen.

Chancen und Verbesserungen ... Ich weiß nicht, wie mein Leben wäre, wäre ich nicht migriert. Das kann ich jetzt gar nicht beantworten. Ich kann es ahnen, aber es ist schwierig zu beantworten, was wäre wenn, erstens. Und zweitens, was wäre besser oder was wäre schlechter. Das kann ich nicht beantworten jetzt. Ich lebe im Jetzt. Und ich lebe in den Gegebenheiten, die gerade da sind. Und ich nehme sie an und versuche, das Beste draus zu machen.

Wo sehen Sie heute für sich Verluste nicht-materieller Art von Dingen für Sie, die vor 1989 für Sie von Bedeutung waren? Wie gehen Sie heute mit diesen Verlusten um? Frage nach Traditionen, Kultur, Identität, Heimat und so weiter. Oder ist es gar kein Verlust? Was vermissen Sie nicht?

Was vermisse ich nicht? Also, wenn ein Mensch migriert, gibt es immer ein Verlust und ein Bruch. Das ist was ganz Normales. Die Frage ist, wie gehe ich damit um und was behalte ich bei als migrierter Mensch. Das ist wirklich eine persönliche Sache, da muss jeder mit sich vereinbaren, was behalte ich und wie behalte ich es. Ich denke mal, mir gelingt das ganz gut, meine Wurzeln zu bewahren und zu pflegen und zu haben und immer wieder in die Heimat zu fahren, also einzureisen und auch ein anderes Ich wieder dort zu finden. Sagen wir mal so.

Wo blieben die Jugendlichen und die Heranwachsenden im familiären und privaten Umfeld in diesen Veränderungsprozessen?

Also, festzustellen ist, dass die jungen Menschen, mit denen ich in Russland zusammengelebt habe, ganz andere Entwicklung gemacht haben als ich. Natürlich ist auch die Frage von Werten eine schwierige Frage. Und wir haben, wie gesagt, verschiedene Sozialisierungen durchleben müssen. Ich bin mit 21 ausgewandert und lebe, wie gesagt, seit 22/23 Jahren in Deutschland. Und ich denke mal, den Prozess der Reifung kann man nicht vergleichen, wenn man in zwei komplett verschiedenen Ländern erwachsen wird. Groß nicht, aber erwachsen wird. Natürlich sind die Prägungen dort und hier sehr unterschiedlich. Die Wege, die meine Freunde dort gegangen sind, und die politischen Wege, die Wege der Entwicklung, der Partizipation und so weiter und so fort, sind so was von unterschiedlich. Es sind keine Vergleichswerte. Man kann nicht sagen, besser oder schlechter. Es ist einfach nur anders. Dadurch, dass ich auch hier noch mal studiert habe und hier noch mal mich mit dem Bildungssystem, mit dem gesellschaftlichen System, dann später Berufseinstieg und so weiter, mich hier auseinandergesetzt habe, sehe ich, wie die Bildungsverläufe und Karriereverläufe sind von meine Freunde und von mir. Man kann es nicht vergleichen. Es ist beides gut oder beides weniger gut, je nachdem, wie die Menschen sich gerade befinden.

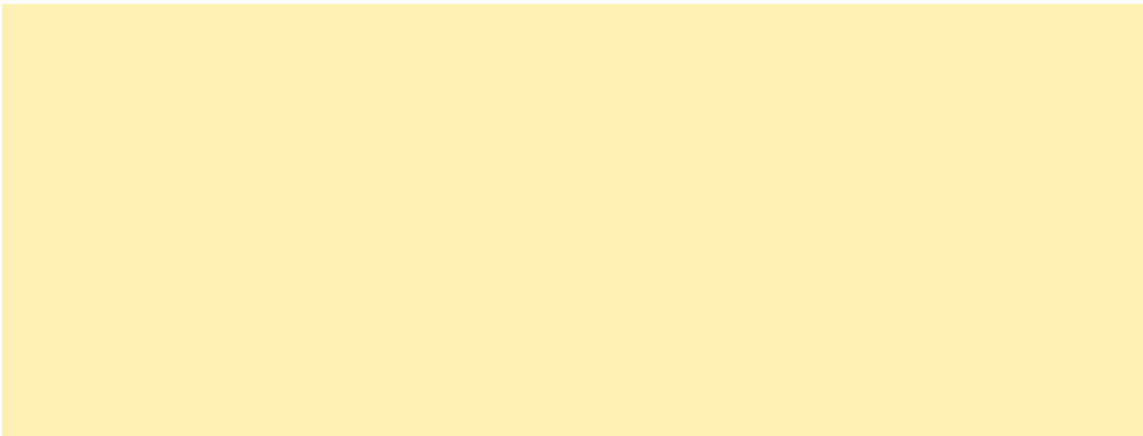
Und der Bezug heute? Was ist mit Jugendlichen aus Ihrer Umgebung?

Ich nehme an, das ist Ihr Kind. Was beobachten Sie da?

Was beobachte ich jetzt hier? Die Kinder, die hier mit zwei Kulturen aufwachsen, ich empfinde das nur als eine Bereicherung. Für viele Jugendliche, wenn ich Freunde von meiner Tochter sehe oder von meinem näheren privaten Umfeld, da gibt es verschiedene Hürden. Viele sagen: „Ich fühle mich Deutsch und ich spreche nur Deutsch und ich möchte auch nicht auf Russisch angesprochen werden.“ Das gibt es auch oder ich finde es auch peinlich. Das sind die Beispiele aus meinem näheren Freundschaftskreis und auch Familienkreis, dass viele sich auch nicht mehr mit russischen Wurzeln und einfach mit Russland assoziieren, identifizieren und eher sich für die Eltern schämen; tatsächlich. Das finde ich sehr schade, wenn in der Familie die Tradition, die Kultur und Verständnis für die Vielfalt nicht weiter gepflegt wird. Ich mache es anders, dass ich meine Tochter von Anfang an zweisprachig erziehe und auch versuche, so viel wie möglich von meiner Herkunftskultur mitzugeben, also verschiedene Sachen. Und ich sehe, wie weltoffen sie aufwächst und wie bereit sie ist, andere zu verstehen – sie genießt diese Vielfalt in der Gesellschaft –, sich für verschiedene Sprachen interessiert, für verschiedene Länder offen und für alles, was mit der Vielfalt zu tun hat. Und ich weiß nicht, wenn wir in Russland geblieben wären, ob sie diese Möglichkeit gehabt hätte. Das ist natürlich für Menschen in Europa nur ein Gewinn. So in einer weltoffenen und mehrsprachigen Gesellschaft aufwachsen zu können, so viele Sprachen lernen zu können und so viele neue Sachen für sich. Also, man kann so viel mitnehmen als Jugendliche hier, und das erlebe ich eigentlich nur als Gewinn. Ich finde es schade, wenn das in mehrsprachigen Familien oder in Familien mit mehreren Herkunftsn nicht stattfindet. Das finde ich schade.

Olga Sperling

Geboren wurde Olga Sperling 1977 in Omsk, Russland. 1998 kam sie nach Dresden und studierte Soziale Arbeit/Sozialpädagogik an der Evangelischen Hochschule in Dresden. Olga Sperling – Diplom-Sozialpädagogin und zertifizierte Coachin nach DGfC – ist heute eine von zwei Geschäftsführer*innen des Ausländerrates Dresden e.V. Zudem ist sie Vorstandsmitglied des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern e.V.



3.

Revolution und Transformation der 90er Jahre.

Herausforderungen für die
Menschen mit und ohne
Migrationsgeschichte in
Ostdeutschland



Veränderungen des Ortes nach 1990

Nach der Friedlichen Revolution in der DDR und der am 3. Oktober 1990 vollzogenen Wiedervereinigung fand in Ostdeutschland ein tiefgreifender Umwälzungsprozess statt, der alle gesellschaftlichen Bereiche betraf. In den geführten Interviews kamen besonders folgende Bereiche der gesellschaftlichen Transformation zur Sprache:

Veränderung durch Arbeitsplatzverlust

Der Wirtschaftssoziologe Paul Windolf schätzt, dass zwischen 1990 und 1995 rund 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR ihren Arbeitsplatz vorübergehend oder auf Dauer verloren haben.¹ Nicht alle der Interviewten machten diese Erfahrung selbst, aber alle berichten davon aus ihrem unmittelbaren Lebensumfeld. „Was wird aus meiner Arbeit und wie geht das weiter?“, das war laut der Zeitzeugin Uta Leichsenring die Frage, die sich alle (noch) arbeitenden Menschen in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre stellten. Noch eindringlicher stellte sich die Frage nach der Zukunft in Ostdeutschland für diejenigen, die als Vertragsarbeiter*innen in die DDR gekommen waren. Viele machten die Erfahrung, dass ihnen noch vor den deutschen Kolleg*innen gekündigt wurde, so schildert es Vũ Thị Hoàng Hà. Phương Thúy Nguyễn, die 1991 in der Nähe von Zwickau geboren wurde, berichtet, dass ihre Eltern aus den frühen 1990er Jahren von „Erfahrungen von Arbeitsloswerden, Gekündigtwerden, Angst vor Abschiebung und lange[n] Phasen der existenziellen Unsicherheit“ erzählen. Die meisten der 1989 in Ostdeutschland lebenden rund 94.000 Vertragsarbeiter*innen gingen in den 1990ern zurück in ihre Heimatländer, etwa 16.000 Vietnames*innen und wenige Mosambikaner*innen und Angolaner*innen blieben.²

Auch für diejenigen, die 1989/90 in Ostdeutschland noch nicht arbeiteten, sondern eine Ausbildung machten oder studierten, hatte der Systemwechsel weitreichende Konsequenzen. Dies schildert z. B. Moussa Dansokho, der in Halle Ökonomie studierte und Anfang 1990 gerade die letzten Korrekturen an seiner Doktorarbeit vornahm. Aus seinem Bekanntenkreis berichtet er von Studenten, die ohne Diplom die Uni verlassen mussten, weil Fachbereiche abgewickelt, Universitätspersonal entlassen oder Stipendien gestrichen wurden. Er selbst schrieb seine Doktorarbeit ohne Stipendium um und konnte sie mit neuen Gutachter*innen zu Ende bringen.

Veränderung durch Wegzug

Der massive Arbeitsplatzabbau Anfang der 1990er Jahre in Ostdeutschland hatte zur Folge, dass viele Menschen abwanderten, um woanders ihr Glück zu versuchen. Mit konkreten Zahlen belegt dies Adelino Massuvira João für Suhl. Aber auch Torsten Pötzsch schildert die Abwanderungsbewegung für Weißwasser in drastischen Worten. Dort führte der Wegzug vieler Menschen dazu, dass die Südstadt, ein Wohnviertel mit fünfgeschossigen Plattenbauten, in den 2000er Jahren abgerissen wurde, weil die meisten Wohnungen dort leer standen. Torsten Pötzsch fasst für Weißwasser zusammen, was für die meisten ostdeutschen Kommunen gilt: *„Die Leute sind weggegangen, weil es keine Zukunftsperspektive gab“*. Allein in den Jahren 1989 und 1990 verlor Ostdeutschland fast 800.000 Einwohner*innen. Der Soziologe Steffen Mau spricht daher von einer „Schrumpfgesellschaft“.³

Veränderung durch Zuzug

Obwohl die Veränderungen durch Abwanderung in den 1990er Jahren sicher gravierender waren, gab es auch Veränderungen durch den Zuzug neuer Bewohner*innen. Torsten Pötzsch spricht die Gruppe der Spätaussiedler*innen an, die in den 1990er Jahren kamen und zunächst konzentriert in der Südstadt von Weißwasser untergebracht waren. Durch die Umbruchsituation in Osteuropa und der UdSSR kam es ab 1990 zu einer Masseneinwanderung von „Russlanddeutschen“ nach Deutschland, wobei sich die meisten in den westlichen Bundesländern ansiedelten. Von 1990 bis 1992 kamen bis zu 400.000 Menschen jährlich, danach versuchte man den Zuzug mit Quoten auf 225.000 Menschen pro Jahr zu drosseln und führte die Bezeichnung „Spätaussiedler“ ein.⁴

Uta Leichsenring berichtet noch von einer weiteren Gruppe Zugezogener, mit der sie sowohl beim Aufbau der Justiz in Potsdam als auch bei der Neuorganisation der Polizei in Eberswalde direkten Kontakt hatte: nordrhein-westfälische Experten aus Polizei, Justiz und Verwaltung, die im Rahmen des „Abkommens zwischen der Regierung des Landes Brandenburg und der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen über umfassende Zusammenarbeit“ vom 27. November 1990 als Aufbauhelfer nach Ostdeutschland entsandt wurden. Insgesamt waren in den 1990er Jahren mehrere Zehntausend Expert*innen aus Westdeutschland an der Neuorganisation von Wirtschafts-, Polizei-, Justiz- und Verwaltungsstrukturen in Ostdeutschland kurz- oder längerfristig beteiligt.⁵

Veränderung durch Rassismus

Eine der gravierendsten Veränderungen, die die Interviewten in den 1990er Jahren als neu im Vergleich zur DDR-Zeit erlebten, war der zunehmende Alltagsrassismus, der sich aggressiv und gewalttätig äußerte. Uta Leichsenring musste sich als Polizeipräsidentin von Eberswalde professionell mit dem wachsenden Rechtsextremismus auseinandersetzen und auch Torsten Pötzsch spricht für Weißwasser davon, dass die rechtsextreme Szene in den frühen 1990er Jahren sehr stark gewesen sei. Alle Interviewten mit Migrationsgeschichte haben selbst Alltagsrassismus und rechtsextreme Gewalt im direkten Familienumfeld in den 1990er Jahren erlebt. Ihre Schilderungen sind bedrückend und zeigen, wie sehr rassistisch motivierte Gewalt und Bedrohung den Alltag von Menschen mit Migrationsgeschichte im Ostdeutschland der 1990er Jahre prägten und für ein ständiges Bedrohungsgefühl sorgten (siehe Text Alltagsrassismus).

Dennis Riffel

-
- 1 Windolf, Paul: Die wirtschaftliche Transformation. Politische und ökonomische Systemrationalitäten. In: Wolfgang Schluchter; Peter E. Quint (Hrsg.): Der Vereinigungsschock. Weilerswist 2001, S. 392–413, hier S. 411.
 - 2 Weiss, Karin: Zwischen Rückkehr in die Heimatländer und Existenzsicherung vor Ort. Die Situation vietnamesischer Vertragsarbeiter 1989/90. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier Migrantische Perspektiven auf die Deutsche Einheit, [online] <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/migrantische-perspektiven/325194/die-situation-vietnamesischer-vertragsarbeiter-1989-90> [08.01.2022]; Rabenschlag, Ann-Judith: Arbeiten im Bruderland. Arbeitsmigranten in der DDR und ihr Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung. In: Deutschland Archiv, 15. September 2016. [online] www.bpb.de/233678 [18.12.2021].
 - 3 Mau, Steffen: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin 2019, S. 190–194.
 - 4 Hoerder, Dirk: Geschichte der deutschen Migration. Vom Mittelalter bis heute. München 2010, S. 110–115.
 - 5 Böick, Marcus; Goschler, Constantin; Nietzel, Benno: Die beratene Transformation. Westdeutsche Experten in Ostdeutschland nach 1990. In: Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, S. 230–250.

Ungewissheit ertragen, zusammen stark sein – Schlüssel fürs Ankommen

Wie lernt man, mit Unbekanntem umzugehen und Widersprüche auszuhalten?

„Eines Abends [...] hatte Alexander gesagt, mir fehle Ambiguitätstoleranz. Ich musste das Wort wiederholen: Am-bi-gui-täts-toleranz. Ich hatte das noch nie gehört. Vereinfacht gesagt bedeutet es die Fähigkeit, Spannungen und Widersprüche auszuhalten.“¹

Die Protagonistin des Romans „Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration“ hat Schwierigkeiten, sich nach der Wende im neuen System zurechtzufinden. Sie ist auf der Suche nach neuen „Wahrheiten“ (die alten sind plötzlich nicht mehr gültig) und gerät dabei auf allerlei dubiose Abwege. Ihr fehlt die Fähigkeit, aus der Fülle der Angebote und der Vielfalt von Lebenskonzepten das für sie Passende auszuwählen, weil sie gar nicht weiß, was ihr wichtig ist und was sie als Person ausmacht.

Warum ist Ambiguitätstoleranz so wichtig?

Ambiguitätstoleranz wird teilweise auch als Unsicherheits- oder Ungewissheitstoleranz bezeichnet. Es ist die Fähigkeit, Uneindeutiges oder Mehrdeutiges zu ertragen. Ambiguitätstoleranz gilt als individuelle und kollektive Schlüsselkompetenz bei der Bewältigung gesellschaftlicher Umbrüche und in interkulturellen Überschneidungssituationen. Das verwandte Konzept „Transformationskompetenz“² ist etwas spezifischer auf Transformationsprozesse zugeschnitten. Fehlt diese Kompetenz, entstehen in unüberschaubaren Situationen oder bei Ereignissen, deren Fortgang schwer vorauszusehen ist, psychisches Unwohlsein und ein starkes Stör- und Bedrohungsgefühl. In dem Bestreben, die Komplexität des Geschehens so weit zu reduzieren, dass die Realität wieder lesbar wird, entstehen entweder praktikable Alltagsbewältigungskonzepte oder aber mentale Konstruktionen, die in einem Schwarz-Weiß-Denken verfangen sind, bis hin zu Verschwörungsmymen und dem Glauben, in dieser komplexen Welt rein gar nichts bewirken zu können. Die Entstehung von Ambiguitätstoleranz ist stark mit Selbstwirksamkeitserfahrungen verbunden. Umgekehrt fördern das Erleben von Ohnmacht sowie das Gefühl, ausgeliefert zu sein, eine ausgeprägte Intoleranz gegenüber Ambiguitäten.

Netzwerke und Informationen als Schlüssel

In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche erleben Menschen auch biografische Brüche. Sie müssen Strategien haben, wie sie mit Veränderungen und Herausforderungen umgehen. Wie sie diese praktisch angehen, hängt nicht nur mit der Schwere der Ereignisse zusammen, sondern auch mit individuellen wie kollektiven Bewältigungsstrategien und Selbstkonzepten. Sowohl im Interview mit Vũ Hà als auch mit Thúy Nguyễn wird deutlich: In den migrantischen Communities war von Anfang an klar, dass man ohne einander keine Chance hat, die aktuellen Veränderungen zu meistern. Die Gruppe als Schlüssel ist ein zentrales Thema in den Interviews mit beiden Frauen. Die Notwendigkeit, sich zusammenzutun, wurde durch Ausgrenzung, Rassismus, prekäre Aufenthaltsverhältnisse und damit existenzielle Bedrohungen forciert. Das Individuum muss nicht alles verstehen und kann nicht alles wissen. Man musste „*Wege finden, sich über Wasser zu halten*“, wie Thúy Nguyễn es formuliert. Vũ Hà ist sich sicher, dass einige Migrant*innen aufgrund der Erfahrungen in der DDR bereits funktionierende Netzwerke hatten, die ihnen über die Transformationszeit hinweghalfen. Moussa Dansokho beschreibt einen anderen Aspekt: einerseits das Zurechtkommen in der für alle neuen „Ellenbogengesellschaft“ und darüber hinaus sein Bemühen, in der Mehrheitsgesellschaft Fuß zu fassen und akzeptiert zu werden; er sieht sich an einer „*Front*“ kämpfen, was nicht verwundert, betrachtet man die Gleichzeitigkeit dieser beiden für sich allein genommen schon sehr schwierigen Prozesse.

Uta Leichsenring betont nicht so sehr die Netzwerke, sondern Information und Beratung als Schlüssel für das Verständnis des Neuen. Überforderung begegnet sie, indem sie schaut, wo sie Hilfe und Unterstützung bekommen kann, statt zu resignieren. Die Erkenntnis, dass man ohne die Unterstützung anderer nicht zurechtkommt, die spezielle Informationen haben, nimmt hier eine Schlüsselrolle ein. Aus heutiger Sicht wird deutlich, dass die Menschen in Ostdeutschland bestimmte Kompetenzen und Strategien brauchten, um gestärkt durch den Transformationsprozess gehen zu können, und dass diese in der damaligen Zeit kaum wahrgenommen und reflektiert wurden. Man ging davon aus, dass es ein sehr leichter Prozess sei, einen in der DDR abhanden gekommenen Normzustand durch „Wieder“-Vereinigung einfach wiederherzustellen. Dabei wurden die individuellen und kollektiven Anpassungsprozesse fundamental unterschätzt.

Für die migrantischen Communities ging es derweil ums pure Überleben. Für die meisten war es angesichts der Umstände nicht möglich, Risiken zu vermeiden.

Die ersten Zuwanderer*innen hatten bereits biografische Brüche erlebt, als sie in die DDR kamen. Die Transformationszeit stellte nun eine neue Herausforderung dar. Sie ergriffen jede Chance, die sich ihnen bot. Im Falle der vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen wurde nach langen Kämpfen erst 1997 eine Regelung geschaffen, die es ihnen ermöglichte, einen halbwegs sicheren Aufenthaltstitel zu erlangen.³ Insgesamt konnten von den ca. 94.000 Vertragsarbeiter*innen, die sich 1989 in der DDR aufhielten, nur wenige bleiben. Aber auch Studierende, politische Flüchtlinge, Angehörige der sowjetischen Streitkräfte und andere Menschen mit ausländischen Staatsbürgerschaften verließen nach 1989 in großer Zahl das Gebiet der ehemaligen DDR.

Anja Treichel

-
- 1 Rennefanz, Sabine: Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration. München 20143, S. 226.
 - 2 3te Generation Ost. Transformationskompetenz, [online] <https://netzwerk.dritte-generation-ost.de/post-transformationskompetenz/> [21.12.2021].
 - 3 Ha, Noa K. (2020): Vietdeutschland und die Realität der Migration im vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, [online] <https://www.bpb.de/apuz/312269/vietdeutschland-und-die-realitaet-der-migration-im-vereinten-deutschland> [21.12.2021].

Chancen, Verbesserungen und Neugewinn seit 1989

Ob ein Mensch eher die Chancen oder die Verluste eines biografischen Umbruchs wahrnimmt, hängt nicht nur von realen Ereignissen und persönlichen Erfahrungen ab, sondern auch von der generellen individuellen Sicht auf die Welt. So wird die Wahrnehmung eines Ereignisses oder eines Prozesses von der Persönlichkeit eines Menschen geprägt, während gleichzeitig der reale Handlungsspielraum in der Gesellschaft sehr unterschiedlich ist – Chancengleichheit ist eine Fiktion. Gesellschaftliche Barrieren auf mehreren Ebenen hindern Menschen daran, ihr Potenzial zu entfalten. Das Erleben von Chancenlosigkeit wirkt sich andererseits auch auf die eigene Weltansicht aus. Diese ist aber auch ein Produkt der eigenen Biografie und von der Sozialisation geprägt. Die Einschätzung des eigenen Werdegangs eines Menschen ist also nur im Wechselspiel zwischen der Positionierung in der Gesellschaft, die die realen Chancen begrenzt oder erweitert, und der Persönlichkeit eines Menschen zu sehen.

Auch was die Chancen und die Möglichkeiten seit 1989 betrifft, waren einerseits die Karten sehr ungleich verteilt, andererseits hat jeder Mensch auf jeweils individuelle Art die eigenen Möglichkeiten nutzen können.

Chancen sehen die, die darüber sprechen

Wenige der Menschen ohne Migrationsgeschichte, die die Transformationszeit für ihr eigenes Leben negativ bilanzieren, reden offen darüber. Verbitterung und ein unbestimmtes Gefühl, nicht wertgeschätzt zu werden und trotz materiellen Wohlstands pauschal benachteiligt zu sein, verschaffen sich eher auf anderen Schauplätzen Luft; wie zum Beispiel auf Pegida-Demonstrationen oder beim Wählen rechtspopulistischer Parteien.

Über die Chancen, die sich für die Menschen 1989 konkret auftraten, wird selten explizit gesprochen. Auch wenn es in den ersten Jahren nicht immer deutlich wurde: Es gab allgemeine gesellschaftliche Verbesserungen durch das Leben in einer Demokratie, was mit klar formulierten und einklagbaren Individualrechten einherging. Viele Menschen erlebten zum ersten Mal in ihrem Leben eine Gesellschaft, die nicht von Willkür geprägt war. Das Berufsleben wurde für weite Teile der Bevölkerung komplett umgekrempelt. Für viele war dies eine Bedrohung, andere empfanden es als Erleichterung, weil sie endlich berufliche Träume verwirklichen konnten. Viele wurden arbeitslos, andere stürzten sich in berufliche Experimente.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Besonderheit des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses war, dass zwei Prozesse nebeneinander verliefen, so der Soziologe Steffen Mau: Wohlstandszugewinn und Positionsverlust, zwei Rechnungen mit verschiedenen Folgen. Auf der einen Seite steht eine Gewinnrechnung, die Verbesserung von Lebensstandard und Konsummöglichkeiten bedeutete. Auf der anderen Seite eine Verlustrechnung, die sich auf die Veränderung des gesellschaftlichen Status vieler Ostdeutscher bezieht.¹ In den ersten Jahren nach dem Mauerfall war der Anteil der Abstiege – Verlust der beruflichen Position oder des Arbeitsplatzes – mehr als dreimal so groß wie der der Aufstiege.²

Nur einige Gruppen in der DDR konnten ihren Status einigermaßen halten oder in die Führungsebene aufsteigen. *„Vor allem Personen, die in der öffentlichen Verwaltung einen speziellen Sachbereich vertraten – kommunale Energiewirtschaft etwa oder Wasserversorgung –, konnten auf berufliche Kontinuität hoffen.“*³ Freigesetzte Vertreter des DDR-Aufstiegsmilieus, etwa frühere SED-Funktionäre, heuerten bei Versicherungen, Banken oder Krankenkassen an.⁴ Ebenfalls gefragt waren ab 1990 Handwerker bzw. private Handwerksbetriebe, die den Aufbau in Ostdeutschland maßgeblich mit vorantrieben. Gab es 1989 in der DDR rund 85.000 Handwerksbetriebe, so hatte sich die Anzahl der Betriebe in den Neuen Bundesländern ohne Berlin bis 2009 mehr als verdoppelt.⁵

Auch weiterführende Bildungseinrichtungen öffneten ihre Pforten. Das Recht auf freie Berufs-, Ausbildungs- und Studienwahl wurde durchgesetzt, Erfahrungen im Ausland eröffneten vielen jungen Menschen bisher verwehrte Chancen, ihr Leben zu gestalten. Ein Aufstieg in die Bildungs- und Wirtschaftselite blieb jedoch den meisten Ostdeutschen mit und ohne Migrationsgeschichte verwehrt.⁶

Jede Chance ergreifen und lernen

In den Interviews wird deutlich, dass es wichtig war, jede Chance zu ergreifen und etwas zu tun, auf dem man später aufbauen konnte. Häufige, oft plötzliche Wechsel des Arbeitsgebietes durch überraschende Angebote wie bei Frau Leichsenring und Herrn Pötzsch wurden trotz eigener Bedenken sowie des Umfeldes letztendlich als Möglichkeiten gesehen, sich in der neuen Gesellschaft auszuprobieren und diese dadurch mitzugestalten. Auch Frau Hà nutzte die einzige Chance, die sie hatte, auf eine ABM-Stelle, obwohl sie einen akademischen Abschluss hatte. Indem sie die Stelle trotzdem annahm, konnte sie sehr vielen Menschen in Schwierigkeiten helfen

und gleichzeitig ihren Aufenthaltsstatus retten. Im Nachhinein betrachten alle ihre beruflichen Anfänge in der damaligen Zeit als wichtige Phase des Lernens und Anpassens an das neue System.

Migrant*innen: Wer geblieben ist, konnte Chancen verwerten

Im Falle der Migrant*innen ziehen diejenigen, die es schafften, in Deutschland zu bleiben, eher eine positive Bilanz. Diejenigen, die abgeschoben oder ausgewiesen wurden, erhielten keine Chance, die Segnungen der neuen Gesellschaft wahrzunehmen und zu nutzen. Sie kommen selten zu Wort, da sie nicht mehr in Deutschland leben. In den hier abgedruckten Interviews sind daher eher die Aussagen derjenigen zu finden, die trotz aller Herausforderungen und Barrieren ihren Weg gegangen sind und in der Gegenwart ein gutes und zufriedenes Leben führen können.

Für die meisten Vertragsarbeiter*innen war das Leben in der DDR trotz aller Gängeleien, Beschränkungen, Rassismus sowie schlechter Arbeits- und Lebensbedingungen immer noch besser als das Leben in ihren jeweiligen Herkunftsländern, in denen oft Krieg und Armut herrschten. Für Frau Hà war die DDR ein „Paradies“ verglichen mit Vietnam. Von der DDR aus hatten die Vertragsarbeiter*innen die Möglichkeit, ihre Familien zu unterstützen. Sie versuchten nach 1989 zu bleiben, obwohl die Bedingungen dafür denkbar schlecht waren. Aber auch von denen, die hätten bleiben können, zogen einige weg und kehrten Deutschland für immer den Rücken, weil sie vor dem entfesselten Rassismus der 1990er Jahre flohen.

Neue Chancen durch Mobilität

Um die Beschäftigung zu sichern, nahmen Ostdeutsche ab der ersten Hälfte der 1990er Jahre viele Arbeitsplatz-, Berufs- und Betriebswechsel auf sich. Dadurch war die Mobilität im Vergleich zu Westdeutschland ungewöhnlich hoch. Ostdeutsche Arbeitnehmer*innen wechselten zwischen 1991 und 1995 etwa doppelt so oft den Betrieb oder Beruf wie westdeutsche.⁷ Dabei waren Arbeitsplatz-, Berufs- und Betriebswechsel nach 1989 in Ostdeutschland in der Regel keine weiterführenden Stationen in Berufskarrieren, sondern Versuche der Beschäftigungssicherung. Millionen Ostdeutsche suchten nach Möglichkeiten neuer Arbeit, ohne ihre Heimat aufgeben zu müssen. Um eine Chance auf Arbeit zu haben, pendelten Ostdeutsche bis nach Österreich und in die Schweiz – zumeist auf Baustellen. Anfang der 1990er Jahre betraf das 400.000 Haushalte in Ostdeutschland.⁸ Viele Jüngere begriffen die Pluralisierung der Lebensstile und den Wegfall alter Normen als Chance. Um sich neu zu orientieren und anderes kennenzulernen, nahmen sie das Pendlerdasein in

Kauf. Die mittlere Generation hingegen musste oft ihr Netzwerk stark verändern. Das Pendeln führte zu erheblichen Einschränkungen der Freizeit und beeinträchtigte soziale und familiäre Beziehungen.

Echte Chancen boten sich den meisten in Ostdeutschland lebenden Menschen erst in den späteren Jahren.

Anja Treichel und Ruth Wunnicke

-
- 1 Mau, Steffen: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin 2019, S. 169.
 - 2 Hofmann, Michael: Wandel sozialer Milieus in Deutschland, Rede bei der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (2009), https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=ca4a4614-cbd1-caf8-34c8-c37403d01e86&groupId=252038 [29.11.2021].
 - 3 Mau, S. 170.
 - 4 Martens, Bernd: Der lange Schatten der Wende. Karrieren ostdeutscher Wirtschaftseliten. In: Historical Social Research 30 (2), S. 206–230; Mau, S. 170 f.
 - 5 Presseinformation Deutscher Handwerkskammertag Oktober 2009: 20 Jahre Einheit: eine Erfolgsgeschichte für das deutsche Handwerk. <file:///C:/Users/Ruth%20Wunnicke/Downloads/Erfolgsgeschichte%20f%C3%BCr%20das%20Handwerk.pdf> [01.12.2021]
 - 6 Bis heute sind Ostdeutsche in Elite-Positionen noch immer unterrepräsentiert. Das belegt u.a. eine aktuelle ARD-Dokumentation „Der lange Weg nach oben - Wie es Ostdeutsche in die Elite schaffen“.
 - 7 Diewald, Martin; Solga, Heike: Ordnung im Umbruch? Strukturwandel, berufliche Mobilität und Stabilität im Transformationsprozess. In: Lars Clausen (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Frankfurt am Main 1996, S. 194.
 - 8 Neef, Rainer; Schäfer Uta: Zusammenleben und Auseinanderleben. Veränderungen sozialer Lagen und Beziehungen in Ostdeutschland. In: Häußermann, Hartmut; Neef, Rainer (Hrsg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Berlin 1996, S. 49–86.

Veränderung der eigenen Rollen ab 1990

Dass sich soziale Rollen im Laufe eines Lebens ändern, ist normal. Niemand von uns hat genau die gesellschaftliche oder familiäre Position wie zu Beginn seines Lebens. Neben den lebensbedingten Rollenveränderungen bringen aber auch ein gesellschaftlicher Transformationsprozess, wie er durch die Friedliche Revolution von 1989 angestoßen wurde, Veränderungen sozialer Rollen mit sich. Uta Leichsenring bringt es treffend zum Ausdruck, wenn sie im Interview davon spricht, dass die Jugendzeit immer eine „Orientierungsphase“ sei. Und dann feststellt:

„In den 1990er Jahren war es so: Es mussten sich nicht nur die Jugendlichen neu orientieren, die Eltern mussten sich auch neu orientieren.“ (Leichsenring)

Wir haben unsere Interviewpartner*innen nach diesen Neuorientierungen und Rollenveränderungen gefragt und sind dabei auf unterschiedliche Phänomene gestoßen.

Familie, Beruf und Öffentlichkeit

Uta Leichsenring sprach zunächst über ihre familiären Rollen in den 1990er Jahren. Sie hatte 1990 zwei Söhne, elf und 21 Jahre alt, außerdem ein Enkelkind, war also Mutter und Oma zugleich. Außerdem übte sie kurz hintereinander sehr unterschiedliche berufliche Tätigkeiten aus, die jedes Mal mit einer neuen Rolle verbunden waren. 1990 kündigte die Ökonomin für Organisation und Datenverarbeitung ihre Arbeit in einem Ingenieurbüro und wurde für ein Jahr Leiterin der Potsdamer Außenstelle der künftigen Stasiunterlagenbehörde unter Joachim Gauck. Dazu kam sie, weil sie sich in der Bürgerkommission zur Auflösung der Staatssicherheit engagiert hatte.¹

Mit der Entscheidung, im Juli 1991 Polizeipräsidentin in Eberswalde zu werden, nahm sie die Rolle als Chefin an der Spitze einer großen Behörde an, die vollständig umstrukturiert werden musste. Entsprechend wenig Zeit hatte sie für ihre familiären Rollen, ihr Mann übernahm nun viel Verantwortung für den jüngsten Sohn. Völlig neu für sie in ihrer Rolle als Behördenleiterin war die öffentliche Aufmerksamkeit für ihr Amt und auch für ihre Person. Sie sei *„kein Mensch, der unbedingt nach Öffentlichkeit strebt“*, sagt sie. Deshalb sei *„diese öffentliche Rolle“* für sie *„nicht so ganz einfach“* gewesen (Leichsenring).

Das Selbstbewusstsein der Übersetzer*innen

Ganz anders stellte sich 1990 die Situation für Vũ Thị Hoàng Hà dar: Wie fast alle Vertragsarbeiter*innen, die in der DDR arbeiteten,² erhielt sie im Juni 1990 die Kündigung. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete sie *„als Dolmetscherin für eine Gruppe von vietnamesischen Vertragsarbeitenden, so 140 Personen“* (Vũ Thị Hoàng Hà). Wie die meisten vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen hatte sie zunächst die Absicht, Deutschland zu verlassen und nach Vietnam zurückzukehren. Dann aber bekam sie eine über das Arbeitsamt finanzierte ABM-Stelle. Und sie lernte andere vietnamesische Übersetzer*innen kennen, die sich in Magdeburg trafen und gemeinsam feststellten: *„Wir können die Sprache sprechen, die Behörden kontaktieren und so zu unseren Leuten sprechen.“* Aus diesem Selbstbewusstsein heraus und dem Wunsch, etwas zum Positiven zu verändern, beteiligte sich Vũ Thị Hoàng Hà 1992 an der Gründung des Deutsch-Vietnamesischen Freundschaftsvereins Magdeburg. (Vũ Hà). Im Rückblick hat sich für sie selbst und ihre Rolle in Deutschland dadurch viel verändert: *„Diese Gründung war für die vietnamesische Community in Magdeburg ein großer Meilenstein, zum ersten Mal haben wir eine offizielle Anlaufstelle geschaffen.“*

Rollenkonflikte in der Jugend

Eine weitere Interviewpartnerin mit vietnamesischen Wurzeln, Phương Thúy Nguyễn, berichtet von ihren Rollenkonflikten und widersprüchlichen Gefühlen als Heranwachsende. Sie wurde 1991 in der Nähe von Zwickau geboren, Mutter und Vater waren Vertragsarbeitende in der DDR. Ihre Eltern nahmen sie als Kind mit Blick auf die Mehrheitsgesellschaft einerseits als *„ohnmächtig“* wahr, *„weil sie die Sprache nicht so gut sprechen, nicht in Deutschland sozialisiert worden sind und die Strukturen nicht kennen“*. Aber gleichzeitig hätten sie *„so krass gekämpft und gearbeitet, sich etwas aufgebaut, uns und ihre Familien in Vietnam versorgt“*, sagt Phương Thúy Nguyễn. *„Sie haben eigentlich alles geschafft.“* Deshalb seien sie auch *„Vorbilder und Autorität“*. Als Jugendliche sollte die Tochter auf der einen Seite *„bestimmte Rollen erfüllen, nicht widersprechen oder [s]ich auflehnen“*. Auf der anderen Seite musste sie nach außen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft *„Verantwortliche, Selbständige, Ansprechpartnerin“* sein und die eigenen Eltern vertreten. Dieser Spagat zwischen ihrer Rolle innerhalb und außerhalb der vietnamesischen Community sorgte bei ihr für *„Widersprüchlichkeiten und Verwirrtheit“*. Als Kind und Jugendliche habe sie daher die Bereicherung durch die Community *„noch nicht so wertgeschätzt“*, sagt Phương Thúy Nguyễn, sondern wollte *„deutsch sein“*. Rückblickend sei ihr aber *„dieses sehr innige, enge und intime Gefühl der vietnamesischen Community“* sehr

wichtig. Sie empfinde diese Zugehörigkeit als „*bereichernd und sehr prägend*“ und habe in der Community „Zusammenhalt und Solidarität“ gelernt. Das sei sehr wichtig für das, was sie „*heute mache*“ und wie sie sich „*politisch oder gesellschaftlich engagiere*“. (Phuong Thúy Nguyễn) Heute ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hochschule Mittweida im Projekt „30 Jahre Deutsche Einheit: Migrantische Perspektiven auf den Wiedervereinigungsprozess in Ostdeutschland“³.

Dennis Riffel

-
- 1 Vgl. R., Henri: Uta Leichsenring – Demokratie in Ostdeutschland nach 1989 etablieren, [online] <https://www.demokratiegeschichten.de/uta-leichsenring-demokratie-in-ostdeutschland-nach-1989-etablieren> [18.12.2021].
 - 2 Vgl. Weiss, Karin: Zwischen Rückkehr in die Heimatländer und Existenzsicherung vor Ort. Die Situation vietnamesischer Vertragsarbeiter 1989/90. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier Migrantische Perspektiven auf die Deutsche Einheit, [online] <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/migrantische-perspektiven/325194/die-situation-vietnamesischer-vertragsarbeiter-1989-90> [18.12.2022].
 - 3 www.hs-mittweida.de/webs/30jahre-migrantisch-ostdeutsch/ [18.12.2022].

Kinder und Jugendliche in der Transformation (1990er Jahre)

Kinder und Jugendliche orientieren sich an ihren Eltern; geht es den Eltern gut, fühlen sie sich geborgen. Geht es den Eltern nicht gut, werden sie unruhig und verlieren den inneren Kompass. Eltern gelten den Kindern als Vorbilder – viel mehr, als es manchmal den Anschein hat. Die Eltern sind es, die Kinder und Jugendliche in die Welt der Erwachsenen einführen, die ihnen erklären, wie die Dinge laufen, und an denen sich Jugendliche in der Ablösungsphase reiben.

Können Eltern diese Rolle aus verschiedenen Gründen nicht ausüben, treten manchmal sekundäre Bezugspersonen an deren Stelle, wie zum Beispiel Lehrer*innen. Sind auch diese nicht verfügbar oder in einer ähnlichen Situation wie die Eltern, werden Kinder sich selbst überlassen. Der Soziologe Bernd Lindner¹ nennt die nach 1975 in der DDR Geborenen die „Generation der Unberatenen“. Für viele von ihnen fielen die Erziehungsautoritäten in den Jahren nach 1989 weitgehend aus. Viele Eltern waren von den Veränderungen in ihren eigenen Biografien in Anspruch genommen und konnten ihren Kindern keine Ratschläge für die Zukunft geben, weil sie dafür nicht aus eigener Erfahrung schöpfen konnten, ebenso die Lehrer*innen. Als besonderes Kennzeichen der Vertreter*innen dieser Generation wird angesehen, dass sie sich weitgehend selbst erarbeiten mussten, wie es für sie weitergeht und welchen Lebensweg sie einschlagen.

Radikalisierung oder Leistungsdruck und hohe Verantwortung – wenn Eltern keinen Halt geben

Biografische Einschnitte der Eltern wirken sich auf das Verhältnis zwischen den Generationen aus. Der Umgang der Eltern mit Krisen, Umbrüchen, Chancen und plötzlich auftretenden Herausforderungen prägt auch die Bereitschaft oder eben Ablehnung von Kindern gegenüber Veränderungen.

Der Roman „Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration“ von Sabine Rennefanz legt literarisch Zeugnis darüber ab, wie ein Teil der ostdeutschen Jugendlichen ohne Migrationsgeschichte die Transformation erlebte. Sie beschreibt, wie einige ihrer Altersgenoss*innen eine besonders ausgeprägte Rigidität in Lebensweise und Ansichten entwickelten sowie mangelnde Ambiguitätstoleranz als Folge von Orientierungslosigkeit und Überforderung.²

Frau Hà beschreibt im Interview, wie ums Überleben kämpfende vietnamesische Eltern nicht mehr in der Lage waren, ihre Kinder adäquat zu betreuen. Sie wundert

sich, wie „brav“ und angepasst diese Kinder waren, anders als ihre Altersgenoss*innen ohne Migrationshintergrund, und wie sie täglich stundenlang allein zu Hause waren, ohne wilde Partys mit Freund*innen zu feiern; sie organisierten sogar zuweilen den Haushalt. Im Grunde beschreibt Frau Hà statt einem altersgerechten Verhalten der Kinder und Jugendlichen ein zu frühes Erwachsenwerden von Kindern, die eine quasi-elterliche Verantwortung für ihre eigenen Eltern übernahmen. Die Eltern waren neben ihrer Knochenarbeit von Ausweisung bedroht und von entfesseltem Rassismus betroffen. Gleichzeitig wussten sie, dass eine gute Bildung ihrer Kinder der einzige Weg sein würde, damit es diesen einmal besser geht. Die Kinder waren ihnen durch den Schulbesuch oft im Deutschen und dem Verständnis ihrer Umgebung weit voraus, und so fiel diesen die Aufgabe zu, ihre Eltern etwa zu Ämtern und Ärzt*innen begleiten zu müssen. Thúy Nguyễn, die zu dieser zweiten Generation vietnamesischer Einwander*innen in Ostdeutschland gehört, reflektiert die riesige Verantwortung und den Druck, der auf dieser Generation lastete: für die Familie und die Eltern als Mittler fungieren und gleichzeitig beste Leistungen bringen zu müssen, um es einmal besser zu haben.

Herausforderungen und Chancen der Generation 1975

Herausforderungen

Jugendliche und vor allem jugendliche Migrant*innen waren in der Transformationsphase weitgehend auf sich allein gestellt; viele erhielten weder von Eltern noch von Pädagog*innen, Beratungsstellen usw. Unterstützung und Stärkung. Die migrantisches Jugendlichen lebten darüber hinaus in ständiger Bedrohung und Angst. Viele von ihnen – mehr noch als die Einheimischen ihrer Generation – verließen Ostdeutschland, sobald sie konnten, nach Abschluss der Schule. Die meisten davon haben die Zeit der Transformation in der denkbar schlechtesten Erinnerung. Dennoch erleben viele Black and People of Color (BPoC), die weggezogen sind, ihre ostdeutschen Wurzeln inzwischen auch als positiven Bezug. Zugleich erleben sie Diskriminierung und Stigmatisierung bis heute in doppelter Hinsicht, als Ostdeutsche und als BPoC.

Chancen

Situationen, in denen Eltern überfordert und mit sich selbst beschäftigt sind, bieten aber auch Chancen für Kinder. Diese werden früh selbstständig und in die Lage versetzt, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, für sich einzustehen. Die migrantisches Jugendlichen haben aus der individualisierten Hoffnungslosigkeit heraus Schritt für Schritt ein Netzwerk aufgebaut, von dem sie heute profitieren und das ihnen Halt und gegenseitige Solidarität gibt.

Herausforderungen und Chancen im Überblick

Die Herausforderungen und Chancen der Umbruchsituation betrafen so gut wie alle ostdeutschen Jugendlichen. Dazu gehörten häufig:

- Desorientierung, wenn Eltern eigene Sorgen hatten oder das neue System nicht verstanden
- Wegfall der Eltern als role models
- fehlende Begleitung und Unterstützung in Zukunftsfragen
- daraus resultierend: Schwierigkeiten bei der Entscheidung für Ausbildung und Studium, Perspektivlosigkeit
- teilweise Schwierigkeiten mit der ostdeutschen Identität bis hin zur Verleugnung
- + Freiheiten und Möglichkeiten, sich neu zu erfinden und eigene Wege zu gehen
- + Überkompensation durch Leistung und Streben nach Unabhängigkeit von der Familie
- + Schaffung einer positiv besetzten ostdeutschen Identität

Im Falle migrantischer Jugendlicher kamen weitere Faktoren hinzu:

- Gefahr, Deutschland verlassen zu müssen, ungewisse Zukunft
- Angst, in ein unbekanntes Land „zurück“ zu müssen, dessen Sprache die Generation nur mündlich beherrschte
- Übernahme von Verantwortung für die Familie, „Sprachrohr“ der Familie, teilweise der gesamten Community nach außen
- Erleben rassistischer Übergriffe, Angst davor bis Todesangst, Diskriminierungserfahrungen
- fehlende Unterstützung und Thematisierung in einem rassistischen Normalzustand
- hoher Leistungsdruck mit dem Ziel des gesellschaftlichen Aufstiegs
- Entfremdungstendenzen gegenüber der Elterngeneration
- + Community erlangt als einziger geschützter Raum große Bedeutung
- + gegenseitiger solidarischer Austausch und Schaffung von Netzwerken

Anja Treichel

-
- 1 Lindner, Bernd: Die Generation der Unberatenen. Zur Generationenfolge in der DDR und ihren strukturellen Konsequenzen für die Nachwendezeit. In: Annegret Schüle, Thomas Ahbe, Rainer Gries (Hrsg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur. Leipzig 2006, S. 93–112.
 - 2 Rennefanz, Sabine: Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration. München 2013.

Nationalismus im Osten Deutschlands in den 1990er Jahren

Internationale Solidarität statt Nationalismus? Ein Mythos

Zu den vielen Mythen, die in der DDR gepflegt wurden, gehört auch die Behauptung, Nationalismus sei in der Bevölkerung überwunden gewesen. Die internationale Solidarität wurde hochgehalten, Nationalismus wurde als typische Begleiterscheinung des Kleinbürgertums gesehen, das es nach offizieller Lesart nicht mehr gab. Durch die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln glaubte man, Nationalismus im Sinne der Höherwertigkeit der „eigenen“ Nation anderen gegenüber sei automatisch überwunden.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

In Teilen der Bevölkerung hielt sich allerdings nationalistisches Gedankengut über 40 Jahre lang ungebrochen. Nicht nur im Hinblick auf Hautfarbe, Sprache und Herkunft war die DDR ein Land, in dem die Bevölkerung sehr homogen war. Homogenität war in jeder Hinsicht Norm, Abweichungen wurden geahndet; natürlich machte dieses Denken nicht vor Menschen Halt, die in einem anderen Land geboren waren. Bei vielen Menschen war der Gedanke tief verankert, dass sie durch die Teilung Deutschlands und das Leben in der DDR nicht nur weniger materiellen Wohlstand genießen durften, sondern auch aus einer als natürlich empfundenen nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen zu sein. Über Probleme und Schwierigkeiten zu sprechen, um sie zu überwinden, war nicht die Politik des SED-Regimes. In der Diktatur wurden Themen und Probleme, die offiziell nicht zur Propaganda und zum antifaschistischen Selbstverständnis des Staates passten, häufig verschwiegen, da nicht sein konnte, was nicht sein durfte.

Abgrenzung als Normalfall

In einigen Interviews und in Zeitzeug*innenberichten, deren Zahl stetig wächst und die das Bild vom Leben der Migrant*innen in der DDR nach und nach vervollständigen, wird deutlich, dass ein Teil der weißen Mehrheitsbevölkerung bereits zu DDR-Zeiten Migrant*innen ablehnte und deren innere Haltung – wenn oft auch unbewusst – nationalistisch/rassistisch war. Eine Vielzahl unzutreffender Vorurteile und Gerüchte kursierten, Übergriffe durch Neonazis wurden in den späten 1980er Jahren häufiger. Der Historiker Harry Waibel¹ hat sich dem Thema in seinem Buch „Rechtsextremismus in der DDR bis 1989“ gewidmet.

Von „Wir sind das Volk!“ zu „Wir sind ein Volk!“

Mit der „Wende“ wurden die anfänglichen Rufe der Bürgerrechtsbewegung nach Demokratie und Meinungsfreiheit schnell durch Forderungen nach einer Wiedervereinigung ersetzt – meist aus Kreisen, die in der Bürgerbewegung keine Rolle gespielt hatten. Sinnbildlich hierfür steht die Veränderung der auf den legendären Montagsdemos skandierten Parole „Wir sind das Volk!“ hin zu „Wir sind ein Volk!“. Je mehr sich manchen Bevölkerungsgruppen nach anfänglicher blinder Euphorie die negativen Seiten des neuen Systems erschlossen, umso mehr suchten sie nach Sündenböcken; nach Menschen, die sie ausgrenzen konnten. Uta Leichsenring: *„Abgrenzung gab es schon in der DDR. Trotz der staatlich verordneten Solidarität. Das war übrigens eine meiner ersten und sehr wesentlichen Erkenntnisse: dass von dieser Solidarität, von der ich aber annahm, dass ein bisschen was hängengeblieben ist, auch wenn sie staatlich verordnet war, letztendlich sehr wenig hängenblieb. Beim großen Teil der Bevölkerung ist nichts hängengeblieben.“* Aus dem Nationalismus gewisser Kreise wurde Rechtsextremismus und auch -terrorismus, der mitunter in einigen Gegenden, die als sogenannte „national befreite Zonen“ galten, die bestimmende Weltsicht einer ganzen Generation wurde. Die Bekämpfung dieser rechtsradikalen Phänomene wurde jahrzehntelang verschleppt und wird bis heute halbherzig angegangen. Die Parteien, die seit den 1990er Jahren Landtagswahlen im Osten gewannen, verschlossen die Augen. So war Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf noch im Jahr 2000 der Meinung, die Sachsen seien immun gegen Rechtsextremismus. Viele Medien thematisierten die biografischen Hintergründe rechter Täter, statt sich den Opfern und deren Perspektive zuzuwenden.

Wer nicht zur „Gemeinschaft“ gehörte, lebte in Angst

Migrant*innen und anderen Menschen, die nicht ins homogene Bild passten, wurde nach 1990 häufig unterstellt, sie würden „den Deutschen“ etwas wegnehmen, seien es „unsere“ Arbeitsplätze oder „unsere“ Frauen. Auch Menschen, die zur DDR-Gesellschaft gehört hatten, wurden plötzlich migrantisiert und stärker ausgegrenzt denn je. Das Recht auf ein gleichgestelltes Leben, ja grundlegende Menschenrechte wurde ihnen abgesprochen. Die Unterteilung von Menschen in „wir“ und „die anderen“ anhand äußerer Merkmale und die daraus folgende Verweigerung grundlegender Rechte zeigen, dass in bestimmten Kreisen der vorherrschende Nationenbegriff dem des Nationalsozialismus näher war als jeder modernen Vorstellung von einer Nation.

Der Nationalismus, der zur Wiedervereinigung in Ostdeutschland entstand, wurde – nicht nur im Ausland – als eine Art entfesselter Taumel wahrgenommen, als ein entgrenzter Rausch, der jenen, die sich nicht zugehörig fühlen durften, Angst machte. *„Mit dem nationalen Taumel ging ein alltäglicher sowie struktureller Rassismus EINHER [Vorhebung im Original, Anm. d. V.], den all jene zu spüren bekamen, die nicht zur nationalen Gemeinschaft gezählt oder plötzlich aus ihr aussortiert wurden [...] Aus dem hegemonialen Narrativ zur deutschen Wende wurden diese Stimmen jedoch bis heute vehement rausgehalten, auch wenn dieses Narrativ mittlerweile von vielen Seiten hinterfragt wird.“*²

Anja Treichel

1 Waibel, Harry: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989. Köln 1996.

2 Perinelli, Massimo; Lierke, Lydia: Intro zum Sammelband „Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive“, 2020, [online] https://www.rosalux.de/fileadmin/images/Dossiers/Migration/Erinnern-stoeren/00_Intro_3.pdf [18.12.2021].

Baseballschlägerjahre: Rassismus in den 1990ern

Die Nacht der deutschen Wiedervereinigung vom 2. zum 3. Oktober 1990 beginnt nichts Gutes verheißend. Über 30 rechte, teils pogromartige Ausschreitungen in Deutschland, vor allem in den Gebieten der ehemaligen DDR, zählt das Online-Projekt „zweiteroktober90“. Darunter massive rassistische Gewalt: In Magdeburg randalieren über 70 Neonazis in der Innenstadt und greifen später im Stadtteil Olvenstedt ein Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen an. In Eisenach attackieren bis zu 100 thüringische und hessische Neonazis und Anwohner*innen das Wohnheim der mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen. In Guben passiert das Gleiche mit rund 80 Rechtsradikalen. In Hoyerswerda mit 50 und so weiter.

Die rassistische Gewalt, die sich spätestens hier offenbart, begleitet die frisch wiedervereinigte Bundesrepublik in den folgenden Jahren und wird knapp 30 Jahre später als „Baseballschlägerjahre“ in die Geschichte eingehen. 1990 sind Rassismus und rechte Gewalt kein neues Phänomen, sie sind Teil der deutschen Geschichte seit der Kolonialzeit, erlebten einen fatalen Höhepunkt im Nationalsozialismus und sind nie aus der Republik verschwunden – weder in Ost noch in West. Auch in der DDR, die sich selbst als antifaschistischen und antirassistischen Staat bezeichnete, begleiteten Alltags- und institutioneller Rassismus sowie rassistische Gewalt das Leben von Migrant*innen und nicht-weißen DDR-Bürger*innen. Doch mit dem Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung durchzieht die Gebiete der ehemaligen DDR eine Welle massiver rassistischer Gewalt, gemischt mit aufflammendem deutschem Nationalismus.

„Seit ich ab 1991 in Eberswalde arbeitete, war ich mit dem Thema konfrontiert. In Eberswalde stand das Thema Nationalismus in Zusammenhang mit den ehemaligen Vertragsarbeitern, die dort wohnten. Das Thema wurde massiver, als die ersten, damals nannten wir sie Asylbewerber, auf die neuen Bundesländer mit verteilt wurden. Es gab ja einen bundesweiten Verteilungsschlüssel. Die Kreise mussten Asylbewerberheime einrichten. Und dann habe ich den Nationalismus sehr direkt und konfrontativ erlebt.“ Uta Leichsenring

Rassismus äußert sich in vielen Formen

Rassismus äußert sich dabei in vielen Formen und steht in enger Verbindung zu einer Hegemonie von Rechten im öffentlichen Raum, dem mangelnden Eingreifen

der Sicherheitsbehörden und stark verbreiteten rassistischen Ressentiments in der Bevölkerung. Die Öffentlichkeit der Straßen, Städte und Dörfer wird in den Erzählungen von Betroffenen mehrheitlich als Raum der Angst beschrieben. Hier erleben viele täglich Beleidigungen, werden angespuckt oder auch tätlich angegriffen – und das zumeist ohne Schutz durch Passant*innen oder Polizei.

„Und in Magdeburg haben wir offene Beschimpfungen, Beleidigungen und auch tätliche Angriffe erlebt, besonders am Abend in Magdeburg-Olvenstedt. Da wurden die vietnamesischen Menschen und alle, die irgendwie anders aussahen, geschlagen. Das haben wir mitbekommen und wir haben Angst gehabt, richtige Todesangst.“
Vũ Thị Hoàng Hà

Rassismus findet sich aber ebenso in staatlichen Einrichtungen und Behörden wieder und gehört untrennbar zur Geschichte der wiedervereinigten BRD. Im Wahlkampf vor der Bundestagswahl im Dezember 1990 reagiert die CDU/CSU mit der sogenannten „Asylfrage“ auf die bereits einsetzende Frustration und Aggression der DDR-Bürger*innen aufgrund der beginnenden Massenarbeitslosigkeit der frühen 1990er. Ähnlich wie in der medialen und politischen Rhetorik der 1980er in der alten Bundesrepublik drängt die Partei unter Helmut Kohl auf eine Einschränkung der Aufnahmezahlen und der Konditionen allgemein für Asylsuchende. Mit rassistischen Bildern von reichen „Asylschwindlern“ und „schmarotzenden“ Ausländer*innen suggeriert man, dass das eigentliche Problem Asylsuchende, aber auch hiesige Migrant*innen seien sowie alle, die man als solche betrachtet. Dass es vor allem Arbeitsmigrant*innen sind, die mit dem Fall der Mauer zuerst ihre Arbeitsplätze und damit verbunden auch häufig ihren Wohnraum verlieren, spielt dabei keine Rolle.

„Als die Wende kam, bekamen fast alle Vertragsarbeitenden eine Kündigung vom Betrieb. Zuerst wir, nicht die deutschen Kolleginnen. In meinem Betrieb bekamen wir im Juni 1990 alle eine Kündigung. Dann kam die Nachricht, wer bleiben will, könne bis zum Ende des vorgesehenen Vertrages bleiben. Also bei unserer Gruppe bis 1992. Dann ist Ende. Wer bleiben will, kann bleiben, aber muss sich selber um Wohnung und Arbeit kümmern.“ Vũ Thị Hoàng Hà

Aber auch eine Anstellung oder Wohnung zu finden ist durch institutionellen Rassismus erschwert. Gerade an diesem Punkt werden klassistische Unterschiede deutlich. Ehemalige Arbeitsmigrant*innen, vor allem wenn sie die deutsche Sprache nicht oder nur wenig beherrschen oder ihre Bildungsabschlüsse nicht anerkannt werden, berichten von institutioneller Willkür und Abwertungen. Internationale Studierende haben aufgrund ihres Status und ihrer Kontakte häufig bessere Chancen.

„(...) es gab auch Menschen, die waren die Mehrheit, die weiterhin solidarisch geblieben waren und die auch unterstützt hatten. So dass ich meine Promotion zu Ende bringen konnte durch den anderen Dozenten, die meine Gastvorträge gemocht haben.“

Moussa Dansokho

Die rassistische Hetze hinter der Arbeitslosenfrage geht aber noch weiter. In den frühen 1990ern stößt sie auf das Chaos der Transformation und chauvinistische bis rassistische Einstellungen aus der DDR-Zeit. Das verbindet sich im Osten zu einer explosiven Mischung, die sich auf ihrem Höhepunkt 1992 im Pogrom von Rostock-Lichtenhagen Bahn bricht. Hunderte Rechtsradikale, zum Teil aus der ganzen Republik, verüben im Einvernehmen von bis zu 3.000 applaudierenden Schaulustigen über fünf Tage die wahrscheinlich massivsten rassistischen Angriffe in Deutschland seit 1945. Die Bilanz spricht eine deutliche Sprache: Im Zuge des Pogroms greift die Polizei zu wenig ein und entzieht sich zum Teil völlig. Die angegriffenen Migrant*innen werden nicht geschützt, sondern aus der Stadt gebracht. Viele werden abgeschoben – als seien sie der Aggressor. Die Täter*innen werden strafrechtlich kaum belangt. Die wenigen, die sich solidarisch zeigten, hingegen größtenteils verhaftet. Der Umgang seitens der Behörden sowie die politischen und medialen Debatten im Nachgang der Ereignisse senden ein fatales Signal: Das Problem sei nicht die rassistische Gewalt in Deutschland, das Problem seien die sogenannten und tatsächlichen Ausländer. Entledige man sich ihrer, entledige man sich aller aktuellen Probleme. Im Anschluss schießen die rassistischen Übergriffe im Osten in die Höhe. Und auf politischer Ebene setzt sich die rassistische Gewalt der Straße in Gesetzen wie etwa dem „Asylkompromiss“ durch.

„Zu diesem Zeitpunkt war es sehr, wirklich sehr schlimm mit dem Rassismus. 1990 bis 1992 war eine schlimme Zeit. Jeden Tag kamen im Fernsehen diese Bilder, der ‚Höhepunkt‘ war Rostock-Lichtenhagen.“ Vũ Thị Hoàng Hà

Hilfe in eigenen Communities

Fast die einzige Hilfe bieten Betroffenen oft die eigenen Communities, eine wichtige Ressource der Gemeinschaft und Unterstützung, auf die aber nur manche Betroffene von Rassismus zurückgreifen können.

„Für uns war das sehr klar. Kurz nach der Wende, Ende September/Oktober 1990, wurde in Olvenstedt ein Wohnheim von Vietnamesen von rechten Glatzköpfen umzingelt. Wir haben uns damals schon untereinander informiert: Vorsicht vor

Menschen mit Glatzköpfen, Schuhen mit braunen Schnürsenkeln oder Bomberjacken. Wir haben eine Warnung in der Community verbreitet. Das war ja genau zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung!“ Vũ Thị Hoàng Hà

Katharina Warda

„zweiteroktober90“ ist eine Online-Dokumentation neonazistischer Angriffe, die am 2. oder 3. Oktober 1990 stattgefunden haben. [online] <https://zweiteroktober90.de/angriffe/>

„Baseballschlägerjahre“. Eine sechsteilige Dokumentation von ZEITONLINE und rbb, 2020. [online] www.rbb-online.de/doku/b/baseballschlaegerjahre.html

Poutrus, Patrice: Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019.

Erfahrungen mit neuen Behörden und Verwaltungseinrichtungen in den 1990er Jahren

Hoffnungen auf ein neues System auf Augenhöhe

In der großen Hoffnung, dass das bundesdeutsche System flexibler und bürgerfreundlicher sei als das DDR-System und die Verwaltung weniger bürokratisch, gingen viele Menschen im Osten Deutschlands erst einmal mit Optimismus daran, die neuen Behörden zu testen und zu verstehen. Schnell stellten sie fest, dass es bestimmte Rechte gab und die Menschen nicht mehr einer kompletten Willkür ausgesetzt waren wie in der DDR, wenn man beispielsweise eine Westreise beantragte, sich in der Öffentlichkeit gegen den Staat äußerte oder sich anders von der „Norm“ abweichend verhielt. Hatte man nach dem bundesdeutschen Gesetz das Recht auf eine bestimmte Sache, so konnte man dies meist durchsetzen – wenn man Zugang zu dem benötigten Wissen oder entsprechenden Netzwerken hatte, einen langen Atem oder genügend Geld im Falle eines Rechtsstreits.

Die Realität – das Ringen mit den „Besser-Wessis“

In den 1990er Jahren hatten viele Ostdeutsche Schwierigkeiten, den bayrischen oder schwäbischen Dialekt der neuen Richter*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen oder anderen Personen, die in die neuen Bundesländer kamen, zu verstehen. Von den Ostdeutschen wurde häufig erwartet, auch schwere Dialekte zu verstehen. Sprachen sie allerdings Sächsisch, machten sich aus dem Westen zugewanderte Mitarbeiter*innen nicht selten lustig. Einige taten sogar so, als verstünden sie den Dialekt nicht. Zu oft wurde ohne vorherige Reflexion über Ostdeutsche geurteilt,¹ weil sie etwa (verwaltungs-)rechtliche Zusammenhänge nicht verstanden, die sie ohne das Wissen um die Abläufe gar nicht wissen konnten. Reaktionen und der Versuch, sich gegen die offensichtliche oder vermeintliche Bevormundung Westdeutscher zu wehren, hatten zahlreiche „Wessi-Witze“ zur Folge. In Familienkreisen wurden beispielsweise Geschichten über den West-Chef kolportiert, wie wenig dieser die Verhältnisse vor Ort verstehe und wie sehr er dennoch glaube, immer im Recht zu sein. Die Menschen konnten die komplizierten (west-)deutschen Verwaltungsabläufe und -logiken nur langsam und schrittweise erfassen. Vielen war unverständlich, warum diejenigen, die im Osten die Verwaltung aufbauten, eine finanzielle Zulage (die informell auch noch rassistisch „Buschzulage“ genannt wurde) erhielten – profitierten sie doch von vielen Vorteilen, etwa den damals extrem geringen Immo-

bilienpreisen. Einige Westdeutsche kauften günstig Immobilien auf, die sich Ostdeutsche nicht leisten konnten. Vermögen anzusparen oder zu erben war in der DDR kaum möglich gewesen. Vù Hå fühlte sich in dieser Zeit als Ostdeutsche:

„... besonders in den 1990er Jahren, als die meisten Leitungsebenen hier von Westleuten besetzt waren, haben meine deutschen Kolleginnen mich immer als Verbündete angesehen. Sie haben mir erzählt, mein Wessi-Chef so und so und so, und wir haben uns damals immer als Ostdeutsche gefühlt.“

Wie lernt man ein neues System?

Dennoch wurde kein Vorstoß unternommen, den Ostdeutschen, die ihre Schulbildung bereits in der DDR beendet hatten, die Prinzipien und Verfahren des neuen Systems gezielt beizubringen. Politische Bildung auch in Form von Systemwissen oder Wissen über den Staats- und Gesellschaftsaufbau der Bundesrepublik wurde nicht gewährt, vermutlich in der Annahme, dieses Wissen stelle sich allmählich von selbst ein. Die Ostdeutschen mussten einfach ins kalte Wasser springen und hoffen, dass alles so funktionierte, wie sie es sich vorstellten. Dabei wurden sehr viele Fehler gemacht, weil nur wenige im Umfeld wussten, wie eine Sache richtig funktionierte. Diese Fehler passierten in vielen Bereichen: bei der Auswahl von Lehrberufen und Studienfächern, bei den Versuchen, ehemalige volkseigene Betriebe zu privatisieren oder als Genossenschaften weiterzuführen, beim Abschluss von Verträgen über Geldanlagen oder Versicherungen und vielem mehr. Hätte man damals gewusst, wie viel Aufklärung und Schulung tatsächlich nötig gewesen wäre, dann hätten sich einige Biografien eventuell anders entwickelt und wäre die Akzeptanz des Systems mit all seinen Stärken und Schwächen bei vielen heute vielleicht größer.

Sozialintegration passiert nicht automatisch

In den DeZIM Research Notes des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung² wird die Frage der Integration von Migrant*innen mit der der Integration der Ostdeutschen verglichen: *„Heute wird der Integrationsbegriff vor allem mit dem Thema Migration verknüpft. Übersehen wird dabei, dass der Begriff der Integration bereits in der zeitgenössischen Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung zentral war. Damals schon wurde die Frage gestellt, ob der Systemintegration eine Sozialintegration folgen werde ... Die Systemintegration erfolgte, indem die westdeutsche Institutionenordnung nach Ostdeutschland übertragen wurde. Entsprechend erwarteten viele, analog zur Diskussion über Einwanderer*innen, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung an die in Westdeutschland vorherrschenden Handlungs- und*

Einstellungsmuster anpassen würde.“ Bis auf den Umstand, dass nicht klar ist, wo sich in diesen Analysen die Ostdeutschen mit Migrationsgeschichte wiederfinden, sprechen sie eine deutliche Sprache und geben die Erfahrungen der Menschen in den 1990er Jahren sehr gut wieder. Die automatische Sozialintegration der Menschen wurde nicht nur vorausgesetzt, sondern auch als Bringschuld der Ostdeutschen angesehen, aus Dankbarkeit für die Möglichkeit, Teil der Bundesrepublik werden zu dürfen. Dies widersprach dem Selbstverständnis einer Demokratiebewegung, deren Aufbegehren gegen das Fehlen von Augenhöhe in der DDR ein wesentlicher Aspekt ihres Kampfes um Anerkennung und Gleichbehandlung gewesen war. Im Selbstverständnis vieler Ostdeutscher hatten sie den Wandel und den politischen Umbruch selbst herbeigeführt. Daher sahen sie sich nicht in der Position, eine Bringschuld leisten zu müssen, sondern erwarteten, dass ihnen das neue System mehr Freiheit bieten würde als das alte. In vielen Fällen erfüllte sich dies nicht sofort – etwa wenn jemand als erstes seinen Arbeitsplatz verlor und sich von vorher ungekannten Existenzängsten bedroht sah. Durch diese Enttäuschung fühlten sich viele als Bürger*innen zweiter Klasse.

Dies beeinflusste in großem Maße die Wahrnehmung der neuen bundesdeutschen Verwaltung als einer westdeutschen Verwaltung, die den Einheimischen übergestülpt wurde und von der sich viele mindestens distanzieren.

Anja Treichel

-
- 1 Wie z. B. in dem 1999 in Berlin erschienen stark umstrittenen Buch „NeuLand. Ganz einfache Geschichten“. Ihre Erfahrungen als Westdeutsche in Ostdeutschland beschrieb die Autorin unter dem Pseudonym Luise Endlich.
 - 2 DeZIM Research Notes #DRN 4/20 vom 7. Oktober 2020, [online] https://dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Eliten/ResearchNotes_04_201030_ansicht.pdf [28.12.2021]

Parteien nach 1990

Zwischen Skepsis und Neugier – Wahrnehmung der „neuen“ Parteienlandschaft im wiedervereinten Deutschland

Die Wiedervereinigung war neben gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Transformationsprozessen vor allem durch politische Veränderungen gekennzeichnet, besonderes für die Menschen aus der ehemaligen DDR. Der neuen Politik und den Parteien wurde mit Misstrauen, aber auch mit Neugier und Hoffnung begegnet, hohe Erwartungen stellten die Bürger*innen jedoch nicht.

Während des Systemumbruchs zeigte sich ein wachsendes politisches Interesse in Ostdeutschland, doch fehlten vielen Bürger*innen die Berührungspunkte mit den Westparteien.

„Man muss aber bedenken, in dieser Anfangszeit wusste niemand, was auf uns alle zukommt; weder von Seiten der Behörden, noch von Seiten der Parteien. Viele waren skeptisch gegenüber den Parteien.“ Uta Leichsenring

Ostdeutsche Werte und Einstellungen fanden sich kaum in den Wahlprogrammen der „neuen“ Parteien und das Gefühl politischer Einflusslosigkeit sowie geringes Vertrauen in die Politik dominierten das Parteienverständnis vieler Ostdeutscher Anfang der 1990er Jahre.

Auf die institutionelle Einheit folgte keine rasche „innere Einheit“. Die Erwartungsdifferenzen zwischen Ost und West führten eher dazu, dass die neue Bundesrepublik durch eine zusätzliche Problemkonstellation belastet wurde. Der Soziologe Heiner Meulemann beschreibt den Prozess der Wiedervereinigung als „asymmetrischen Prozess“, bei dem die bloße Übertragung westdeutscher Sozialverfassung auf die östlichen Bundesländer zum Aufbau einer „inneren Mauer“ führte – was besonders in Ostdeutschland häufig zu Misstrauen gegenüber den „neuen“ Parteien führte oder gar Ablehnung. Schon damals war deutlich, dass ostdeutsche Bürger*innen das Gefühl hatten, nicht so im politischen Fokus zu stehen wie Westdeutsche. Für viele Ostdeutsche war der Transformationsprozess von Identitätskrisen und politischer Neupositionierung geprägt, vom zaghaften Herantasten an das neue System sowie Aushandeln von Wünschen und Bedürfnissen.

„Aber damals hatten Ausländer keine deutsche Staatsbürgerschaft und, seien wir ehrlich, man hat viele andere Dinge im Kopf gehabt, von Unsicherheit mit Arbeit, Studium und so weiter. Deshalb konnte man sich nicht aktiv politisch engagieren oder haben wir zumindest nicht.“ Moussa Dansokho

Migrant*innen berichten ebenfalls – wie in den Interviews deutlich wird – von wenig Interesse an der neuen Parteienlandschaft. Gründe hierfür sind vor allem Sorgen um die Arbeit, das Bleiberecht und die Zukunft in Deutschland. Große Hoffnungen oder Erwartungen an die neuen Parteien hegten sie ebenfalls nicht, persönliche Krisen mussten erst erfolgreich überwunden werden, bevor man sich parteipolitisch engagieren wollte. Neue Verwaltungseinrichtungen, Gesetze und Regelungen sowie der wachsende Integrationsdiskurs erschwerten das Leben der Migrant*innen in Deutschland massiv. Zudem wuchs auch die Angst vor rechtsradikalen und xenophoben Angriffen, die in den 1990er Jahren verstärkt den Alltag belasteten, während die Parteien zu langsam mit Gesetzen zum Schutz dieser Gruppe gegensteuerten.

„Das war nämlich auch noch eine Chance in der DDR, wenn man in die sogenannten Blockparteien gegangen ist, insbesondere in die CDU. Eigentlich resultiert bei mir noch aus dieser Zeit ein ambivalentes Verhältnis zu Parteien.“ Uta Leichsenring

Was blieb von dem Parteiensystem der DDR nach der Wiedervereinigung? Hauptsächlich Misstrauen und eine erschwerte Orientierung in der neuen Parteienlandschaft. Die Interviewten, die schon in der DDR wenig parteipolitisch interessiert waren, änderten ihre Einstellung nach dem Fall der Mauer nicht über Nacht. Der Prozess der Annäherung an die neuen Parteien hielt lange an und ist teilweise heute noch nicht abgeschlossen. Die Vorzüge der neuen Parteien für den einzelnen Menschen kristallisierten sich nicht sofort nach 1989/90 heraus. Im langanhaltenden Transformationsprozess fehlen häufig immer noch Anknüpfungspunkte für Ostdeutsche, sich aktiv parteipolitisch zu engagieren und zu interessieren.

Wichtig ist es, die Skepsis der Menschen ernst zu nehmen und zu verstehen, dass es sich nicht um eine Ablehnung der Parteien handelt, sondern um eine komplexe Aushandlung individueller Identitätspositionierungen. Der Wegfall bekannter Systeme, Werte sowie gesellschafts- und parteipolitischer Ordnungen ist stets mit Teilverlusten von Identität verbunden, die sich dann neu ausrichten muss. Hierbei spielten im Transformationsprozess nach 1990 auch die Parteien eine wichtige Rolle: Wie wurden Ostdeutsche politisch repräsentiert? Wurde auf ihre Wünsche und Bedürfnisse ausreichend Rücksicht genommen? Konnten sich die Bürger*innen parteipolitisch engagieren oder welche Hürden stellten sich ihnen in den Weg?

Heute können wir lernen, dass die zögerliche Annäherung der Menschen Ostdeutschlands an die neue Parteienlandschaft, das Misstrauen, die Erfahrung, politisch kein Gehör zu finden und sich den neuen Parteien und „West-Werten“ unterordnen zu müssen, bis heute Spuren hinterlassen haben. Besonders

Migrant*innen werden als Gruppe bis heute parteipolitisch wenig repräsentiert. Die Parteiprogramme haben sich nur unzureichend dahingehend verändert, dass sie auf die Lebensumstände von Menschen mit Migrationsgeschichte eingehen, selbst wenn diese teilweise großes parteipolitisches Interesse haben.

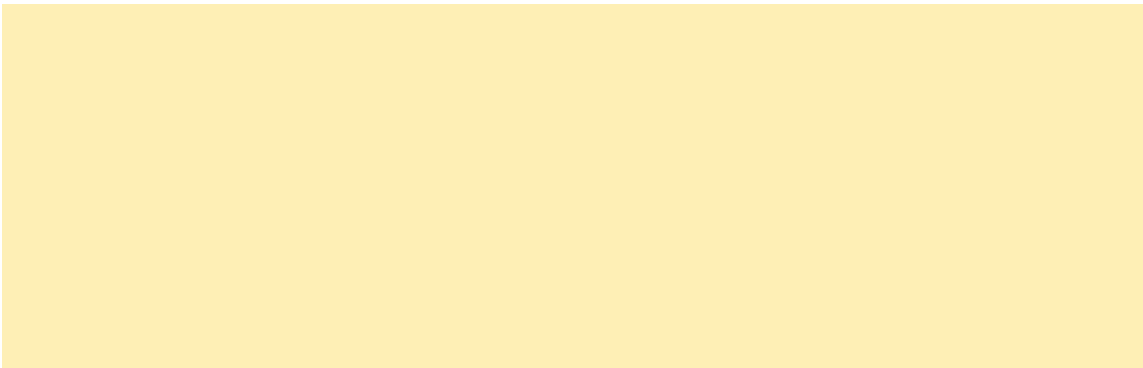
Annäherung an das Unbekannte – wie die neuen Parteien – braucht Unterstützung und Verständnis von beiden Seiten. Unsicherheit und Misstrauen sollten dabei nicht als Ablehnung, sondern als Teil des Prozesses verstanden werden. Wichtig ist dabei, dass Parteien in diesem Prozess Teile der Bevölkerung nicht als politisch desinteressiert oder „politikverdrossen“ abtun, sondern sich aktiv auf die Menschen zubewegen und motivieren, selbst aktiv zu werden, sowie Möglichkeiten zur politischen Partizipation schaffen.

Kathrin Zimmermann

Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2020.

Kroh, Martin; Tucci, Ingrid: Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten. Wochenbericht des DIW Berlin 47/2009, S. 821–827.

Meuleman, Heiner (2002): Werte und Wertwandel im vereinten Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26719/werte-und-wertwandel-im-vereinten-deutschland/> [16.11.2021].



4.

30 Jahre danach.

Chancen und Herausforderungen
der Transformationsjahre für
das Zusammenleben in der
Migrationsgesellschaft



Erfahrungen der Transformation aus den 1990ern nutzen

Das Konzept der „Transformationskompetenz“ impliziert, dass es wichtig ist, Transformationserfahrungen zu reflektieren. Dadurch kann man sich der eigenen Bewältigungsstrategien bewusst werden, um „*somit möglicherweise einen gezielteren Umgang mit künftigen Wandelsituationen*“ herbeizuführen. Heißt dies umgekehrt, dass sich nicht reflektierte negative Erfahrungen und mangelnde Bewältigungskompetenzen in jeder neuen herausfordernden Umbruchs- oder Krisensituation wiederholen und erneut dazu führen, dass sich psychisches Unwohlsein und das Gefühl der Bedrohung einstellen? Vielleicht bietet dieser Ansatz eine Möglichkeit, nicht nur damalige Schwierigkeiten zu verstehen, sondern auch gegenwärtige?

Eine neue Generation Ostdeutscher?

30 Jahre nach der Wiedervereinigung kommt der Prozess der Reflexion in Fahrt; wie häufig bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Erfahrungen muss erst eine gewisse Zeit vergehen, bevor das Sprechen in der Öffentlichkeit jenseits akademischer Diskurse möglich wird. In der Rückschau wird manches klarer, eine Positionsbestimmung für damals und heute wird möglich. Erfahrungen können individuell und kollektiv aufgearbeitet werden; die selbstbewussten Stimmen junger Ostdeutscher mehren sich, die nicht mehr wie viele der Generationen davor verschämt über ihre ostdeutsche Herkunft sprechen, sie verschweigen oder gar leugnen. Die sogenannte „Ostalgie“ war stark negativ konnotiert und wurde weitgehend ewiggestrigen zugeschrieben, die nicht in der Lage seien, die Segnungen der modernen Gesellschaft wahrzunehmen und für sich zu nutzen. Diese „Ostalgie“ wurde abgelöst durch das Sprechen einer jungen Generation Ostdeutscher, die sich als vielfältig versteht und Forderungen nach gesellschaftlicher Repräsentation erhebt. Das Netzwerk 3te Generation Ost möchte Wendekinder vernetzen, sie sichtbar machen und stärken, um den Wandel zu einer gerechten und lebenswerten Zukunft zu gestalten.¹ Kaum noch jemand konstruiert heute eine fiktive Biografie, um stereotypen Zuschreibungen zu entgehen, wie aus den 1990ern vielfach überliefert.

Erfahrungen der Transformation produktiv nutzen

Übereinstimmend berichten alle Interviewten, dass sich ihre Fähigkeit, die sie umgebende Welt zu verstehen, verbessert hat. Man bewegt sich zumeist auf sicherem Grund, wenn es um die Abwägung von individuellen Chancen und Risiken geht.

Vũ Hà, Thúy Nguyễn und Olga Sperling betonen die große Rolle, die die Community und deren Netzwerke sowie der Aufbau von migrantischen Organisationen dabei spielten und noch immer spielen. Sie betonen deutlich, dass es nur durch den Schutz und die Interessenvertretung einer Gruppe möglich ist, in der Gesellschaft zu bestehen. Uta Leichsenring betont, dass es immer Herausforderungen geben wird und es darauf ankommt, wie man damit umgeht. Aufgrund eigener Erfahrungen schätzt man realistischer ein, was man in der gegenwärtigen Gesellschaft erwarten kann und was nicht. Thúy Nguyễn stellt fest: *„Neben den polit-ökonomischen Bedingungen hier und global gesehen, aber auch aufgrund der Enttäuschungen, der Erfahrungen von Gewalt, Diskriminierung und Ausbeutung glaube ich leider [...] nicht wirklich daran, dass mensch in diesem System tatsächliche Gerechtigkeit erfahren kann.“* Die Erfahrung der Transformationszeit hat sie nicht nur gelehrt, wie man sich in einer Krisensituation individuell über Wasser hält, sondern sie hat auch Erkenntnisse über die Grenzen und Defizite moderner Demokratien gewonnen, die sie zum politischen Handeln veranlassen.

Was ist in Ostdeutschland heute los?

Teils zaghaft ausgesprochen, teils unausgesprochen schwingen in allen Interviews Themen mit, die in der letzten Zeit, gerade unter den Bedingungen des „Sommers der Migration“ und der Corona-Pandemie, viel diskutiert werden: Haben diejenigen Ostdeutschen ohne Migrationsgeschichte, die die Erfahrungen von 1989 und den Folgejahren nicht oder unzureichend aufgearbeitet haben, auch Schwierigkeiten, mit weiteren anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen umzugehen? Wie viele Menschen sind das eigentlich, von denen man sagen kann, dass sie es nicht geschafft haben, in der neuen Zeit anzukommen? Ist die Unwilligkeit, positiv mit gesellschaftlichen Veränderungen umzugehen, in Ostdeutschland überhaupt größer als in Westdeutschland? Kann man Ambiguitätstoleranz entwickeln, wenn man, wie Vũ Hà es beschreibt, mit der Idee, dass der Staat sich um das Individuum *„kümmern“* müsse, durch die Welt geht?

Und wie geht es weiter?

Zukünftige Konzepte, wie notwendiger gesellschaftlicher Wandel moderiert und begleitet werden sollte, können vom Erfahrungsschatz der Transformationszeit der 1990er Jahre profitieren. Eine wichtige Erkenntnis besteht darin, dass Veränderungen nicht automatisch eintreten und die Menschen, die davon betroffen sind, aktiv an der Gestaltung der Veränderung beteiligt werden müssen. Adelino Massuvira João,

der sich viele Gedanken für zukünftige konstruktive Lösungen macht, schlägt eine scheinbar einfache Lösung vor, deren Umsetzung allerdings sehr schwer ist:
„Wenn man [...] miteinander, nicht übereinander reden würde, würde man den Blick für die Chancen schärfen. Und vielleicht in einer moderierten Form [...]. Die Regierung könnte da eine Moderationsrolle übernehmen. Nicht bestimmen, sondern moderieren.“

Anja Treichel

1 3te Generation Ost. Transformationskompetenz, [online] <https://netzwerk.dritte-generation-ost.de/post-transformationskompetenz/> [21.12.2021].

Chancen, Verbesserungen und Neugewinn Heute

Die zweite Generation Migrant*innen in Ostdeutschland

Für die zweite Generation der Vertragsarbeiter*innen, aber auch andere in Ostdeutschland geborene Menschen mit einer internationalen Familiengeschichte stellte sich die Situation anders dar als für ihre Eltern: In den 1990er Jahren aufgewachsen, erlebten sie auf der einen Seite den zähen Überlebens- und Bleiberechtskampf ihrer Eltern bzw. oft die Abwesenheit des nicht-deutschen Elternteils, andererseits wurden sie Opfer von Rassismus. Die meisten wollten weg und gingen auch weg: mindestens nach Westdeutschland oder Berlin, oft ins Ausland. In jüngster Zeit stellt die zweite Generation aber auch einen positiven Bezug zu Ostdeutschland her, geprägt von der Einsicht, selbst migrantische UND ostdeutsche Wurzeln zu haben, wie es etwa bei Thúy Nguyễn der Fall ist.

Sichtbares migrantisches Leben auch in Ostdeutschland

Migrant*innen der ersten Generation, die bleiben konnten, sehen zum großen Teil sehr klar eine Vergrößerung ihrer Chancen und Potenziale. Möglichkeiten taten sich auf für ihr eigenes Leben, für das Leben als Community und für gesellschaftliches und politisches Engagement, das nach der Friedlichen Revolution überhaupt erst möglich wurde. Langsam, aber stetig entwickelten und entwickeln sich zumindest in den Großstädten Ostdeutschlands sichtbare migrantische Communities, die sich zunehmend artikulieren und ihre Interessen selbstbewusst und organisiert nach außen vertreten.

Leben mit mehreren Kulturen als Bereicherung

In einem Land zu leben, in dem andere kulturelle Maxime gelten als im Herkunftsland, ist für viele Menschen eine Herausforderung. Ist diese einmal gemeistert, geht man gestärkt daraus hervor. Die eigene Identität wird immer wieder neu infrage gestellt. Man reflektiert eigene Muster, indem man sie durch die Außenwahrnehmung plötzlich aus einer anderen Perspektive sieht. Besonders in der Kindererziehung zwischen zwei Kulturen ist es nicht leicht zu bestehen. Ist dieser Prozess erfolgreich, nehmen die Kinder die anschließende Möglichkeit, aus dem Repertoire verschiedener Sozialisierungen wählen zu können, als große Bereicherung wahr. Olga Sperling widmet sich in ihrem Interview diesem Thema.

„Ostdeutschsein“ als Ressource betrachten

Lange Zeit wurde der Diskurs über Ostdeutschland und die Ostdeutschen ohne jede Differenzierung von defizitären Zuschreibungen geprägt. Ein*e gute*r Ostdeutsche*r war außerhalb ihrer Heimat jemand, der oder die sich so „unauffällig“ verhielt, dass das Ostdeutschsein nicht bemerkt wurde. *„Dir merkt man aber gar nicht an, dass du aus dem Osten kommst“*, wurde von Westdeutschen als Kompliment verteilt für diejenigen, die es geschafft hatten, Dialekt und Habitus an die westdeutsche Norm anzupassen. Die positiven Aspekte des Ostdeutschseins als Kompetenz wahrzunehmen, wurde erst in jüngerer Zeit möglich. Der Sozialwissenschaftler Daniel Kubiak schreibt über deutsch-deutsche Identitäten der Nachwendegeneration, dass *„öffentlichkeitswirksame Bestrebungen der Identitätsfindung und des politischen Aktivismus als Ostdeutsche“*⁴¹ vor allem von denjenigen wahrgenommen werden, die gar nicht oder nur in der Kindheit in der DDR gelebt haben. Wesentliche Aspekte dieser positiven Wahrnehmung sind Krisen- und Transformationskompetenz.

„Konkurrenz um Anerkennung“⁴² oder Gewinn durch eine vielfältige Gesellschaft?

Zu einem gelungenen Integrationsprozess der gesamten deutschen Gesellschaft gehört es, als „anders“ markierte Gruppen zum gesellschaftlichen „Wir“ hinzuzufügen. Eine der größten Chancen auf gesellschaftlicher Ebene besteht daher darin, eine neue Gesellschaft aufzubauen, die die vielen unterschiedlichen, einander ergänzenden individuellen und kollektiven Erfahrungen gleichermaßen berücksichtigt und es allen ermöglicht, die Gesellschaft als die ihre anzusehen. Zwei Gruppen, die hier eine große Rolle spielen, sind Ostdeutsche und Menschen mit Migrationshintergrund. Die Studie des DeZIM mit dem Titel „Konkurrenz um Anerkennung“ stellt erstmals Abwertungserfahrungen von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund ins Verhältnis und vergleicht Stereotype, Abwertungsgefühle und Aufstiegskonflikte beider Gruppen. Infolge der Studie wurde eine noch immer andauernde Diskussion entfacht.

Daniel Kubiak schreibt: *„Durch die westdeutsche Dominanz im Diskurs über Differenz ergeben sich auch Analogien zu Gruppen, die im gesamtgesellschaftlichen Diskurs ebenfalls als ‚Andere‘ markiert sind. So scheint etwa bei der Verbindung von Aspekten der Identitäts- und Diskursforschung über Ostdeutschland mit der vielfältigen Forschung zu Migration und Integration der Ansatz einer ‚postmigrantischen Gesellschaft‘ hilfreich, um den Integrationsprozess der deutschen Gesellschaft pluraler fassen zu können. Genauso wie junge Ostdeutsche sind auch Vertreter*innen der zweiten und*

dritten ‚migrantischen‘ Generation nie aktiv migriert und finden sich trotzdem in teilweise auch nur zugeschriebenen Prozessen der ‚Integration‘ und ‚Identitätsdiffusion‘ wieder.“³

Die große Chance besteht darin, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Abwertungserfahrungen nicht als Anlass zu „Konkurrenz um Anerkennung“ zu nehmen, sondern die Erfahrungen anderer empathisch wahrzunehmen und zu verstehen, dass wir alle in einer Gesellschaft nur gemeinsam gut miteinander leben können. Adelino Massuvira João fasst zusammen: *„Wenn ein friedliches Zusammenleben zwischen den Zugewanderten und Einheimischen aufgebaut wird, oder gestaltet wird, dann ist es gut für beide Seiten. Für Zugewanderten aber auch für die Einheimischen.“*⁴

Anja Treichel

-
- 1 Kubiak, Daniel: Deutsch-deutsche Identitäten in der Nachwendegeneration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 28–29/2020, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/apuz/312271/deutsch-deutsche-identitaeten-in-der-nachwendegeneration> [27.12.2021].
 - 2 Titel einer Studie des DeZIM-Institutes. Foroutan Naika u. a., [online] https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische-Analogien/Booklet_OstMig_1_web.pdf [27.12.2021].
 - 3 Kubiak.
 - 4 Die gesprochene Sprache wurde beibehalten.

Veränderungen des Ortes im Vergleich zu den 1990er Jahren

Der Prozess der Transformation vollzog sich nicht nur in den wenigen Jahren um 1990. Die Veränderungsprozesse gingen auch in den 2000er Jahren weiter und sind bis heute nicht abgeschlossen. Wir haben unsere Interviewpartner*innen gefragt, ob und wie sie diese Veränderungen wahrgenommen haben. Ein sehr guter Beobachter der Veränderungen in der Stadt Weißwasser ist Torsten Pötzsch, zum einen, weil er fast sein ganzes Leben, seit 1971, in der Stadt verbracht hat, zum anderen, weil er als langjähriger Oberbürgermeister viele Gespräche über die Veränderungen in der Stadt führt, weil er diese Prozesse als Politiker begleitet hat und mit politischen Mitteln darauf reagiert. Ein im Stadtbild Weißwassers sichtbarer Veränderungsprozess ist der „Rückbau“, das heißt der Abriss vieler Plattenbauten in der Südstadt in den 2000er Jahren.¹ Torsten Pötzsch berichtet über ein Gespräch mit einer ehemaligen Einwohnerin von Weißwasser, die er kurz vor unserem Interview getroffen hatte und die seit 20 Jahren nicht mehr in der Stadt war. Wo sie früher in der Südstadt wohnte, „ist jetzt ein Waldweg“. Auch die Glashütten, in denen viele Einwohner*innen Arbeit fanden und mit denen Traditionen und Stolz verbunden waren, wurden fast alle abgerissen. Sie existieren nicht mehr als Orte, die man den eigenen Kindern und Enkeln zeigen könnte. Torsten Pötzsch beobachtet, dass diese sichtbaren Veränderungen und Verluste eine „psychologische Dimension“ haben, die „ziemlich stark unterschätzt“ wurde.

Weg- und Zuzug

Interessant ist, dass Torsten Pötzsch nach der enormen Abwanderungsbewegung in den 1990er Jahren nun eine vorsichtige Trendwende für Weißwasser registriert. Nach vielen Jahren, „*in denen auch die Großeltern die Stadt verlassen haben und den Kindern hinterhergezogen sind, um die Enkelkinder aufwachsen zu sehen*“, habe man inzwischen „*eher den Trend, dass die Großeltern wieder hierherkommen, nachdem teilweise auch die Kinder wieder gekommen sind*“. Allerdings verzeichne man jetzt zwar einen Zuzug von 400 bis 600 Leute[n], die jedes Jahr zuziehen oder zurückkehren nach Weißwasser, aber genauso viele kehren der Stadt jährlich den Rücken. Ziel seiner Politik sei es, „*dass die Leute nicht mehr wegziehen, vor allem jüngere Leute nicht*“. Ein sehr positives Zeichen sei, dass sich in den vergangenen fünf Jahren die Arbeitsmarktsituation in Weißwasser stark verändert habe. Vor dem Ausbruch der Pandemie 2020 sei die Arbeitslosenquote zum ersten Mal seit den 1990er Jahren wieder einstellig gewesen.

Der Zuzug von einigen Hundert Geflüchteten ab 2015 sei, so Oberbürgermeister Pötzsch, problemlos gewesen, *„weil wir gleich von Anfang an alle, die zu uns kamen, dezentral untergebracht haben“*. Dies sei auch das Erfolgsrezept bei der Unterbringung der Spätaussiedler gewesen. Zuerst seien sie in den 1990er Jahren in der Südstadt *„konzentriert untergebracht“* gewesen, nach dem Abriss des Wohnviertels aber wohnten sie *„verteilt in der ganzen Stadt“*. Dies habe sehr zur Integration beigetragen, aber auch *„eine gute Vereinslandschaft“* ermöglicht. Spätaussiedler brachten sich ein oder gründeten neue Vereine.

Torsten Pötzsch spricht auch das Schrumpfen der rechtsextremen Szene an, die *„es mal extrem in den 1990ern“* in Weißwasser gab. Durch ein alternatives Jugendzentrum, das *„eine sehr gute Sozialarbeit“* gemacht habe, seien viele *„dann immer mehr links“* geworden, er kenne selbst einige, *„die früher in den 1990ern total rechts unterwegs waren und jetzt mit diesem Gedankengut überhaupt nichts mehr am Kopfe haben. Viele von den damaligen Rechten sind auch weggezogen.“*

Die Überalterung

Ein weniger positives Fazit zieht Diakon Adelino Massuvira João, der seit mehreren Jahren den evangelischen Migrationsdienst und die Asylverfahrensberatung im Kirchenkreis Suhl leitet. Adelino Massuvira João lebt seit 34 Jahren in Suhl und hat die massive Abwanderung eines Großteils der Suhler Bevölkerung miterlebt. Er macht auf eine Folge dieses Schrumpfungsprozesses der Stadt aufmerksam: die Überalterung der Suhler Bevölkerung. Tatsächlich ist Suhl deutschlandweit die Stadt mit dem höchsten Altersdurchschnitt der Bevölkerung: 50,3 Jahre.² Der Soziologe Steffen Mau bestätigt diesen Überalterungsprozess für Ostdeutschland insgesamt. Er sei entstanden, weil die Mehrzahl derjenigen, die Ostdeutschland in den 1990er Jahren verließen, unter 30 Jahre alt waren. Von denjenigen, die zwischen 1991 und 2005 Ostdeutschland verließen, waren zwei Drittel Frauen, wodurch wiederum die Geburtenrate sank. Allerdings gibt es inzwischen ostdeutsche *„Zuzugsinseln“* wie Berlin, Leipzig oder Jena.³

Zu- und Wegzug

Obwohl Suhl keine dieser *„Zuzugsinseln“* ist, erlebt Adelino Massuvira Joãos durch seine Arbeit die Ankunft von Geflüchteten, die er berät und die oft nur für kurze Zeit in Suhl bleiben. Die staatlich geregelte Aufnahme Geflüchteter für kurze Zeit ist für ihn eine wichtige Veränderung im Vergleich zu den 1990er Jahren und zur DDR-Zeit, in der er selbst als Vertragsarbeiter für längere Zeit an einem Ort arbeitete und in

einer Gemeinschaftsunterkunft lebte. Jetzt ist er durch seine Arbeit auch mit den Reaktionen der Suhler Bevölkerung auf die Geflüchteten konfrontiert. Seine Haltung ist von Verständnis für die Geflüchteten geprägt, die es sich *„auch nicht ausgesucht“* haben, *„dass sie nach Suhl kommen“*. Er hat aber auch Verständnis dafür, dass in der Bevölkerung *„ein gewisser Widerstand in der Akzeptanz der neuen Ankömmlinge“* entsteht. Was er kritisiert und nicht versteht, ist die fehlende *„Differenziertheit in der Betrachtung des Geschehens“*. Er berichtet: *„Wenn von 500 Menschen, die hierherkommen oder hierhergebracht worden sind, fünf Unruhe stiften, dann heißt es alle. Einschließlich die, die hier schon länger leben.“*

Den Umstand, dass die Geflüchteten aktuell nur für kurze Zeit in Suhl sind, hält er für sehr problematisch: *„Nach sechs Wochen gehen sie weg und sie wissen, dass sie irgendwann gehen. Daher kann es sein, das ist meine Vermutung, dass sie sich keine Gedanken darüber machen, was hinterher passiert, wenn sie weggezogen sind. Dass sie eigentlich den anderen, die nach ihnen kommen, auch schaden in der Wahrnehmung der Bevölkerung hier.“*

Eigentlich, so Adelino Massuvira João, seien die Neuankömmlinge angesichts der Überalterung der Suhler Bevölkerung eine Chance, die aber *„so schnell nicht gesehen“* werde. Er hofft darauf, miteinander ins Gespräch zu kommen, dass man *„miteinander, nicht übereinander reden würde“*, denn so *„würde man den Blick für die Chancen schärfen“*.

Dennis Riffel

-
- 1 Vgl. Als in Weißwasser ein ganzer Stadtteil verschwand. In: Lausitzer Rundschau vom 21. September 2015, [online] <https://www.lr-online.de/nachrichten/als-in-weisswasser-ein-ganzer-stadtteil-verschwand-36120294.html> [09.01.2022].
 - 2 Sechs Jahre über dem Bundesschnitt: In dieser Stadt ist die Überalterung besonders hoch. In: Mitteldeutsche Zeitung vom 04.03.2019, [online] <https://www.mz.de/panorama/sechs-jahre-uber-dem-bundesschnitt-in-dieser-stadt-ist-die-uberalterung-besonders-hoch-1532352> [09.01.2022].
 - 3 Mau, Steffen: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin 2019, S. 193–195.

Zwischen Post-Ost und Rassismus

Nach der massiven rechten und rassistischen Gewalt der 1990er und frühen 2000er Jahre stellt sich – zumindest gefühlt – für viele Betroffene ab Ende der Nullerjahre eine ruhigere Phase ein: Die Neonazis der Baseballschlägerjahre mit ihren Bomberjacken und Springerstiefeln verschwinden allmählich aus dem öffentlichen Stadtbild und mit ihnen ein großer Teil der Gewalt. Auch hinsichtlich des offenen Rassismus innerhalb der Mehrheitsgesellschaft wird es deutlich ruhiger in diesen Jahren als zuvor. Aber auch angesichts dieser Verbesserung verschwinden natürlich weder rassistische Gewalt noch Alltags- oder institutioneller Rassismus insgesamt aus dem Osten und ganz Deutschland. Stärker als zuvor fokussiert sich rassistische Gewalt vermehrt auf einzelne Gebiete im Osten – ländliche Regionen sind vergleichsweise stärker betroffen als städtische.

„Also, je ländlicher, desto mehr Diskriminierung und auch mehr Rechtsgedanken. Das war so und das ist immer noch so. In dörflichen Regionen sind leider die Menschen mit Migrations- und heute mit der Fluchterfahrung ziemlich unsicher.“ Olga Sperling

2015/16 Zuwachs an Menschen auf der Flucht und anderer Schutzsuchender

Aber auch der scheinbare Frieden in den Städten ist nur von kurzer Dauer. In den Jahren 2015 und 2016 erlebt Europa einen zahlenstarken Zuwachs an Menschen auf der Flucht und anderen Schutzsuchenden. Mehrere Millionen Menschen strömen in dieser Zeit vor allem aus den von Kriegen zerstörten Ländern Syrien, Afghanistan und Irak sowie aus anderen Gebieten der Welt nach Europa. In Deutschland werden über eine Million Menschen als Asylsuchende registriert und auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Das hat in Ostdeutschland, das aufgrund der Ausweisungs- und Vertreibungswellen der 1990er und 2000er Jahren nur relativ wenige Migrant*innen und migrantisierte Personen beheimatete, zur Folge, dass deren Zahl deutlich ansteigt und sie im öffentlichen Bild sichtbarer und normaler werden – Phänomene, die viele Migrant*innen und von Rassismus Betroffene als positiv beschreiben.

„Durch die Migrationswelle und die Flüchtlingswelle in den letzten Jahren wurde der Migrant oder die Migrantin viel sichtbarer. Wir haben jetzt aktuell in Dresden, ich glaube acht Prozent von Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung laut der Statistik. Und die Sichtbarkeit ist da. Die Gesellschaft ist vielfältiger geworden. Also für mich ist es nur ein Gewinn. Und es gibt viel mehr Leben. Die Menschen mit Migrations- und

Fluchterfahrung trauen sich was, dass sie in dem öffentlichen Leben sich zeigen und um die Partizipationsmöglichkeiten kämpfen. Also sie kämpfen um den Platz in der Gesellschaft. Nach meiner Erfahrung sind sie viel, viel sichtbarer als vor 20 Jahren, wo ich nach Deutschland kam.“ Olga Sperling¹

Neue rechte Bewegungen

Eine andere Folge des in Medien und Politik als „Flüchtlingskrise“ bezeichneten langen Sommers der Migration ist das öffentliche Hervortreten neuer rechter Bewegungen. 2014 formiert sich in Dresden Pegida, eine rassistisch-rechtspopulistische Organisation, die einen Schwerpunkt auf antiislamische Themen setzt. In ihren monatlichen Demonstrationen, an denen neben einschlägigen Neonazis auch breite Teile der Bevölkerung teilnehmen, zeigt sich noch offener, was in der Gewalt der Baseballschlägerjahre schon deutlich angelegt war: Rassismus und rassistische Gewalt ist kein ausschließliches Phänomen des rechten Rands oder „bildungsferner“, sozio-ökonomisch schlechter gestellter Schichten. Rassismus und rechte Gewalt existieren ebenso in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft, auch wenn sie sich hier teilweise anders äußern.

„Sie [die Geflüchteten] werden zum Teil als Störer in der Gesellschaft, in einer ruhigen Umgebung gesehen ... Man lebt sehr ruhig und auf einmal kommen fremden Menschen und die haben andere Lebensweisen. Aber um hier anzukommen, haben die Neuan-kömmlinge keine Zeit. Die werden von den Einheimischen nicht so aufgenommen und die Einheimischen sind entsprechend verunsichert.“ Adelino Massuvira João

Im Jahr 2015 radikalisiert sich Pegida und expandiert in andere Städte und Regionen. Auch die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) radikalisiert sich in dieser Zeit und schafft es zunehmend, mehr Wähler*innen für sich zu gewinnen. In den Folgejahren bekommt sie Sitze in fast allen deutschen Landtagen – in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sogar jeweils mehr als 20 Prozent. Im Osten geschieht das nicht nur über rechte Parolen und Einstellungen, sondern auch mit der Instrumentalisierung von Wende-Narrativen, die zum Teil an rechte Fantasien in Bezug auf die Friedliche Revolution anknüpfen: Wahlparolen wie „Hol dir dein Land zurück – vollende die Wende“ sprechen eine eindeutige Sprache und rufen zur Gewalt auf. Während in den meisten großen Medien lange noch verhandelt wird, ob die AfD wirklich eine rechte Partei sei, flammen anderswo rassistische Antiasyl- und Antimigrationsdiskurse auf, die inhaltlich denen der 1990er Jahre ähneln und nur rhetorisch etwas zurückhaltender sind.

„[...] dass die AfD im Landtag ist, weil sie gewählt wurden, und das können sie [die vietnamesische Community in Magdeburg] nicht glauben. Sie sagen, warum können die in den Landtag, wenn das Grundprinzip ist, dass Gleichheit und Respekt füreinander herrschen sollen? Wenn diese Menschen uns einfach angreifen, auch töten, wirklich menschenverachtende Positionen einnehmen und danach handeln, wo ist dann die Demokratie? Wenn Menschenleben ausgelöscht werden, dann ist es zu spät, wenn man dann feststellt, dass die AfD doch rechts ist.“ Vŭ Thŭ Hoàng Hà

Erstarken des offenen Rassismus

Dieses Erstarken eines offenen Rassismus schlägt sich auch auf der Straße nieder. Wieder berichten Migrant*innen von einer Zunahme rassistischer Angriffe und Beleidigungen im öffentlichen Raum. Spätestens mit dem rassistischen Anschlag in Heidenau 2015 ist auch das öffentlich nicht mehr übersehbar. Mit rechten Terroranschlägen und Morden in Halle 2019 und Hanau 2020 sowie dem Prozess um die NSU-Morde und -Netzwerke stellt sich bei vielen die Frage: Sind die Baseballschläger zurück? Haben sie vielleicht nie aufgehört?

„Ich erlebe aber auch jetzt nach 2015, dass es wieder alles zurück ist und dass meine Klientinnen auch weiterhin leider Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen erleben müssen, täglich: an der Haltestelle, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, beim Einkaufen, auf der Behörde, im Krankenhaus und so weiter. Das heißt, es ist da, es ist präsent und wir haben auch ... die stärkste Partei in Sachsen ist die AfD, prozentuell gesehen, leider.“ Olga Sperling

Gegenwehr und Antirassismus

Aber auch Gegenwehr und antirassistische Praxis werden in dieser Zeit sichtbar, bilden sich neu heraus oder erfahren einen höheren Grad an Institutionalisierung und Vernetzung. So entstehen beispielsweise zahlreiche neue Migrant*innen-Selbstorganisationen, andere bauen ihre Strukturen aus. Auch medial vernetzen sich ostdeutsche Migrant*innen stärker und fordern mehr Sichtbarkeit für sich und ihre Perspektiven ein. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer meldet sich zusätzlich eine jüngere Generation zu Wort und fordert Aufarbeitung von Vergangenheit und Gegenwart. So wächst allmählich, anders als noch in den 1990ern, ein öffentliches Bewusstsein für Rassismus, ostdeutsche Diskurse und deren Vielfalt – Aspekte, die auch Betroffenen teils neue Denkanstöße geben.

„Ich selbst habe das bis vor paar Jahren nicht als etwas wahrgenommen, was mit Rechten oder Rassismus zu tun hatte, sondern es einfach krass verdrängt und als Unglück verbucht. Aber durch das Reden darüber, die Aufklärungen zum NSU-Komplex und die Informationen, die ich jetzt im Nachhinein durch Recherchen erfahren habe, wird es für mich immer klarer und erschreckender, was da eigentlich los war bzw. immer noch ist.“ Phương Thúy Nguyễn

Katharina Warda

Meisner, Matthias; Kleffner, Heike: Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Berlin 2017.

Jahresbilanz rechte Gewalt des VBRG, [online] <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2021-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/>

Warda, Katharina: Friedliche Revolution 2.0? Mit DDR-Vergleichen wird Stimmung gegen die Pandemiepolitik gemacht. In: Meisner, Matthias, Kleffner, Heike (Hg.): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde. Freiburg 2021.

Die Migrationsgesellschaft in Ostdeutschland heute. Eigene Erfahrungen des Zusammenlebens

30 Jahre nach der Einheit differieren in Ostdeutschland die Blicke auf das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft.

Migrationsgesellschaft eher in der Stadt als auf dem Land

„Von den Geflüchteten ist bloß eine Handvoll geblieben. Die meisten wollten weiter in die Großstädte.“ So beschreibt Thorsten Pötzsch, der Bürgermeister von Weißwasser, die Situation nach den Jahren 2015 und 2016. Die Kleinstadt Weißwasser liegt nahe der polnischen Grenze. Mit seiner Erzählung bildet Pötzsch ab, was auch aus verschiedenen Untersuchungen hervorgeht. Laut einer Bertelsmann Studie leben in Deutschland nur 12,3 Prozent aller Menschen mit Migrationsgeschichte in ländlichen Regionen. Die anderen 61,1 Prozent leben im städtischen Raum.¹

Die Gründe dafür sind verschieden. Landkreise mit weniger guter sozioökonomischer Lage bieten laut einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vergleichsweise schlechtere Startbedingungen für die Integration. So spielen Fragen der Mobilität eine zentrale Rolle, zudem habe das engere soziale Beziehungsgefüge in ländlichen Räumen bei der Integration von Geflüchteten sowohl Vor- als auch Nachteile. Das Prinzip des „Jeder kennt jeden“ ermögliche unbürokratische Absprachen, Vermittlung von Praktikums- und Arbeitsstellen oder die schnelle Integration in Vereine. Negativ könne sich eine reservierte bis ablehnende Einstellung der im Vergleich zu größeren Städten meist älteren und konservativeren Bevölkerung gegenüber Zuwanderung auswirken sowie eine verstärkte soziale Kontrolle im Alltagsleben.²

Neue Annäherung an die Heimat

Neben der Konzentration auf Großstädte gibt es auch den Wunsch nach einer neuen Annäherung an die Heimat. Für die Zwickauerin Phương Thúy Nguyễn kam nach dem Abitur nur der Weggang aus Ostdeutschland und Deutschland infrage, in der Hoffnung, sich woanders mehr zu Hause zu fühlen. Nach einer Zeit im Ausland kehrte sie zurück – allerdings nach Berlin. Dort fand sie neue soziale Kontakte, politische und kulturelle Möglichkeiten, Anlaufstellen und Strukturen, die sie aus Zwickau und Umgebung nicht kannte. Politisierung, Partizipation, die Einbindung in ein Netzwerk Gleichgesinnter und das damit verbundene Empowerment können helfen, Heimat

neu zu entdecken. Phương Thúy Nguyễn näherte sich über die Auseinandersetzung mit der Geschichte ihrer ostdeutschen Heimat wieder an. Sie beschreibt es als *„ein Umlernen, ein Umdenken, auch eine Art Heilung von den Erfahrungen, die ich gemacht habe“*.

Der Wunsch nach gegenseitigem Kennenlernen

Annäherung ist allerdings noch kein Zusammenleben. Es sind die Zeitzeug*innen mit Migrationsgeschichte, die den Wunsch nach der Überwindung einer vermeintlichen Angst vor dem Fremden formulieren sowie den Wunsch nach gegenseitigem Interesse und Kennenlernen. Darin liegt die Hoffnung auf ein vertrauensvolles Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft. Früher seien sie Vertragsarbeiter*innen und Gäste gewesen, heute wohne man Tür an Tür, beschreibt Adelino Massuvira João die Situation und fügt an: *„Wir sind Nachbarn, aber jeder macht seins.“*

Hier offenbart sich die Grenze des Solidaritätsmodells, das in der DDR propagiert wurde. Denn heute äußern sich Ostdeutsche durchweg ablehnender als Westdeutsche über die Präsenz anderer ethnischer Gruppen in der Nachbarschaft.³ Es war also eher eine Solidarität unter Gleichen als eine mit Fremden. Auch der nach 1989 begründete Gemeinschaftsmythos DDR zeigt seine Kehrseite heute mitunter im desinteressierten bis harschen Umgang mit Fremden.⁴

Verallgemeinerung statt differenziertem Urteil und Erlebnissgemeinschaften

Dieser harsche Umgang mit sogenannten Fremden zeigt sich auch in verallgemeinernden Urteilen von Teilen der ostdeutschen Bevölkerung über Migrant*innen. Moussa Dansokhos Eindruck, manche schmissen alle in einen Topf, bestätigt Adelino Massuvira João: *„Wenn von 500 Menschen, die hierher kommen [...], fünf Unruhe stiften, dann heißt es alle. Einschließlich die, die hier schon länger leben.“* Zuschreibungen dieser Art erschweren ein Zusammenleben für alle.

Auf der anderen Seite haben sich über die Jahre hinweg auch Freundschaften und Erlebnissgemeinschaften gebildet. Sie sind unter anderem in den gemeinsamen Erinnerungen an das Leben in der DDR und den Erfahrungen von Verlust in den Transformationsjahren begründet. Vũ Thị Hoàng Hà, die in den 1980er Jahren in die DDR kam, erzählt, sie habe heute viele ostdeutsche Freunde und fühle sich selbst als Ostdeutsche: *„Die ganze Zeit lebe ich schon hier und ich habe auch alles miterlebt, ich hab genauso wie die Ostdeutschen diese Massenarbeitslosigkeit erlebt, hab versucht, Arbeit zu finden. Manchmal haben wir uns auch gemeinsam erinnert, wie wir die DDR erlebt haben, bis jetzt.“*

Jeder blickt vor dem Hintergrund seiner Herkunft, seiner Erfahrungen, seiner Stellung und seiner Bedürfnisse auf das Thema Zusammenleben

Die Zeitzeugeninterviews offenbaren unterschiedliche Bedürfnisse im Hinblick auf ein Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft. So hat ein ehemaliger Vertragsarbeiter, der heute als Diakon mit Geflüchteten arbeitet, einen anderen Blick darauf als der Bürgermeister einer ostdeutschen Kleinstadt mit vorrangig administrativen Aufgaben. Während der eine die Aufnahme Geflüchteter in Vereine als erfolgreiche Integration sieht, wünscht sich der andere mehr Interesse aneinander und mehr Wissen voneinander.

Schlussendlich differieren auch die Vorstellungen von Migrationsgesellschaft und deren langfristige Perspektiven. Sie reichen von einem mehr oder weniger reibungslosen Zusammenleben bis zum vertrauensvollen Miteinander.

Ruth Wunnicke

-
- 1 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Factsheet Einwanderungsland Deutschland (2016), S. 4, [online] <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-einwanderungsland-deutschland/> [21.10.2021].
 - 2 Rösch, Tabea; Schneider, Hanne; Weber, Johannes; Worbs, Susanne: Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen. Forschungsbericht 36, hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020), S. 5 f., [online] https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb36-integration-laendlicher-raum.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [23.12.2021].
 - 3 Rainer, Helmut; Albrecht, Clara; Bauernschuster, Stefan; Fichtl, Anita; Hener, Timo; Ragnitz Joachim: Deutschland 2017 – Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland. Ifo-Institut. München 2018.
 - 4 Mau, Steffen: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin 2019, S. 220.

Erfahrungen mit neuen Behörden und Verwaltungseinrichtungen heute

Ostdeutsche sind bis heute unterrepräsentiert

Die Repräsentation Ostdeutscher in Behörden, insbesondere Führungspositionen in Bundesbehörden, ist selbst heute – 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution – viel zu niedrig. Das Redaktionsnetzwerk Deutschland stellt fest, dass alle Bundesbehörden – selbst die in Ostdeutschland angesiedelten – von Westdeutschen geleitet werden.¹ Bei Führungspositionen in Ministerien etwa sind Ostdeutsche, wie auch Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte, stark unterrepräsentiert.² Gehört man gar zu der Gruppe der Frauen aus Ostdeutschland mit Migrationsgeschichte, ist die Wahrscheinlichkeit, jemals eine Führungsposition in einer Bundesbehörde einzunehmen, verschwindend gering. Das DeZIM-Institut beschreibt in seinen Research Notes³ dasselbe Phänomen, differenziert allerdings zwischen verschiedenen Bereichen und vergleicht die Unterrepräsentation Ostdeutscher und von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Repräsentation marginalisierter Gruppen oder Minderheiten in hohen gesellschaftlichen Positionen ist ein wichtiger Baustein, der dazu beiträgt, das Vertrauen dieser Gruppen in die Demokratie herzustellen und aufrechtzuerhalten. Fehlt diese, entsteht nicht nur ein Demokratiedefizit. Benachteiligungen bis hin zu systematischer struktureller Diskriminierung der nicht repräsentierten Gruppen sind die Folge. Je homogener eine Gruppe oder ein Arbeitsteam, desto größer die blinden Flecken, desto unflexibler das professionelle Verhalten und desto geringer die Chancen, durch veränderte gesellschaftliche Umstände neues, angemessenes Verhalten bei der Bewältigung von Herausforderungen und Krisen zu lernen.

Interkulturelle Öffnung als Konzept

Das Konzept der interkulturellen Öffnung in der Verwaltung sieht die Öffnung im Zusammenhang mit allgemeineren Öffnungs- und Anpassungsprozessen an gesellschaftliche Veränderungen. Es sollen dadurch „(selbst-) reflexive Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebensweisen und Organisationsformen ermöglicht“⁴⁴ werden. Unter anderem ist ein Ziel der interkulturellen Öffnung, den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Verwaltung zu erhöhen. Die Verwaltungen aber sind bekannt dafür, die Bürokratie zu

repräsentieren und ein schwieriges Terrain für Veränderungen gleich welcher Art zu sein. Im Charakter öffentlicher Verwaltungen ist tief verankert, dass Stabilität am besten dadurch erreicht wird, dass man nichts verändert. So arbeiten Menschen, die ein hohes Sicherheitsbedürfnis haben, überdurchschnittlich oft in der Verwaltung.

Das Konzept wurde bereits zu Beginn der 2000er Jahre publik. Seitdem haben viele kommunale Verwaltungen Öffnungsprozesse angestoßen und versucht, die Diversität ihrer Mitarbeitenden systematisch zu erhöhen. Die Ergebnisse sind allerdings nicht zufriedenstellend, wie zahlreiche Studien über die ungenügende Repräsentation von Migrant*innen im gesamtdeutschen Kontext belegen. In Ostdeutschland muss zusätzlich die Frage gestellt werden, ob das Ziel der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, nämlich eine Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Verwaltung analog zum Anteil der migrantischen Bevölkerung zu erreichen, wirklich sinnvoll ist. Trotz erneuter großer Einwanderung nach Deutschland 2015/16 und dem zeitweiligen Anstieg der Zahlen hat sich der Anteil der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den ostdeutschen Ländern 2020 auf einem Niveau zwischen 5,1 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) und 5,5 Prozent (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) eingependelt. Ein großer Teil dieser Menschen lebt in städtischen Ballungszentren. Würde man die Verwaltungen in einem riesigen Kraftakt dazu bewegen, fünf Prozent Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen, würde das angesichts der geringen Zahlen keine großen Verbesserungen mit sich bringen. Es muss also ein neues Konzept für ostdeutsche Verwaltungen entwickelt werden.

Passiert die Angleichung von selbst oder brauchen wir Quoten?

Ob die Verwaltung aus eigener Kraft und eigenem Antrieb in der Lage ist, sich zu öffnen und zu diversifizieren, bleibt eine unbeantwortete Frage. Sinnvoller sind hier, wie in der Research Note „Teilhabe ohne Teilnahme?“ des DeZIM erwähnt, andere Maßnahmen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen des DeZIM sind: gesetzliche Quoten, öffentliche Förderung geeigneter Ostdeutscher/Menschen mit Migrationsgeschichte, Stärkung der Stimme der Ostdeutschen/Menschen mit Migrationsgeschichte oder gar keine, da die Angleichung von selbst geschehen wird. Die meisten Prozentpunkte der Befragten verteilen sich auf „keine Maßnahmen“ und die „Stärkung der Stimmen“. Für eine Quote sprechen sich jeweils 28,9 Prozent (Ost) und 28,2 Prozent (Migrant*innen) aus.

Migrant*innen und die Verwaltung/Behörden

Nach 1990/91 war es undenkbar, dass Migrant*innen Positionen in der Verwaltung bekleideten, außer vielleicht als Putzkräfte. Heute ist deren Anteil immer noch verschwindend gering, aber die Forderungen nach einer Abbildung gesellschaftlicher Realitäten auch in der Verwaltung werden immer lauter. Adelino Massuvira João dazu: *„In der Verwaltung trifft man sehr wenig Leute, die im Sozialamt, im Jugendamt arbeiten, die mit Migrationshintergrund sind. Die Verwaltung muss sich öffnen. Was geschieht in der Verwaltung, warum wird die Verwaltung den Zugewanderten verwehrt?“* Greifen in Westdeutschland an einigen Orten Öffnungskonzepte oder Konzepte des verwandten Diversity Managements, so ist dies in Ostdeutschland kaum zu spüren.

Anja Treichel

-
- 1 Ministerielle Umbesetzungen durch die Ampel-Regierung wurden hier noch nicht berücksichtigt.
 - 2 Decker, Markus: Alle Bundesbehörden in Ostdeutschland werden von Westdeutschen geleitet, Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 15. April 2021, [online] <https://www.rnd.de/politik/alle-bundesbehörden-in-ostdeutschland-werden-von-westdeutschen-geleitet-VP4PQKLGVMVHQBAIROT6XO4FIBQ.html> [28.12.2021].
 - 3 DeZIM Research Notes #DRN 4/20 vom 7. Oktober 2020, [online] https://dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Eliten/ResearchNotes_04_201030_ansicht.pdf, [28.12.2021].
 - 3 Schröder, Hubertus: Interkulturelle Öffnung und Diversity Management. Eine Expertise im Auftrag von anakonde GbR, 2007, [online] www.i-igm.de/dokus/Expertise.pdf, [17.07.2022].

Parteien heute

„Komm doch, mach doch mit“ – politische Partizipation als Weg aus der Ohnmacht

Die großen Volksparteien haben es auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung schwer, Wähler*innen in Ostdeutschland für sich zu gewinnen. Die Wahlbeteiligung sinkt seit der Wiedervereinigung kontinuierlich und unverändert wird den Sorgen und Nöten der Ostdeutschen in den großen Parteien zu wenig Beachtung geschenkt. Als Folge wird von einer ostdeutschen „Politikverdrossenheit“ gesprochen, was jedoch zu kurz greift, da die (partei-) politische Partizipation in Ostdeutschland seit Mitte der 2010er Jahre stetig steigt. Bürger*innen organisieren sich in Kleinparteien und Bürger*innen-Organisationen, führen Unterschriftenaktionen und Demonstrationen durch. Trotz der Zunahme von politischem Bürger*innen-Engagement bleiben lokale und vor allem migrantische Interessen weitgehend unbeachtet. Besonders Ersteres führte zum Erstarken rechter Parteien, die gezielt auf das Fehlen Ostdeutschlands in den Programmen der etablierten Parteien hinweisen und Unzufriedenheit und Ängste zum Anlass nehmen, rechts-populistische Parteipolitik zu betreiben.

„Politisches Erwachen“ und das Bestreben, lokalpolitisch etwas zu verändern, berichten Zeitzeug*innen wie Torsten Pötzsch, der sich mit einer Wähler*innen-Vereinigung in Weißwasser gezielt für die Region einsetzt. Kleine Wähler*innen-Bündnisse verzeichnen einen großen Zuwachs in Ostdeutschland und behaupten sich in Landes- und Kreiswahlen gegen die Volksparteien. Die Inhalte und Forderungen beziehen sich auf die regionalen Probleme Ostdeutschlands: demografischer Wandel, der einhergeht mit Überalterung, mangelnder ärztlicher Versorgung auf dem Land und dem Fehlen von Nachwuchs in vielen Bereichen, geringe Steuereinnahmen der Kommunen und, auch nach drei Jahrzehnten Wiedervereinigung, einem ausgeprägten wirtschaftlichen Ost-West-Gefälle.

„Wenn sich meine Seele durch die Behandlung als Migrant, als Zugewanderter verletzt fühlt, dann bin ich der Experte meiner Gefühle.“ Adelino Massuvira João

Besonders die Gruppe der Migrant*innen ist weiterhin politisch unterrepräsentiert. Im vergangenen Bundestag waren acht Prozent der Abgeordneten Migrant*innen, in der Kommunalpolitik in Ostdeutschland ist die Zahl der migrantischen Mitglieder

in der aktiven Parteipolitik noch geringer: hier ist es kaum ein Prozent. Kaum Pluralität in der Parteienlandschaft, aber auch Hemmschwellen, sich politisch zu engagieren, sorgen dafür, dass Migrant*innen in Ostdeutschland kaum parteipolitisch aktiv sind. Themen wie Alltagsrassismus und Diskriminierung, Anerkennung von Mehrsprachigkeit in Bildungsinstitutionen und Fragen nach Staatsangehörigkeitsangelegenheiten sind selten Themen in den Parteiprogrammen – und wenn, werden Gesetze oft ohne Mitsprache der Betroffenen erlassen.

Unterschätzt wird hierbei das Wähler*innen-Potenzial, das verloren geht: Obwohl in Ostdeutschland 1,3 bis zwei Prozent aller Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund haben, nahmen nur 65 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 ihr Stimmrecht wahr. Die Gruppe mit der niedrigsten Wahlbeteiligung waren hierbei Menschen mit türkischen Wurzeln und Russlanddeutsche.

*„Dann natürlich die Migrant*innenorganisation, unser Verein, und das LAMSA (Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen). Der Schwerpunkt der Migrant*innenorganisation ändert sich aber – weil, wir haben einen Abbruch mit der zweiten Generation.“ Vü Hà*

Studien zeigen, dass sich Migrant*innen überdurchschnittlich engagieren – wenn auch nicht aktiv politisch. Politische Partizipation geschieht häufig durch die Einflussnahme von Migrant*innenorganisationen, mit deren Hilfe die Mitglieder versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Dabei geht es auch darum, nicht stets auf „migrantische Themen“ reduziert zu werden, da dies häufig Diskriminierung reproduziert statt minimiert. Vielmehr muss es der Politik und den Parteien gelingen, Probleme von Migrant*innen ernst zu nehmen, Hürden für die aktive politische Teilhabe zu reduzieren und Anreize zur Partizipation zu schaffen.

Wichtig ist die Balance zwischen migrationspezifischen Themen und individuellen/sozialpolitischen Bedürfnissen: Migrant*innen sollten nicht nur unter problem-spezifischem Blick betrachtet werden, zum Beispiel bei Fragen zu Diskriminierung und Rassismus, sondern auch als Expert*innen für gesellschaftspolitische Themen wie Bildung, Digitalisierung, Wirtschaft und Klima.

Eine wichtige Schnittstelle können die Migrant*innenorganisationen sein. Dort kann die Politik Ansprechpartner*innen, Expert*innen und politisch Interessierte erreichen und einen Austausch anregen. Wichtig ist dabei auch, die Wünsche und Bedürfnisse der kommenden Generation zu berücksichtigen und Politik lebendiger und diverser zu gestalten. Parteien müssen flexibler auf die Lebenswirklichkeiten der Migrant*innen eingehen, in der sich häufig verschiedene Diskriminierungen überschneiden, und an ihnen interessiert sein.

„Wenn jemand schimpft und motzt, sage ich immer: ‚Komm doch, mach doch mit!‘“
Torsten Pöttsch

Drei Jahrzehnte vereintes Deutschland – drei Jahrzehnte neue Parteien. Was bleibt?

Zuallererst die Tatsache, dass Ostdeutschland nicht „politikverdrossen“ per se ist, politische Partizipation sieht hier nur anders aus. Weniger Wahlbeteiligung, weniger Parteimitgliedschaften – doch starkes politisches Bürger*innen-Engagement. Der Osten möchte gehört werden und versucht durch aktives, kommunales Mitwirken seinen Platz in der Politik zu finden, unabhängig von den großen Volksparteien. Die Enttäuschung über die Parteien ist weiterhin groß: Viele Bürger*innen Ostdeutschlands fühlen sich oft vergessen, ihre Stimmen nicht gehört. Besonders Migrant*innen haben es schwer. Sie sind in der politischen Parteienlandschaft weiterhin stark unterrepräsentiert.

Politik und Parteien sollten mehr in den Dialog treten mit denen, die lange ungehört geblieben sind, Möglichkeiten des Austausches schaffen und Wünsche, Sorgen und Bedürfnisse ernst nehmen – Parteien diverser gestalten: Migrant*in und ostdeutsch dürfen keine Randerscheinungen mehr sein.

Kathrin Zimmermann

Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2020.

Sammann, Luise: Migrant*innen sind in der Politik wenig vertreten. Beitrag Deutschlandfunk Kultur vom 19. Juli 2021, [online] <https://www.deutschlandfunkkultur.de/vielfalt-fehlanzeige-migranten-sind-in-der-politik-wenig-100.html> [6.5.2022].

Schönwälder, Karen (2010): Einwanderer in Räten und Parlamenten. Aus Politik und Zeitgeschichte, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32374/einwanderer-in-raeten-und-parlamenten>, [6.5.2022].

Wüst, Andreas M.; Faas, Thorsten: Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Schriftenreihe Empirische Forschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 9. Berlin 2018.

Inklusive Erinnerungskultur – (immer noch) eine Zukunftsvision?

Zu Beginn des Kapitels ist der Begriff der Erinnerungskultur zu erläutern: Erinnerungskultur ist hier als Diskurs zu verstehen, der von der offiziellen Politik über die Inhalte der kollektiven Vergangenheit formuliert und in zahlreichen Institutionen aktualisiert und verbreitet wird. Auch inoffizielle Diskurse des Erinnerns sind Teile der Erinnerungskultur einer Gesellschaft und gestalten entweder synergetische oder alternative bis kontrakulturelle Inhalte und Formen der kollektiven Erinnerungen. Diese Ambiguität der Erinnerungskultur, von mnemonischer Akzeptanz bis zum Widerstand im öffentlichen und privaten Kommunikationsraum, kann Formen kollektiver Zugehörigkeit, aber auch kollektiver Ausgrenzung fördern.

Eine inklusive Erinnerungskultur sieht vor, dass migrantische kollektive Erfahrungen und Erinnerungen öffentlich als Teil der deutschen Erinnerungskultur anerkannt und praktiziert werden. Ein Dialog über die Erinnerungsinhalte kann helfen, eventuelle Blockaden der Kommunikation über Vergangenheit zu vermeiden, die eine Konfliktgrundlage unter den Erinnerungsgemeinschaften bilden könnten¹. Die allmähliche Anerkennung der Erinnerungen von Migrant*innen trägt zu einer zunehmenden Komplexität der Erinnerungslandschaft bei und schafft wiederum neue Herausforderungen: Wie lesbar und verständlich werden Erinnerungsinhalte der heutigen deutschen Gesellschaft? Kann ein gemeinsames, inklusives kollektives Gedächtnis entstehen, wenn Ethnisierung der Traumata und der Erinnerungen ein wichtiger Filter bzw. bedeutsames Element der kollektiven Identität bleibt? Kann zwischen der politischen Nation und dem ethnisch-kulturellen Identitätsgut ein *third space*, ein inklusiver Erinnerungsraum, entstehen, der Vergangenheit als offenen zivilgesellschaftlichen Diskurs gestaltet? Und wo liegen hier Grenzen und Risiken?

Beim Umgang mit Migration handelt es sich um die Differenz, Hybridität und Ambiguität und letztendlich um eine Metapher für den Umgang von Mehrheiten mit Minderheiten in einer pluralen Demokratie.² Vielfalt der Erinnerungskulturen ist ein wesentlicher Teil der pluralen Demokratie. In der modernen deutschen Gesellschaft ist die Frage nach der Nachhaltigkeit der demokratischen Auffassung von kollektiver Erinnerungskultur aktuell geworden.³ Das Ziel, Nachhaltigkeit der Erinnerungen zu sichern, ist aber laut der Interviewten ohne die Inklusion der migrantischen Erinnerungen in die Mehrheitsgesellschaft nicht zu erreichen.

Die meisten Interviewten finden ihre Erinnerungsdiskurse kaum in der aktuellen Erinnerungskultur in Deutschland wieder. Darunter sind Narrative und Praktiken des Erinnerns zu verstehen, die einen wesentlichen Teil der Identitäten von Mitmenschen mit Migrationsgeschichte ausmachen und in der offiziellen Erinnerungskultur nur im begrenzten Ausmaß vorhanden sind. Die Interviews zeigen eine allgemeine Akzeptanz und Partizipation an den Hauptnarrativen der deutschen Erinnerungskultur, doch in dieser Kultur sind Schattierungen und Variationen, alternative Schwerpunkte und Interpretationen, die durch kollektive Erfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichte zustande kommen, kaum präsent. Es gibt nicht genug Repräsentanz von Migrant*innen in der Gestaltung und Entwicklung der Erinnerungsinhalte in der modernen deutschen Gesellschaft – so die Interviewten.

Die Vielfalt der Erinnerungsdiskurse ist eine Zukunftsaufgabe für die deutsche Politik. Die Teilnehmenden wünschen sich nicht nur eine intensivere Teilhabe an der Gestaltung der Erinnerungsinhalte, sondern reflektieren über die Dynamik der Transformationen der deutschen Erinnerungskultur heutzutage. Die Erinnerungskultur erlebt laut den Interviewten zurzeit rapide Veränderungen. Darunter ist die Gestaltung eines inklusiveren, durch Dialog und Pluralismus geprägten diskursiven Raums zu verstehen. Dieser Raum öffnet zusätzliche Chancen für die Bekanntmachung von Erinnerungen der Menschen mit Migrationsgeschichte. Auch die Wahrnehmung der Transformation der Gesellschaft in Ostdeutschland in den 1990er Jahren gehört aus der migrantischen Perspektive laut den Interviews zu den Indikatoren einer offeneren Erinnerungs- und Anerkennungskultur.

Sich „in den Inhalten der deutschen Erinnerungskultur wiederfinden“ – diese Formulierung aus einem der Interviews kann man als Leitmotiv der Inklusionsszenarien von Menschen mit Migrationsgeschichte wahrnehmen. Sich wiederzufinden bedeutet, eigene Versionen der Vergangenheit in die mehrheitsgesellschaftlich geprägten Diskurse einzugliedern, Formen der Kooperation mit Mehrheitsorganisationen im Bereich der Zivilgesellschaft zu finden, die einen neuen Raum für Erinnerungen der Mitmenschen mit Migrationsgeschichte schaffen. Die migrantischen Narrative enthalten Transformationserfahrungen von den Menschen, die als Migrant*innen zusätzliche Belastungen erlebt haben, oft in Form von Rassismus oder alltäglicher Xenophobie und Diskriminierung. Die Erinnerungen des anderen als Teil des politischen Konsenses über die Geschichte Deutschlands, Europas und der Welt fungieren als bedeutsame kulturelle Brücken zwischen den Identitätsschichten der Interviewten.

Durch Mainstreaming von postkolonialen Erinnerungen und Traumata sowie Transformationserfahrungen der Bürger aus der ehemaligen UdSSR können neue inklusi-

vere Erinnerungsräume geschaffen werden, in denen die Mitmenschen mit Migrationsgeschichte sich erkennen, aber auch der Mehrheit der deutschen Gesellschaft neue Kenntnisse und Erfahrungen bekannt machen, neue Aspekte der Anerkennung definieren und problematisieren. Zusammengefasst geht es um eine Gleichberechtigung im Schaffen von Erinnerungsinhalten, nicht um die Anpassung an Mehrheitsnarrative. Heterogenität der kollektiven Erinnerungen fungiert als Schlüssel bei der Transformation des/der Fremden zum/zur gleichberechtigten Akteur*in, gestaltet aber auch das Gedächtnis der Mehrheitsgesellschaft neu. Der bisherige Konsens über die Erinnerungsinhalte muss dadurch neu definiert werden.

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Erinnerungsinhalten der Mehrheitsgesellschaft hängt mit den neuen Inklusionsstrategien der Migrant*innen zusammen. So entwickelt sich die Tendenz, dass sie ihre vormigrantischen Identitäten und Erinnerungen nicht aufgeben oder verneinen, sondern in den Vereinen pflegen und an die jüngere Generation in Deutschland weitergeben. Diese Strategien machen die Erinnerungskultur in der Auffassung der Interviewten zukunftsorientiert: Eltern mit Migrationsgeschichte prägen das Gedächtnis ihrer Kinder mithilfe hybrider, sprachlich, kulturell und politisch diverser Erinnerungen, die in der Zukunft eine identitätsstiftende Rolle spielen und mehrere Schichten von Erinnerungen vereinen können. Statt der Dichotomie von Erinnerung und Verdrängung entwickelt sich eine mnemonische Hybridität.

Empfehlung an die Politik: die Etablierung einer strukturellen Förderung für Akteur*innen der Zivilgesellschaft mit Migrationsgeschichte im Bereich der Erinnerungskultur und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Stärkung von Kapazitäten und Professionalisierung von Akteur*innen im Bereich der Erinnerungspolitik.

Empfehlung an die Akteur*innen: die Gestaltung interkultureller Dialogplattformen für den Ausbau von inklusiven Erinnerungsräumen.

Anastasia Sudzilovskaya und Deniss Hanovs

-
- 1 Knigge, Volkhard: Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der (Post-) Migrationsgesellschaft. Ein Problemaufriss. In: Knigge, V.; Steinbacher, S. (Hrsg.): Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Göttingen 2019, S. 25.
 - 2 Foroutan, Naika: Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld 2019, S. 61.
 - 3 Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. München 2013, S. 209.

Eigene Mitbestimmung/Partizipation in den 1990er Jahren und heute

Insgesamt sind die Möglichkeiten von Partizipation und das Wissen darüber in Ostdeutschland heute ungleich größer als in den 1990ern. Sie werden vielfach genutzt, aber einige Besonderheiten bestehen weiterhin. Alle Interviewten, ob mit oder ohne Migrationsgeschichte, ob in migrantischen Selbstorganisationen, im NSU-Ausschuss, eigenen Projekten, Landes- oder Bundesgremien, engagieren sich heute stark politisch.

Weniger politische Institutionen und Engagement, mehr Demokratieskepsis im Osten

Noch sind deutliche Unterschiede zwischen Ost und West festzustellen, wenn es um Partizipation geht. Ein Forschungsvorhaben des Zentrums für Sozialforschung in Halle aus dem Jahr 2019 stellt fest, dass viele Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften usw. im Osten schwächer aufgestellt sind als in Westdeutschland.

Der Datenreport 2021 der Bundeszentrale für politische Bildung stellt darüber hinaus fest, dass die Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat in Ostdeutschland kritischer und ablehnender sind. *„Da das staatssozialistische System der DDR unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zusammengebrochen ist und sich die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen für die deutsche Vereinigung ausgesprochen hat, wurde erwartet, dass die Mehrheit der Ostdeutschen nicht nur die Demokratie allgemein, sondern auch die Demokratie in Deutschland positiv beurteilt.“*⁴¹ Diese Erwartungen sind allerdings nicht eingetreten. Erstens trafen die Vorstellungen vieler Ostdeutscher von der Rolle des Staates in einer Demokratie nicht zu und zweitens wurde angenommen, dass die Integration automatisch passiere und sich die Ostdeutschen nur an das westdeutsche System gewöhnen müssten.

Auch im Deutschen Freiwilligensurvey, der seit 1999 regelmäßig über die Entwicklung des freiwilligen Engagements in Deutschland berichtet, wird seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland ein geringeres ehrenamtliches Engagement als in Westdeutschland festgestellt, auch wenn die Differenz kleiner wird und im jüngsten Survey von 2019 nur noch 3,4 Prozentpunkte beträgt (im Gegensatz zu 7,9 Prozent Differenz im Jahre 1999). Der Wille zum Engagement war nach 1989/90 bei vielen da, andere entwickelten eine langanhaltende starke Abneigung gegenüber organi-

sierten Aktivitäten allgemein, da sie sie an die „gesellschaftlichen Aktivitäten“ in der DDR erinnerten. Eine zu DDR-Zeiten herausgebildete Abneigung gegenüber Parteien und politischen Institutionen und die Idee eines vormundschaftlichen Staates, der für seine Bürger*innen entscheidet und sich um sie „zu kümmern hat“, ist nach wie vor weit verbreitet.

„Endlich mitwirken“

Viele, deren Entfaltungsmöglichkeiten in der DDR aus politischen Gründen stark eingeschränkt waren, waren allerdings froh, sich „endlich einbringen und mitwirken“ zu können, wie Uta Leichsenring es beschreibt. Diese Menschen gingen mit großem Enthusiasmus in die neue Gesellschaft, der allerdings in vielen Fällen schnell gebremst wurde. Ernüchterung und Gefühle von Ohnmacht machten sich breit, da die schnelle Vereinigung und die schlechten Wahlergebnisse der Parteien, die aus der Reformbewegung hervorgegangen waren, bei den ersten demokratischen Wahlen einen Schock verursachten. Das „Ausleben falsch verstandener Freiheit“ (Uta Leichsenring) auf der Straße und die ungenügenden Reaktionen verständnisloser Politiker*innen im Westen kamen hinzu. Diese erwarteten von den Ostdeutschen mehr Dankbarkeit dafür, dass sie Teil der BRD werden durften. Und die Bilder von Ostdeutschen, die begeistert westliche Waren konsumierten und sich in entwürdigender Weise minderwertige Produkte aufschwätzen ließen, lösten Fremdscham aus. Dennoch ließen sich viele nicht davon abbringen, sich weiter zu engagieren: „Es ist immer die Frage: Wem überlässt man das Feld, wenn man es nicht macht“ (Uta Leichsenring).

Ostdeutschland als Labor für neue Methoden der Partizipation

Die 1990er Jahre waren einerseits durch die große Enttäuschung von Aktiven geprägt, andererseits boten sie vielfältige Möglichkeiten zum Ausprobieren neuer Formen und Ideen für gesellschaftliches Engagement abseits von politischen Parteien. Thorsten Pötzsch beschreibt, wie angesichts der neuen Herausforderungen immer wieder Neues ausprobiert wurde. Die entstehende Zivilgesellschaft im Osten forderte in den 1990er Jahren aktiv und lautstark Räume und Möglichkeiten für sich ein – etwa wurden ehemalige SED-Zentralen besetzt mit der Forderung, sie gesellschaftspolitisch arbeitenden Gruppen zu überlassen (z. B. „Haus der Demokratie“ in Leipzig und Berlin). Soziokulturelle Zentren entstanden in ehemaligen FDJ-Jugendclubs. Von Wohnungsnot geplagte Studierende, Arbeitslose, Azubis, alternative Jugendgruppen und Künstlerinitiativen besetzten leer stehende Häuser. Es ent-

stand ein Boom zivilgesellschaftlichen Engagements aller Couleur, das damals kaum gefördert wurde. Die Innovationen und die Möglichkeit, Neues für ganz Deutschland zu schaffen, wurde manchenorts durch fehlendes Verständnis der Besonderheiten und der Potenziale des Engagements im Osten verschenkt. Der Druck, sich an die Strukturen und Muster aus Westdeutschland anzupassen, wuchs nach einer kurzen Periode, in der noch alles möglich schien, stark. Viele kleine Initiativen verschwanden oder hielten sich nur mit Mühe am Leben.

Migrant*innen und Partizipation in den 1990er Jahren und heute

Die meisten Menschen mit Migrationsgeschichte in Ostdeutschland waren in den 1990ern stark unterrepräsentiert. Ihre Perspektiven hatten – bis auf ganz wenige Ausnahmen – keine Stimme. Sie kämpften vielmehr um ihr Überleben und ein Bleiberecht, sodass sich die Frage nach Partizipation und Mitbestimmung nicht stellte. Ihnen ging es zunächst darum, eine sichere Basis für ihren Alltag zu schaffen, in Deutschland bleiben zu können und sich vor rechten Angriffen zu schützen.

Dennoch gab es Beteiligungsmöglichkeiten. Sowohl Vũ Hà als auch Thúy Nguyễn beschreiben erste Ansätze von Organiserungen und die große Rolle der Communities bei der Unterstützung untereinander. Vũ Hà beschreibt auch, wie ein befreundeter Journalist versuchte, den in den 1990ern weit verbreiteten und von den Medien oft geschürten Vorurteilen gegen Vietnames*innen auch medial etwas entgegenzusetzen. Thúy Nguyễn thematisiert die geringe Wahrnehmung positiver Aktivitäten in der Gesellschaft – vieles fand statt, was nicht gesehen wurde, aber was man mit einem erweiterten Blick aus heutiger Sicht als gesellschaftliche Partizipation beschreiben kann.

Viele Vietnames*innen sahen die Entwicklungen in der DDR hin zu einer Demokratie und auch die Wiedervereinigung anfangs durchaus positiv, da sie selbst in einem geteilten Land gelebt hatten. Ihr Enthusiasmus und der Wille, Teil der Demokratiebewegung zu werden, wurden aber durch die rassistische Grundstimmung schnell gebremst.

Das Erleben rassistischer Übergriffe und die grassierenden unzähligen Diskriminierungen und Schlechterstellungen, auch durch Behörden und Ordnungskräfte, schwächten den Glauben an eine demokratische Grundordnung, die individuelle Rechte nicht nur verspricht, sondern auch durchsetzt. Im Gegenteil: Opfer rassistischer Übergriffe erhielten kaum Unterstützung. Deutungen, nach denen Opfer zu Tätern wurden, waren in den 1990ern allgegenwärtig. Betroffene rechter Gewalt

hatten in der überwiegenden Mehrheit der Fälle keinerlei Möglichkeiten, sich zu wehren. Oft wurden sie erneut zu Opfern, wenn die Behörden, von denen sie sich Hilfe erhofften, gegen sie statt gegen die Täter ermittelten. Rechte fackelten damals zahlreiche Imbisswagen ab, überfielen Dönerimbisse, zündeten Asylbewerberheime an. Wurde die Polizei gerufen, ließ sie häufig die Täter gehen und vermutete eine Schuld der Opfer. Von Versicherungsbetrug wurde gesprochen oder von rivalisierenden Banden. In Fällen aktiver Notwehr der Angegriffenen wurden mitunter Ermittlungen gegen diese eingeleitet, während die Täter sich mit ihren Taten und ihrer Straflosigkeit brüsteten, was weitere Taten folgen ließ. Nach jahrelangem Ringen und Kämpfen sowie dem sogenannten „Aufstand der Anständigen“ wurden erst 2001 mit einer Bundesfinanzierung Opferberatungsstellen in den ostdeutschen Ländern installiert. Dennoch wurde das Problem rassistischer Gewalt in der Öffentlichkeit weitgehend totgeschwiegen.

Eine solche Atmosphäre erschüttert das Vertrauen von Menschen in Rechtsstaat und Demokratie. Die Erfahrungen von Migrant*innen aus den 1990er Jahren wirken bis in die Gegenwart und werden auf spätere Generationen übertragen. Die Erzählungen von Todesangst und dem Versagen der Behörden haben daher nicht nur das Vertrauen ostdeutscher Migrant*innen in die deutsche Demokratie verhindert, sondern auch das westdeutscher Migrant*innen sowie anderer Menschen gestört, die die damaligen Verhältnisse miterlebt haben.

Daraus folgte eine Abwendung von offiziellen Strukturen und Organisationen sowie eine widerständige migrantische Selbstorganisation, die von Statistiken und Studien selten erfasst wurde, weil sie unter dem Radar der Mehrheitsgesellschaft stattfand. Thúy Nguyễn betont, dass ihre *„eigene Politisierung stark mit der Zeit verbunden [ist]“* und dass dadurch auch *„Widerstandswissen“* generiert wurde, das heute abrufbar ist.

Gravierende Fehlentwicklungen nach der Jahrtausendwende wie der Umgang mit dem NSU, die Reaktionen auf den „Sommer der Migration“ 2015, die Wahlerfolge rechter Parteien in Ostdeutschland, rechtsextreme Netzwerke in Polizei und Behörden triggern bei den im Osten lebenden Migrant*innen, egal ob sie die Zeit miterlebt haben oder nicht, Erinnerungen an die 1990er Jahre an. Das Trauma aus dieser Zeit ist ins kollektive Gedächtnis ostdeutscher Migrant*innen eingegangen und verhindert bis heute eine nachhaltige Identifikation vieler Menschen mit dem Gesellschaftssystem in Deutschland.

Migrantische Selbstorganisationen

In vielen Interviews wird der hohe Stellenwert migrantischer Selbstorganisation für die Communities und die gesamte Gesellschaft hervorgehoben. Für einige Interviewte sind sie der wichtigste Ort für die Partizipation – vor allem auch für diejenigen, die mangels deutscher Staatsangehörigkeit kein Wahlrecht besitzen. Moussa Dansokho betont, dass die Mitarbeit in einer Migrant*innenorganisation ein gutes Mittel sei, um die eigenen Perspektiven auch politisch geltend zu machen, wo man aktiv die „Karten mitmischen“ könne, „auch wenn man kein Volksvertreter im Parlament“ sei.

Die Rolle der Migrant*innenorganisationen wurde lange Zeit unterschätzt, sie wurden gar als integrationsfeindlich oder als Vertreter*innen feindlicher ausländischer Mächte angesehen. In jüngerer Zeit aber steigt deren Anerkennung. Die Bedeutung von Migrant*innenorganisationen und deren Rolle für die gesamte Gesellschaft werden stärker anerkannt.

Die Studie des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen „Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft“ aus dem Jahre 2020 stellt fest, dass „Migrantenorganisationen [...] heute professioneller aufgestellt [sind], als frühere Untersuchungsergebnisse nahelegen. Sie sind zudem eingebunden in ein Netzwerk von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteuren“.²

Migrantische (Selbst-) Organisationen sind heute auch in Ostdeutschland Normalität geworden, wenn ihre Zahl geringer ist und sie große Unterschiede zu denen in Westdeutschland aufweisen. Ein wesentlicher Unterschied der migrantischen Netzwerke im Osten ist der überwiegend ethnisch übergreifende Charakter. Daraus ergeben sich Chancen wie etwa die Aushandlung von Forderungen und Perspektiven, die alle Migrant*innen betreffen und nicht nur die Interessen einzelner Gruppen. Auch das Einüben demokratischer Prozesse im Falle gegensätzlicher Interessen ist ein Vorteil ethnisch übergreifender Organisationen.

Postmigrantische Organisationen und weiteres gesellschaftliches Engagement

Die neue Generation Ostdeutscher mit Migrationsgeschichte engagiert sich anders als die ihrer Eltern: etwa in postmigrantischen Organisationen wie dem Netzwerk „neue deutsche organisationen“³, in Bewegungen wie Black Lives Matter (BLM), dem NSU-Ausschuss und vielen mehr. Thúy Nguyễn: „Wir sind ja auch durch unsere Privilegien wie Sprache, Bildung in Deutschland, Staatsbürgerschaft und das Ver-

ständnis, wie diese Gesellschaft funktioniert, heute viel mobiler und können freier entscheiden, wie und wo wir uns engagieren wollen und aktiv werden möchten.“

Diese Generation legt großen Wert darauf, sich im Sinne von Empowerment gegenseitig zu bestärken, um gemeinsam Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung aufzuarbeiten. Sie ist mutiger und lauter als die Generation davor und schreckt nicht davor zurück, die Mehrheitsgesellschaft herauszufordern, zu hinterfragen und zu kritisieren.

Durch den Weggang vieler junger Leute mit Migrationsgeschichte aus Ostdeutschland ging hier ein wichtiges gesellschaftliches Potenzial verloren. Dennoch entstehen gegenwärtig neue Netzwerke und postmigrantische Initiativen, besonders in Leipzig und anderen Großstädten.

Anja Treichel

-
- 1 Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraut: Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat, Datenreport 2021 der Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2021/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/330219/einstellungen-zu-demokratie-und-sozialstaat> [27.12.2021].
 - 2 Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrant*innenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft, [online] https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2020/11/SVR-FB_Studie_Migrant*innenorganisationen-in-Deutschland.pdf [28.12.2021], S. 6.
 - 3 Zum Selbstverständnis der neuen deutschen Organisationen: <https://neuedeutsche.org/de/ueber-uns/wer-wir-sind-was-wir-wollen/> [28.12.2021].

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Deniss Hanovs ist Professor für Kulturgeschichte an der Kunstakademie Lettlands und Projektmitarbeiter im Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft beim Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.

Kathrin Zimmermann ist Studentin der Bildungswissenschaften und Psychologie an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Dr. Dennis Riffel ist wissenschaftlicher Referent und Fachgruppenleiter Geschichtsvermittlung bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Anastasia Sudzilovskaya ist stellvertretende Geschäftsführerin und Projektleiterin beim Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.

Anja Treichel ist Geschäftsführerin in der Geschäftsstelle des Bundeselternnetzwerks der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe

Katharina Warda ist freie Autorin und Speakerin zu den Schwerpunktthemen Ostdeutschland, Rassismus, Klassismus und Punk.

Ruth Wunnicke ist wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Fotograf

Mahmoud Dabdoub kam 1981 im Alter von 23 Jahren aus dem Libanon in die DDR. In Leipzig studierte er Fotografie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst.

Unterwegs mit seiner Kamera fotografierte er im letzten Jahrzehnt der DDR Motive, die für die Menschen alltäglich waren. Für Dabdoub aber waren sie aufgrund seiner Biografie und Herkunft mitunter neu und ungewöhnlich. Er wurde zum teilnehmenden Beobachter in der DDR. Darüber hinaus dokumentierte Dabdoub als Fotograf den gesellschaftlichen Wandel und Neuanfang ab dem Herbst 1989.

Der Schwerpunkt seiner Arbeiten ist die soziale Wirklichkeit. Mahmoud Dabdoub lebt und arbeitet bis heute in Leipzig.

www.dabdoub.de